

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work



Vania Alleva: «Gegen rechte Hetze hilft nur Solidarität. Uniti siamo forti!» Seite 2

Raus zum 1. Mai:

Kezia Ortiz ist parat

Zusammen mit der Luzerner Hotelreinigerin gehen Zehntausende auf die Strasse: Gemeinsam für Solidarität statt Hetze.

Seiten 2, 5, 9, 20–21



FOTOS: JAKOB INEICHEN / GÉRIAN BALLY / KEVSTONE / ZVG

Achtung, Faschismus!

Politologin Natascha Strobl: «Wir erleben gerade eine Frühphase des Faschismus.» Das Interview. Seiten 16–17

Der Boden-Fluch

Teure Mieten sind kein Naturgesetz. Sie sind politisch gewollt. Seiten 12–13

Adieu, Christiane!

Christiane Brunner (+ 78) war die Ikone des ersten Frauenstreiks, glühende Feministin und verhinderte Bundesrätin. Für work würdigt Ruth Dreifuss die mutige Gewerkschafterin.



Seite 11



workedito
Anne-Sophie Zbinden

ZEIT FÜR WIDERSTAND

Es war ein «Blick»-Artikel, wohl eher ein Werbespot über eine Beauty-Klinik für Männer. Sie scheint zu laufen wie geschmiert (Haartransplantationen, Botox, das ganze Programm). Und dann das: Der erfolgreiche Business-Besitzer sieht seinen wahren Luxus darin, Zeit mit seiner dreijährigen Tochter verbringen zu können. Tatsächlich: Zeit ist Luxus. Wer es sich leisten kann, kauft sie sich: mit Reinigungshilfen, Nannys, Teilzeitjobs... Auch deshalb fordern die Gewerkschaften eine

Arbeitszeitreduktion bei gleichem Lohn. So auch die Baubüezer (Seite 7).

Zeit ist Luxus. Wer es sich leisten kann, kauft sie sich.

LEID. Denn die meisten Menschen haben zu wenig davon: Sie geht

verloren in einem nie enden wollenden Strudel von Überstunden, Care-Arbeit und Freizeitstress. 40 Jahre Neoliberalismus haben uns darauf getrimmt, die Zeit möglichst (selbst)optimiert zu nutzen. Unproduktive Zeit ist des Teufels. Darunter leiden Nachbar- und Freundschaften, Vereine, Parteien und letztlich auch die Demokratie. In einer Gesellschaft komme es auf Zusammenhalt an, auf Offenheit und Empathie. Fehlende Zeit mache die Gesellschaft brüchiger, schreibt die deutsche Feministin und Autorin Teresa Bucker.

ZEIT. Wir brauchen dringend mehr davon. Um soziale Bindungen zu stärken, um uns zu organisieren, um dem schwer erträglichen Faschismus-Frühling etwas entgegenzusetzen. Denn es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Wählen von rechtsextremen Parteien und Frust, sagt Faschismus-Expertin Natascha Strobl im grossen work-Interview (Seiten 16 und 17). Frust darüber, dass das Leben immer schneller, anstrengender und doch prekärer wird. Dass Zeit immer ungleicher verteilt ist, auch die Lebenszeit. Frust darüber, dass die Lohnentwicklung nicht mit der Produktivität Schritt hält. Heisst: immer mehr Stress für weniger Lohn.

FREIHEIT. Die Zeit der Verkäuferinnen wollen die St. Galler Bürgerlichen rauben. In einem weiteren Kapitel in der unendlichen Geschichte der verlängerten Ladenöffnungszeiten. Zwei Verkäuferinnen haben sich die Zeit genommen, work zu sagen, was sie über längere Öffnungszeiten denken: «Im Verkauf zu arbeiten ist ein schöner Beruf, doch er wird gerade mit den Arbeitszeiten immer unattraktiver», sagt Trisha Aerne (23). Und ihre Kollegin Judith Gamma (62) doppelt nach: «Die Rede ist von Freiheit für Wirtschaft und die Kundenschaft. Aber wo bleibt die Freiheit für das Verkaufspersonal?» (Seite 8).

Seit langer Zeit arbeitet Elektromechaniker Urs Berchtold (57) bei Rockwell in Aarau. Dort wollte er mehr Mitsprache im Betrieb. Und widmet seit seiner Wahl viel Zeit dem Amt als Peko-Co-Präsident. 2023 forderten die Angestellten des US-Konzerns in der Schweiz Lohnverhandlungen und holten sich Unterstützung bei der Unia. Berchtold sagt: «Es braucht eine gewisse Frechheit, vielleicht auch Blauäugigkeit, um sich zur Wehr zu setzen» (Seite 10).

Die Zeit von Hotelreinigerin Kezia Ortiz ist knapp bemessen: Für die Reinigung eines Zimmers in einem Luzerner Hotel hat sie gerade mal 20 Minuten Zeit. Doch diese Zeit reiche kaum. Ob sie am Tag der Arbeit arbeiten muss, weiss sie noch nicht (Seite 9). Falls sie freihat, ist für sie klar: Sie geht hinaus zum 1. Mai! Um mit ihren Unia-Gschpänli Zeit zu verbringen, um sich Zeit zu nehmen für Widerstand.

Unia-Präsidentin Vania Alleva zum 1. Mai:

«Gegen rechte Hetze hilft nur Solidarität!»

«Die Zeiten sind gruselig und wenig überschaubar. Wir verzweifeln an den Kriegen in der Ukraine, in Gaza, im Sudan. Und Friedenslösungen sind leider kaum in Sicht. Im Gegenteil, überall fordern Regierungen eine generelle Aufrüstung. Auch in der Schweiz. Das kann doch nicht die Antwort und die Lösung sein!»

JAGD AUF MENSCHENRECHTE. Wir sehen in den USA und in Europa eine besorgniserregende Welle von politischen Rückschlägen. Trump, Meloni & Co. stellen hart erkämpfte Rechte in Frage: Gerade streichen Trump und seine Techno-Oligarchen Programme für Gleichberechtigung und Vielfalt. Und Schweizer Firmen

«Die SVP betreibt Klassenkampf von oben.»

Keller-Sutter. Und Ems-Milliardärin Martullo-Blocher bewundert Trump als kaltblütigen Macher. Selbst jetzt noch, nach seinem Strafzölle-Wahnsinn!

Trump und seine Truppe machen Jagd auf Migrantinnen und Andersdenkende und schleifen die Menschenrechte. Es soll Rechtlosigkeit und Willkür herrschen.

In Italien greifen Meloni & Co. gerade Grundrechte wie die Redefreiheit und die Versammlungsfreiheit an. Und wir begreifen: Überall dort, wo die rassistische Rechte auf dem Vormarsch ist, sind Grundrechte, Menschenrechte und lange erkämpfte Freiheiten in Gefahr. Gleichzeitig lehrt uns die Geschichte: Hebelt ein Regime erst einmal die Grundrechte für Minderheiten aus, dann sind auch die Rechte aller anderen Bürgerinnen und Bürger in Gefahr.

Das macht Angst. Und wir fragen uns: Was können wir tun? Dagegen hilft nur Solidarität. Solidarität gegen Hetze! Unseren gewerkschaftlichen Kampf für Gleichheit und Gerechtigkeit braucht es jetzt mehr denn je.

Wir müssen das bisher Erreichte verteidigen und gleichzeitig vorwärtsdrängen. Denn Gleichstellung und Gerechtigkeit sind noch lange nicht erreicht. Auch in der Schweiz nicht:

● Nicht für jene 50 Prozent der erwerbstätigen Frauen, die trotz Ausbildung weniger als 5000 Franken pro Monat verdienen.

● Nicht für jene Pflegenden, die trotz «systemrelevantem» Beruf ihr Arbeitspensum auf eigene Kosten reduzieren müssen, um es am Arbeitsplatz überhaupt auszuhalten.

● Und auch nicht für jene Detailhandelsangestellten, die im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen beim Lohn im Schnitt um 17,4 Prozent diskriminiert werden.

Seit Jahren betreiben die Rechten Klassenkampf von oben und die Umverteilung von unten nach oben: Die Reichsten werden immer reicher. Während die Einkommen der grossen Mehrheit stagnieren oder sogar sinken. Zwar haben wir Gewerkschaften im letzten Jahr erreicht, dass die Löhne stärker anstiegen als die Teuerung. Der Nachholbedarf bei den Löhnen bleibt trotzdem. Wir haben auch grossen Handlungsbedarf beim Wohnungsbau, bei den explodierenden Krankenkassenprämien und beim Service public.

GEFÄHRLICHE SVP-INITIATIVE. Unser 1. Mai ist Ausdruck einer vielfältigen und offenen Schweiz. Solidarität statt Hetze! So kämpfen wir in der Gewerkschaft alle zusammen für unsere Rechte – unabhängig von unserer Herkunft. Denn wir wissen: Ohne die Arbeit von Migrantinnen und Migranten wäre die Schweiz

nicht, was sie heute ist. Und genauso wäre die Gewerkschaft ohne ihre Mitglieder mit migrantischem Hintergrund nicht die Organisation, die sie heute ist. Solidarität und Widerstand gegen die immer schärferen Angriffe der neoliberalen Arbeitgeberverbände. Solidarität und Widerstand aber auch gegen die Hetze der SVP. Sie versuchen Tag für Tag, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmenden zu verschlechtern. Die Milliardärs- und Pöblerpartei SVP hat keine vernünftigen Lösungen für die dringenden Probleme der arbeitenden Bevölkerung. Sie tut nichts gegen den Kaufkraftverlust und die hohen Mieten. Im Gegenteil: Sie betreibt harten Klassenkampf von oben. Und damit das nicht so auffällt, lenkt sie mit hartem Nationalismus und heftiger Ausländerfeindlichkeit davon ab. Sie macht Geflüchtete und Migranten zu Sündenböcken. Aktuell gerade wieder mit ihrer «Keine 10-Millionen-Schweiz!»-Initiative, über die wir bald abstimmen werden.

Die «Keine 10-Millionen-Schweiz!»-Initiative, die die SVP selber «Nachhaltigkeitsinitiative» nennt, ist nichts anderes als Fremdenfeindlichkeit im ökologisch-heimatschützerischen Tarnmäntelchen. Sie ist brandgefährlich. Kommt sie an der Urne durch, führt das nicht nur zu einer extrem harten Asylpolitik, sondern auch zum Ende der Personenfreizügigkeit und damit zum Ende unseres Lohnschutzes.

Solidarität statt Hetze: Der Kampf für die Rechte der Migrantinnen und Migranten ist ein Kampf für die Rechte aller Arbeitnehmenden. Wir sind für Personenfreizügigkeit. Gleichzeitig darf diese Personenfreizügigkeit aber nicht dazu benutzt werden, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verschlechtern. Wir Gewerkschaften setzten uns bei den Bilateralen III vehement für den Schweizer Lohnschutz bei den flankierenden Massnahmen in der Personenfreizügigkeit ein: Der Lohnschutz ist unsere rote Linie! Wir wollen kein Lohndumping, sondern gute und mehr Gesamtarbeitsverträge für alle.

Wir bekämpfen gemeinsam und entschieden alle Initiativen und Gesetze, die neue Diskriminierung schaffen oder Diskriminierungen wieder einführen wollen. Auch das ist heute wichtiger denn je. *Uniti siamo forti!*



UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA: «Überall dort, wo die Rechte auf dem Vormarsch ist, sind Menschenrechte in Gefahr.» FOTO: MANU FRIEDERICH

Schreiner Stefan Vovchanski (30) wehrt sich gegen Abzockerchef

«Jetzt muss der Chef mir 11 000 Franken bezahlen!»



STEFAN VOVCHANSKI: «Mir ist das Urteil wichtiger als das Geld. Denn ich war nicht der einzige Arbeiter, der um seinen Lohn geprellt wurde! Doch nicht alle hatten den Mut, sich zu wehren.» FOTO: MICHAEL SCHOCH

Der Chef von Stefan Vovchanski schuldete ihm Tausende Franken Lohn. Doch zusammen mit der Unia erkämpfte sich der Schreiner das Geld zurück. Und feiert den Sieg mit seinen Kollegen am 1. Mai.

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Eigentlich bin ich nicht der Typ für Konflikte, mir ist es wichtig, immer friedlich zu einer Lösung zu kommen. Aber bei meinem alten Chef brachte Diplomatie irgendwann nichts mehr.» Der Chef von Schreiner Stefan Vovchanski wollte ihn um über 11 000 Franken prellen. Bestehend aus Lohnanteilen, Überstunden und Bonuszahlung. Doch das liess sich Vovchanski nicht bieten, und klagte vor Gericht.

Zu Beginn hatte Vovchanski wenig Wissen über das hiesige Arbeitsrecht. Erst vor drei Jahren ist der 30jährige mit seiner Frau und seinen zwei Söhnen aus der Ukraine geflüchtet.

«Der Chef nutzte unsere Ahnungslosigkeit zu seinen Gunsten aus.»

BÜEZER STEFAN VOVCHANSKI

kleinen Dorf in der Nähe von Schaffhausen. Vovchanski sagt: «Ich bin sehr dankbar, sind wir in Marthalen gelandet. Das ganze Dorf hat sich sehr um uns geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer gekümmert. Auch unsere Kinder wurden in der Schule herzlich aufgenommen. Nach drei Jahren können wir sagen, dass sich das Dorf wie eine zweite Heimat anfühlt.»

Bereits kurze Zeit nach ihrer Ankunft in der Schweiz fand Vovchanskis Frau eine Stelle in einem Restaurant. «Sie hatte grosses

Glück, bei einem Betrieb gelandet zu sein, der ihre Arbeit schätzt und einen fairen Umgang pflegt», so der 30jährige. Er weiss, wovon er spricht. Denn dieses Glück hatte er nicht.

SCHAMLOS AUSGENUTZT

Bereits in der Ukraine arbeitete Vovchanski als Handwerker in diversen Bautätigkeiten. Weil er bei seiner Ankunft in der Schweiz keine Deutschkenntnisse hatte, entpuppte sich die Jobsuche als Herausforderung. So fokussierte er sich erst auf das Deutschlernen und besuchte ein halbes Jahr einen Intensivkurs. Die neu gewonnenen Sprachkenntnisse erleichterten ihm die Stellensuche sehr. Und so fand er Arbeit als Schreiner bei einer Bude in Zürich.

Vovchanski sagt: «Im Geschäft traf ich auf viele Landsleute. Das war einerseits schön, doch schnell merkte ich, dass der Chef unsere Ahnungslosigkeit über das Schweizer Arbeitsrecht zu seinen Gunsten ausnutzte.» Die Arbeit war körperlich anstrengend. Schon morgens musste er eine Schmerztablette nehmen, damit er das Geschleppe auf der Baustelle aushalten konnte. Zudem zahlte ihm der Chef während Monaten zu wenig Lohn aus. Mit der Zeit kam eine stattliche Summe zusammen: «Der Chef schuldete mir über 11 000 Franken!» Das wollte Vovchanski nicht auf sich sitzen lassen. Vovchanski war bereits Mitglied der Gewerkschaft Unia. So holte er sich Hilfe beim Unia-Rechtsdienst der Region Zürich-Schaffhausen.

Vovchanski erzählt, wie er selbst keinen Plan gehabt habe, wie er das fehlende Geld von seinem Chef einfordern könne. Ihm wäre es lieber gewesen, den Konflikt unter vier Augen zu klären. Zwei Schlichtungstermine schwänzte der Chef. Mitte März dann das erleichternde Urteil: Vovchanski hat es jetzt schwarz auf weiss: «Der Chef muss mir über 11 000 Franken bezahlen.» Schreiner Vovchanski sagt: «Mir ist das Urteil wichtiger als das Geld. Denn ich war nicht der einzige Arbeiter, der um seinen Lohn geprellt wurde!

Doch nicht alle hatten den Mut, sich zu wehren.»

PARTY AM 1. MAI

Nach dieser Erfahrung beschloss Vovchanski, es besser zu machen. Er eröffnete eine eigene Bude für Montage- und Schreinerarbeiten. Dort beschäftigt er mittlerweile 10 Personen. Viele davon Landsleute, die als ukrainische Geflüchtete auf dem Schweizer Arbeitsmarkt Fuss zu fassen versuchen. Darunter auch ehemalige Arbeitskollegen, die bereits mit ihm beim Abzockerchef gearbeitet hatten. Wichtig ist ihm, dass seine Kollegen über ihre Rechte Bescheid wissen. «Ich habe dank der Unia und der Rechtsvertretung von Vadim Drozdov viel über meine Rechte gelernt.» Deshalb legt er seinen Mitarbeitenden nahe, auch Gewerkschaftsmitglied zu werden.

Vom Preis- und Termindruck auf dem Bau will sich Vovchanski nicht unter Druck setzen lassen. «Mir ist es wichtig, dass wir die Arbeit gut machen. Ich habe ein super Team zusammengestellt, wir können uns aufeinander verlassen», so der Handwerker. Das sei auf der Baustelle das Wichtigste!

Und was steht am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, beim Schreiner auf dem Programm? «In meiner Bude ist das ein Feiertag! Und den feiern wir, wie er in meiner Heimat, der Ukraine, gefeiert wird: Draussen grillieren und anstossen! Das Wetter macht zum Glück mit.»

Stress mit dem Chef? Die Unia hilft!

Unbezahlte Überstunden? Ein schlechtes Arbeitszeugnis? Stress mit dem Chef? Mobbing oder Sexismus am Arbeitsplatz? Wer Gewerkschaftsmitglied der Unia ist, kann sich beraten lassen und einen Rechtsschutz beanspruchen. Wichtig: Damit der Rechtsschutz beansprucht werden kann, muss man zum Zeitpunkt des Ereignisses mindestens drei Monate Unia-Mitglied sein. Mehr Infos dazu unter: rebrand.ly/rechtsschutzunia.

Sozialpartner fordern: Parmelin muss die Kurzarbeit lockern!

Wegen Trumps Zoll-Irrfahrt droht der Schweiz ein Stellenkahltschlag. Jetzt fordern Gewerkschaften und die Maschinenindustrie grosszügigere Kurzarbeitsregeln.

IWAN SCHAUWECKER

Am 2. April kündigte Donald Trump sein neues Zollregime für 185 Länder an. Auch für Schweizer Importe in die USA sollten Zölle in der Höhe von 31 Prozent gelten. Nach einer ersten Schockreaktion der Finanzmärkte pausierte Trump die Zölle während

Es droht die Vernichtung von Wissen.

90 Tagen. Nur für China gilt weiterhin ein Strafzoll von 145 Prozent, davon ausgenommen sind Smartphones und Computer. Doch was bleibt, ist die Angst vor einer globalen Rezession und einem Einbruch der Schweizer Exporte in die USA.

SCHWIERIG FÜR MEM-INDUSTRIE

Insbesondere die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) rechnet mit einem weiteren Rückgang der Bestellungen. Um Entlassungen zu verhindern, fordern jetzt die Gewerkschaften zusammen mit dem Arbeitgeberverband Swissmem eine Verlängerung der maximal möglichen Kurzarbeit von 18 auf 24 Monate.



STIFTET VERUNSICHERUNG: US-Präsident Donald Trump. FOTO: KEYSTONE

Zudem soll die Karenzfrist wegfallen. Damit müssten die Unternehmen den Selbstbehalt von bisher einem Tag pro Monat nicht weiter selber bezahlen. Mit der Kurzarbeitsentschädigung deckt die Arbeitslosenversicherung (ALV) den Arbeitgebern einen Teil der Lohnkosten. Arbeitnehmende erhalten mindestens 80 Prozent ihres Lohnes.

ENTLASSUNGEN SIND TEURER

Im Brief an Wirtschaftsminister Guy Parmelin schreiben die Sozialpartner: «Die Schweiz und ihre Industrie sind besonders betroffen, und ohne Gegenmassnahmen droht die Vernichtung von unersetzbarem Wissen und Arbeitsplätzen in der industriellen Fertigung.» Die Kosten, die der ALV durch eine Verlängerung der Kurzarbeit entstünden, seien in der Regel geringer als die Kosten im Falle von Entlassungen. Die Ausweitung der Kurzarbeit sei im Hinblick auf den befürchteten Auftragsrückgang das geeignete Mittel. Swissmem und die Gewerkschaften fordern vom Bundesrat ein dringliches Bundesgesetz, über welches das Parlament in der Sommersession abstimmen könnte.

PHARMA VERSPRICHT MILLIARDEN

Auch die Schweizer Pharmabranche lobbyiert beim Bundesrat für Unterstützung. Zugleich versucht sie, den US-Präsidenten mit Investitionsversprechen zu besänftigen. Roche will 50 Milliarden Dollar in den Bau von neuen Produktionsstätten in den USA investieren. Und Novartis verspricht 23 Milliarden Dollar für den Aufbau von neuen Fabriken in den USA, dem weitaus wichtigsten Absatzmarkt des Konzerns.

Gewerkschaft blutet aus

WASHINGTON. Die American Federation of Government Employees (AFGE) vertritt 800 000 US-Bundesangestellte und hat wegen gewerkschaftsfeindlicher Beschlüsse mehrere Klagen gegen die Trump-Administration eingereicht. Weil Trump die automatische Zahlung der Mitgliederbeiträge abgeschafft und das Tarifverhandlungsrecht der AFGE ausgehebelt hat, muss die AFGE bis im Juni 200 von 355 Mitarbeitenden entlassen. Einen Erfolg verbuchen kann die Gewerkschaft National Treasury Employees Union (NTEU): Trump wollte auch ihr das Tarifverhandlungsrecht nehmen, doch letzte Woche stoppte ihn ein Gericht.

Orell Füssli klagt und klagt

ZÜRICH. Unter dem Titel «Fette Preise und magere Löhne» berichtete der «Saldo» über Orell Füssli. «Nau.ch» zog nach. Doch der Buchhändler beklagte Falschdarstellungen und verlangte «sofortige Löschung» der Artikel. «Nau.ch» willigte ein, der «Saldo» nicht. Nun ist Orell Füssli deswegen ans Handelsgericht Zürich gelangt. Vom «Nebelspalter» wiederum verlangte der Konzern eine Gegendarstellung. Die Tamedia-Titel mussten ein Korrigendum publizieren. Auch work hatte berichtet und ist jetzt mit Forderungen konfrontiert. Und den Whistleblower, der im «Saldo» ausgepackt hatte, zeigte Orell Füssli an – wegen versuchter Erpressung und



ANGRIFFIG: Orell Füssli. FOTO: KEYSTONE

versuchter Nötigung. Jetzt befand die Staatsanwaltschaft St. Gallen, die Straftatbestände seien «eindeutig nicht erfüllt» – ein Rekurs ist möglich.

SVP-Fundi als Garanto-Präsi?

BERN. Er ist selbst in der SVP ein Rechtsrandständiger: Jean-Luc Addor, Walliser Nationalrat seit 2015. Mal fordert er die Wiedereinführung der Todesstrafe, mal kommentiert er eine tödliche Schiesserei in einer Moschee mit: «Wir wollen mehr davon!» Und wird dafür wegen Rassismus verurteilt. Jetzt will Addor Gewerkschaftspräsident werden! Und zwar bei Garanto, dem Verband der Angestellten des Bundesamts für Zoll und Grenzschutz. Laut einem CH-Media-Bericht hat sich die Romandie-Sektion bereits für ihn ausgesprochen. Die Delegierten entscheiden am 13. Juni.

Rechtsterrorist in Bündner Versteck

LANDQUART. 1974 protestierten in Brescia Tausende Gewerkschaftsmitglieder gegen die neofaschistische Gewalt, die Italien damals terrorisierte. Dann detonierte eine Bombe. Sie riss acht Menschen in den Tod und verletzte über hundert. Jetzt wurde der Rechtsextremist Marco Toffaloni (67) für das Massaker zu 30 Jahren Haft verurteilt – in Abwesenheit. Denn Toffaloni versteckt sich in Landquart, hat einen neuen Namen angenommen und sich einbürgern lassen. Für die Schweiz verjährt Mord nach 30 Jahren. Und eigene Bürger liefert sie nicht aus. SP-Ständerat Carlo Sommaruga will vom Bundesrat wissen, ob er Toffaloni die Staatsangehörigkeit entziehe, so wie er das bei IS-Terroristen gemacht habe.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Zürichs faule Tricks: Gericht schützt den freien Sonntag



EIN FALL FÜR DIE GERICHTE: Der Kanton Zürich wollte, dass die Migros-Daily-Filiale an der Zollstrasse jeden Tag öffnen darf. Die Unia ging dagegen vor und bekam recht. FOTO: UNIA

Der Hauptbahnhof Zürich ist ein Einkaufszentrum mit Gleisanschluss: Auf über einer Hektare kann, wer will, in rund 180 Läden während 365 Tagen im Jahr von frühmorgens bis in die Nacht ein-

Die Turbo-Lädelerin Carmen Walker Späh wendet das Gesetz nicht korrekt an.

kaufen. Und wer unbedingt will, kann sich auch den neusten Flachbild-TV anschaffen. Doch das reicht natürlich einer ideologischen Turbolädelerin wie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh nicht. Weil die FDP-Frau seit Jahren mit ihren politischen Vorstössen zur Schleifung des Arbeitsgesetzes für Verkäuferinnen und Verkäufer aufläuft, wendet sie das geltende Gesetz in ihrem

Kanton nicht korrekt an. Die Unia-Region Zürich-Schaffhausen ist darum regelmässig gefordert, die Einhaltung des geltenden Gesetzes via Gerichte einzufordern. Das tut die Gewerkschaft überaus erfolgreich, wie aktuell zwei neue Urteile des Zürcher Verwaltungsgerichts zeigen. Neben dem Urteil zur Migros-Daily-Filiale an der Zollstrasse entschied das Gericht auch im Fall einer Goods-Filiale am Winterthurer Bahnhofplatz gegen die Migros und im Sinne der Arbeitnehmenden. Aktuell führt die Unia Zürich-Schaffhausen in ihrer Region in vier weiteren Fällen Klage gegen ungerechtfertigt am Sonntag geöffnete Grossverteilernfilialen.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/migros-daily

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Montblanc verklagt Gewerkschafter

Gewerkschafterinnen und Aktivisten des Netzwerks Clean Clothes Campaign (CCC) demonstrierten im letzten Herbst vor den Läden der Luxusmarke Montblanc gegen die miesen Arbeitsbedingungen in den italienischen Lederfabriken. Und gegen den Rauswurf von 13 pakistanischen Arbeitern. Ihr Vergehen: Sie hatten sich der Gewerkschaft Sudd Cobas angeschlossen. Nun hat die NGO Public Eye eine brisante Recherche über Montblanc und den Schweizer Mutterkonzern Richemont publiziert. Montblanc verlangte im Januar 2025 vor einem Zivilgericht in Florenz ein Demoverbot für Sudd Cobas vor Montblanc-Geschäften. Gleichzeitig zeigte die Luxusmarke drei Sudd-Cobas-Mitglieder wegen Verleumdung und Nötigung an. Doch diese wissen sich zu wehren.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/richemont

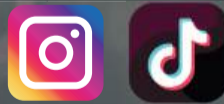
Tetra-Pak-Büezer reisen in die Schweiz

150 französische Büezerinnen und Büezer sind mit Reiseautos nach Lausanne gefahren, um ihrem Ärger Luft zu machen. Mit Fahnen, Transparenten und einer überdimensionierten Getränkepackung sind sie entlang der Uferpromenade von Ouchy nach Pully marschiert. Ihr Ziel: der Hauptsitz des schweizerisch-schwedischen Unternehmens Tetra Pak. Der Verpackungsriese hatte angekündigt, eine Fabrik in der Nähe von Dijon zu schliessen. Betroffen sind 207 Mitarbeitende.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/protest-tetrapak

Rachefeldzug der Bürgerlichen: Nicht mit uns, sagt das Netz

Dass die SVP/FDP-Viererbande im Bundesrat, angeführt von Karin Keller-Sutter, die 13. AHV-Rente so unsozial wie möglich finanzieren will, nämlich rein über die Mehrwertsteuer, wird auf den Social-Media-Kanälen von work heftig kritisiert. Aber immerhin: Selbst der Mehrheit der grösstenteils bürgerlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats hat sich nun gegen diese Variante ausgesprochen.



@workzeitung

Rache am Volk? Politikerinnen wären zuständig für das Wohl des Volkes. Korruption in der Schweiz. Margrit Dobler

Wieso reden sie nicht über AHV-Beitragspflicht auf Dividenden und Kapitalertrag, um die 13. AHV-Rente zu finanzieren? Roberta Blumer

Trumps unsoziale Politik als Inspirationsquelle? Miroslav Vurma

Eine totale Trotzreaktion, nur weil's gewissen nicht passt! Ren Tubas

Die AHV darf nicht auf dem Rücken der Schwächsten finanziert werden. Jeannette Nyffeler

Die Finanzierung ist einfach: 1% Vermögenssteuer, 10% Erbschaftsteuer Barney Rumble

Mafia en gros! Walter Weber



Gericht schützt die Food-Kuriere

Mit allerlei Tricks wollen Essenslieferdienste wie Smood oder Uber Eats die Löhne drücken. Jetzt sagt das Genfer Arbeitsgericht: Das geht nicht. Sie müssen den Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes einhalten. Smood zieht das Urteil zwar weiter ans kantonale Obergericht. Trotzdem ist es schon jetzt ein gutes Zeichen für die ganze Gastrobranche. Denn auch die Gastronomen hatten gefordert, dass Smood den Gastro-GAV einhalte. Die Klage in Genf eingereicht hatte die Aufsichtskommission des Gastro-GAV, in der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-

seite paritätisch zusammenarbeiten. Das Urteil sei nicht nur für Smood wichtig, sagt Véronique Polito von der Unia-Geschäftsleitung. Denn der Gastro-GAV bringt allen Food-Kurieren und -Kurierinnen einen entscheidenden Vorteil: Er stellt klar, dass Präsenzzeit als Arbeitszeit gilt.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/smood-urteil

Gewerkschafter über seine Zeit im Knast

Vor drei Jahren liess der belarussische Langzeitherrscher Alexander

Lukaschenko die freien Gewerkschaften zerschlagen. Für Sjarhej Antushevich, den Vize-Präsidenten des Demokratischen Gewerkschaftsbunds BKDP, brachte dies zwei Jahre Straflager, dann Arbeitslosigkeit und jetzt Exil. Im Interview berichtet er erstmals über seine Knasterlebnisse.



Und sagt, warum er trotz allem nicht ans Aufgeben denkt.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/antushevich



DANIELA ANDRES BEDIENT DIE ALTE LADY: Die Maibändel-Maschine hat ihren letzten Einsatz. FOTOS: JUN



IN ALLEN FARBEN: Das Lager an Stoffbändern bei der Adri AG in Biel.

Reportage aus Biel/Bienne: Eine Maschine geht in Pension

In der Fabrik der Maibändel

Was wäre der 1. Mai ohne die legendären roten Maibändel? Ein kleiner Betrieb in Biel bedruckt sie. work war beim letzten Arbeitseinsatz der Druckmaschine dabei.

IWAN SCHAUWECKER

Hier steht sie, die Maschine, die seit 60 Jahren die roten Bänder für die 1.-Mai-Feiern produziert: am Chemin du Coin, dem Eckweg, hinter dem Hauptsitz von Swatch, in einem unscheinbaren Bieler Einfamilienhaus.

Die 1.-Mai-Bändel-Maschine hat der Firmengründer in den 60ern entworfen und konstruiert.

Im Atelier der Adri AG, eines auf Festartikel spezialisierten KMU mit einem halben Dutzend Angestellten, nimmt Daniela Andres (57) die Bändelmaschine ein letztes Mal in Betrieb. Nochmals viertausend Stück für einen Auftrag des Gewerkschaftsbundes Zürich.

RATTER, RATTER, RATTER

Wenn die Maschine anläuft, macht sie einen Höllenlärm. Das eingespannte rote Seidenband beginnt sich zu bewegen, die Maschine rattert, ein Kolben drückt die Goldfolie auf das Band, und am hinteren Ende der Maschine fliegen die geschnittenen Bändel im Sekundentakt raus. Auf dem roten Seidenband prangt jetzt in goldenen Lettern frisch gedruckt: «Solidarität statt Hetze – gemeinsam stark!» Das diesjährige Motto zum 1. Mai, dem Tag der Arbeit.

Andres sagt: «Nach diesem Einsatz geht die Maschine definitiv in den wohlverdienten

Ruhestand.» In den Regalen des Ateliers lagern neben dem roten Seidenband für die Gewerkschaften Stoffe in allen Farben. Auch die Seidenbänder sind swissmade, von einem Zulieferer aus dem Basler Laufental. Früher waren die bedruckten Bänder begehrt für Vereine, Sportwettkämpfe oder Schönheitswettbewerbe. Heute sind es neben den Gewerkschaften vor allem Springreiter, Viehschauen und Schwingverbände, die noch regelmässig Bänder bei der Adri AG bestellen.

DER ERFINDER

Bereits ab 1935 tüftelte Adolf Ritter, der Gründer der Adri AG, an einer Maschine für Tombola-Lose und Festbändel herum. Zehn Jahre später entwickelte er die erste Loswickelmaschine und die erste vollautomatische Heissprägepresse der Schweiz für Festbändel. Der Erfinder taufte seine Firma «Adolf Ritter Ball- und Festartikel», ehe im Jahr 1953 die Aktiengesellschaft «Adri AG» daraus entstand. Die 1.-Mai-Bändel-Maschine, die heute ein letztes Mal in Betrieb ist, hat Firmengründer Ritter in den 1960er Jahren entworfen und konstruiert.

MÜDE MASCHINE

Daniela Andres arbeitete während der letzten 24 Jahre mit der Maschine. «Früher haben wir die Vorlagen noch selbst mit einzelnen Buchstaben gesetzt, aber heute lassen wir die Klischees, die Drucksujets aus Metall, extern produzieren. Das ist weniger kompliziert und günstiger.» Die Produktion der Bänder habe sie immer sehr gerne gemacht, und sie werde die Arbeit mit der Maschine vermissen, sagt Andres.

In Zukunft wird sie nur noch im Büro im Verkauf und nicht mehr im Atelier arbeiten. Aber jetzt sei der richtige Zeitpunkt für die Umstellung: «Die Maschine hat Abnutzungserscheinungen und ist bereits etwas müde.» Die Adri AG verlagert die Produktion der Bänder an ihren zweiten Standort nach Unter-

berg im Kanton Schwyz. Dort werden die Bänder in Zukunft im Siebdruckverfahren produziert.

Auf den 1. Mai angesprochen, sagt Andres: «In Biel ist der 1. Mai kein Feiertag, und wir müssen arbeiten gehen.»

Tradition: Die lange Geschichte des 1. Mai und der Maibänder

Am 1. Mai 1886 traten in den USA rund 400 000 Beschäftigte aus 11 000 Betrieben in einen Generalstreik. Zentrum der Proteste war die Industriestadt Chicago, wo sich Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem Haymarket Square versammelten. Sie demonstrierten gegen unerträgliche Arbeitsbedingungen und 12-Stunden-Arbeitstage. Die Idee zum 1. Mai als Tag der Arbeit entstand dann drei Jahre später an der Weltausstellung in Paris. Französische Delegierte lancierten am internationalen Arbeiterkongress während der Weltausstellung den 1. Mai als Kampftag für die Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages.

SCHWEIZER PREMIERE. Am 1. Mai 1890 fanden dann zum ersten Mal in Europa und den Vereinigten Staaten Kundgebungen statt. In der Schweiz beteiligten sich 1890 einige Hundert, am Abend sogar mehrere Tausend Arbeiterinnen und Arbeiter bei den Maikundgebungen in den Städten und Industrieorten. Die Basler Arbeiterunion, der Zusammenschluss der Sozialdemokratischen Partei, der Parteipresse und der Gewerkschaften, schuf damals den noch heute bekannten roten Maibändel. Im Sozialarchiv in Zürich können Sie die Maibänder der letzten 135 Jahre in ihrer ganzen Vielfalt und historischen Kontinuität entdecken. Mehr Infos unter: bild-video-ton.ch.



AKTUELL: Das sind die Maibänder, die gerade für den Zürcher Gewerkschaftsbund produziert wurden.



DIE TRANSFERFOLIE BRINGT FARBE AUF DIE BÄNDEL: work-Redaktor Iwan Schauwecker beim Atelierbesuch in Biel.



MIT HERZ UND HAND: Das Motto des kleinen Betriebs hängt gut sichtbar an der Wand.

Tag der Pflege Das geht uns alle an

Welche Pflege und Betreuung wollen wir, wenn wir alt sind? Die Pflegenden in der Unia sagen: Darüber müssen wir als Gesellschaft reden. Am internationalen Tag der Pflege bringen sie ihre Vision unter die Leute.

CHRISTIAN EGG

In den Altersheimen organisieren die Care-Teams ihre Arbeit autonom. Dank einer 32-Stunden-Woche können sie sich in der Freizeit erholen. Personalschlüssel stellen sicher, dass immer genügend Mitarbeitende da sind. Und wegen der guten Arbeitsbedingungen haben die Heime keine Probleme, Personal zu finden: So sieht die Vision für gute Pflege und Betreuung im Jahr 2035 aus.

IN BASEL AUF DIE STRASSE...

Sie ist das Herzstück des neuen Care-Manifests, das die Pflegenden in der Unia erarbeitet haben (rebrand.ly/manifest-work). Jetzt wollen sie ihre



MEHR MENSCHLICHKEIT: Das wünschen sich die Pflegenden für die Pflege.

FOTO: CANVA

Botschaft einem breiten Publikum näherbringen. In mehreren Städten nutzen sie dafür den internationalen Tag der Pflege am 12. Mai. In Basel ist etwa ein Aktionstag geplant. Pflegende werden in der Innenstadt Flyer und das Manifest als Broschüre verteilen. Marjana Radmanovac von der Unia Aargau-Nordwestschweiz sagt: «Wir möchten den Passantinnen und Passanten unser Anliegen erklären und sie zum Nachdenken anregen.» Denn es ist klar: Damit wir als Gesellschaft aus der gegenwärtigen Krise der Langzeitpflege herausfinden, braucht es zuerst eine breite Diskussion. Das neue Unia-Manifest bietet dafür eine

Damit wir aus der Pflegekrise herausfinden, braucht es eine Diskussion.

optimale Grundlage. Auch weil es von den Menschen erarbeitet wurde, die wissen, was es braucht: von den Pflegenden selber.

Radmanovac ist zuversichtlich, dass dieser Dialog in Gang kommt: «Viele von uns haben Angehörige, die pflegebedürftig sind. Und wir alle werden älter und brauchen vielleicht einmal selber Pflege.» Also gehe die Frage, unter welchen Bedingungen die Pflegenden arbeiteten, uns alle etwas an.

...IN WINTI INS KINO

Auch in Olten und Solothurn werden am 12. Mai Pflegende an Infoständen das Care-Manifest verteilen und erklären. Und in Winterthur zeigt die Unia-Pflegegruppe den sehenswerten Film «Heldin» (rebrand.ly/heldin) mit anschliessender Diskussion.

Basel: Schiffplände, 12 bis 15 Uhr

Olten: Kirchgasse, 9 bis 11 Uhr

Solothurn: Kreuzackerplatz, 11 bis 15 Uhr (Bewilligung ausstehend)

Winterthur: Museum Schaffan, Lagerplatz 9, ab 18 Uhr. Anmeldung auf rebrand.ly/heldin-winti

Care-Manifest der Unia: bestellen, herunterladen oder online-FAQ lesen unter rebrand.ly/care-manifest

Extreme Unfallraten und heikle Auftragsvergaben Bauern sind auf gefährlichem Expansionskurs

Ein Unfalltoter und ein öffentlicher Millionenauftrag unter der Hand bringen einen Berner Landwirt in die Kritik – und die Kehrseite bäuerlicher Privilegien ans Licht.

JONAS KOMPOSCH

Jahr für Jahr ereignen sich in der Schweiz rund 75 tödliche Berufsunfälle. Ein besonderes Risiko tragen Arbeitende in Bau-, Forst- und Agrarwirtschaft. Wobei die grösste Gefahr in der Landwirtschaft lauert. Aus den Suva-Statistiken geht das zwar nur indirekt hervor. Denn Bauernbetriebe sind privatversichert. Und die Privatversicherungen müssen ihre Unfallzahlen nirgends zentral zusammenfassen. Trotzdem sind die fatalen Dimensionen bekannt – dank der Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft (BUL). Sie nämlich analysiert alle Polizei- und Medienberichte über Personenunfälle im Zusammenhang mit der Landwirtschaft. Das traurige Fazit für 2024: 25 Todesfälle, davon 20 Arbeitsunfälle im engeren Sinne. Die Zahlen gleichen sich seit Jahren. Bedeutet: Etwa jeder vierte tödliche Berufsunfall geht auf das Konto der Landwirtschaft. Und dies, obwohl dort nur noch rund zwei Prozent der Erwerbstätigen arbeiten. Warum also diese extreme Sterberate?

GEFAHREN LAUERN ÜBERALL

Klar ist: Bäuerinnen, Knechte oder sogenannte Erntehelfer leben gefährlicher als etwa Versicherungsmakler. Im Stall können Tiere durchbrennen, in Gullys giftige Gase entstehen, bei Waldarbeiten droht Astschlag, im Steilgelände überschlagen sich Fahrzeuge...

Doch die Landwirtschaft ist auch jene Branche, der die Politik am meisten Ausnahmen vom Arbeitsgesetz gewährt. Das führt unter anderem zu rekordlangen Arbeitswochen (siehe Artikel unten) – und damit zu Rahmenbedingungen, die Unfälle begünstigen.

Am 18. März war es wieder so weit. In Ittigen bei Bern wurde ein Mann bei Reparaturarbeiten zwischen einer Sattelzugmaschine und einem Schweisstisch eingeklemmt. Im Spital erlag er seinen schweren Verletzungen, wie die Kantonspolizei mitteilte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Jetzt zeigen work-Recherchen: Der Unfall passierte auf dem Hof von Peter Wyss (61). Und das Opfer war ein 19-jähriger Mechaniker aus Tschechien. Das lässt aufhorchen. Denn Wyss hat nicht nur einen Bauernbetrieb, sondern ist längst auch ein erfolgreicher und divers aufgestellter Unternehmer.

BAUER DRÄNGEN AUF BAU

Wyss betreibt auf seinem Hof eine Biogasanlage zur Strom- und Düngerzeugung sowie eine der grössten Solaranlagen der Region. Auch im Futtermittelhandel ist er tätig. Doch am bekanntesten ist Wyss als Lohnunternehmer und Chef eines rund 20köpfigen Teams. Lohnunternehmer wie er verfügen über modernste Maschinenparks und führen damit für andere Bauern Feldarbeiten durch. Der Grossteil der Schweizer Mais-



MIT TRAKTOREN DICK IM BAUGESCHÄFT: Landwirt und Unternehmer Peter Wyss macht Baufirmen Konkurrenz, da er sich nicht an den LMV halten muss. FOTO: WYSS LOHNUNTERNEHMUNG

Rüben- und Getreidefelder etwa wird von externen Agrardienstleistern abgeerntet. Doch die landesweit rund 400 Lohnunternehmungen stossen zunehmend auch in Branchen vor, die dem Arbeitsgesetz unterstehen – oder sogar einem Gesamtarbeitsvertrag. Beliebte sind das Transportwesen, Gemeindearbeiten sowie der Tiefbau. Keine Freude an dieser Expansion haben das angestammte Gewerbe und die Gewerkschaften. Der Vorwurf: Dumpingkonkurrenz, ermöglicht durch bäuerliche Privilegien. Eigentlich gilt: Sobald Landwirte gewerblich tätig werden,

«Da haben wohl Beziehungen gespielt.»

PETER SOMMER, BAUMEISTERVERBAND

entfallen die meisten ihrer Vorrechte. Zumindest laut Gesetz. In der Realität können aber noch ganz andere Privilegien dazukommen, wie ein bisher unveröffentlichter Fall um Peter Wyss zeigt.

MILLIONENAUFTRAG UNTER DER HAND

Keine zwei Monate nach dem russischen Angriff auf die Ukraine präsentierte der Kanton Bern ein ambitioniertes Bauprojekt: Auf dem Viererfeld, einer Wiese am Rand der Bundesstadt, sollte im Nu ein Containerdorf für 1000 Kriegsflüchtlinge entstehen. Der Kanton machte vorwärts – unberühnlich schnell: Von Beschluss bis Baubeginn verstrichen nur 48 Stunden. Ein Rekordtempo, das dank Sonderrecht möglich war. Konkret vergab das zuständige Departement unter SVP-Mann Pierre Alain Schnegg sämtliche Aufträge im freihändigen Verfahren – also ohne öffentliche Ausschreibung und am Parlament vorbei. Dabei flossen mindestens 3 Millionen der ausgewiesenen 8,3 Millionen Franken Gesamtkosten an Firmen von Bauer Wyss. Das geht aus der Beschaffungsplattform Simap hervor. Demnach erledigte Wyss' Bodenbearbeitungsfirma Eco Terra AG das

Abhumisieren des Viererfelds und seine Tiefbaubude WWS Bagger GmbH die Belagsarbeiten. Zudem sind auf Pressefotos Traktoren von Wyss' Lohnunternehmen auf der Kantonsbaustelle zu sehen. Und ein Augenzeuge bestätigt gegenüber work: «Seine Traktoren fuhren frühmorgens auf – dann wurde durchgeackert bis spätabends.» Beim Berner Baumeisterverband traute man jedenfalls seinen Augen nicht.

BAUMEISTER KRITISIEREN KANTON

Denn dem Landesmantelvertrag fürs Bauhauptgewerbe (LMV) untersteht nur Wyss' Kleinfirma WWS Bagger, nicht aber seine Eco Terra und die Lohnunternehmung. Unterliefe damit ausgerechnet der Staat einen allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag – und dies noch dazu mit einem Millionenauftrag unter der Hand? Im Kantonsrat wurde Kritik laut. Doch zur mutmasslichen GAV-Umgehung schwieg die Regierung. Dafür argumentierte sie mit der «ausserordentlichen Lage» und behauptete, klassische Tiefbauunternehmen hätten zu jener Zeit kaum Kapazitäten gehabt. Das lässt Peter Sommer nicht gelten. Der Geschäftsführer des Berner Baumeisterverbands sagt: «Ich hätte sicher 4 bis 5 verfügbare Baufirmen gewusst, doch es wurde ausser Wyss ja niemand gefragt!» Das Ganze sei «sehr un schön» abgelaufen. «Da haben wohl Beziehungen gespielt», vermutet Sommer. Und noch etwas liege auf der Hand: «Wyss kann sicher billiger arbeiten als unsere Baufirmen, die den LMV mit seinen Mindestlöhnen und Arbeitszeitbeschränkungen einhalten müssen.» Bauer Wyss wollte sich auf Anfrage nicht äussern – weder zum Unfall noch zum Viererfeld. Letzteres sei eine «alte Geschichte». Bloss: Auf Instagram postet sein Lohnunternehmen selbst Fotos von Traktorarbeiten auf Berner Grossbaustellen. Einmalig scheint die Viererfeld-Geschichte also nicht. Es gilt die Unschuldsvermutung.



Kein Arbeitsgesetz, kein GAV, keine LSVa Darum fürchten Gewerbler die Bauernkonkurrenz

Seit 1877 hat die Schweiz ein Arbeitsgesetz. Heute umfasst es stolze 78 Artikel. Sie alle haben nur ein Ziel: die Arbeitssicherheit zu wahren und Arbeitnehmende vor gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Doch just die risikoreiche Landwirtschaft ist von diesem Gesetz ausgenommen. Bloss das Mindestal-

ter für Berufstätige (15 Jahre) gilt auch für sie. Deshalb dürfen sogenannte Betriebe der Urproduktion etwa zu jeder Tages- und Nachtzeit arbeiten lassen, auch an Sonn- und Feiertagen – und das völlig bewilligungs- und zuschlagsfrei. Dabei sind schon die normalen Arbeitswochen rekordlang: Bis zu 57 Stunden an sechs Tagen sind erlaubt. Ausnahmsweise dürfen sogar 84-Stunden-Wochen angeordnet werden – je nach kantonalem Normalarbeitsvertrag (NAV). Und sogar Lernende müssen bis zu 55 Stunden

«ad Säck» – satte 10 Stunden pro Woche mehr als ihre Gspänli in Verkauf, Büros oder Industrie.

KEINE MINDESTLÖHNE. Und für die strengen Tage gibt's noch mager Geld! Denn statt verbindlicher Mindestlöhne akzeptieren die Bauern bloss «Richtlöhne». Für Betriebsangestellte empfiehlt der Bauernverband einen Monatslohn ab 3550 Franken, für Saisoniers 3450 Franken und für Praktikanten 1500 Franken.

Hinzu kommt eine lange Reihe gesetzlicher Privilegien.

Viele davon sind potentiell geeignet, das angrenzende Gewerbe mit Billigpreisen zu konkurrenzieren (siehe Artikel oben). So sind Landwirtschaftsfahrzeuge vom Sonntags- und Nachtfahrverbot ausgenommen. Ebenso müssen die Bauern auf Traktoren und ähnlichen Fahrzeugen keine Schwerkverkehrsabgabe (LSVA) entrichten. Zudem gilt bei der Motorfahrzeugsteuer ein reduzierter Satz, und die Landwirte können sich die Mineralölsteuer rückvergüten lassen. Die Privilegienliste liesse sich fortführen – und zwar lange. (jok)



MOBILISIERT FÜR DIE GROSSEN DEMOS: Unia-Mann Antonio Procopio bei den Büzern Emilio Hofstetter, Sergio Pereira, Nikson Nikolla und Fabian Frei (v.l.).
FOTO: JOK

Gewerkschafter auf Achse für die Bau-Demos in Zürich und Lausanne

«Können wir auf euch zählen am 17. Mai?»

Im neuen Bauvertrag will die Unia spürbare Fortschritte sehen – und mobilisiert täglich für die Demos vom 17. Mai. Doch wie kommt das eigentlich auf den Baustellen an? work machte die Probe aufs Exempel – im tiefsten Hinterthurgau.

JONAS KOMPOSCH

Seit Wochen touren sie durchs Land. Tag für Tag. Von St. Gallen bis nach Genf. Und klappern dabei möglichst jeden Bauplatz ab: die Bauteams der Gewerkschaften Unia und Syna. Sie verfolgen dabei drei Ziele: zuhören, informieren und – jetzt ganz besonders – mobilisieren! Letzteres natürlich für die beiden nationalen Bau-Demonstrationen, die am 17. Mai durch Zürich und Lausanne ziehen. Denn es ist klar: Je grösser diese Aufmärsche ausfallen, desto eher gelingen spürbare Fortschritte im Landesmantelvertrag (LMV). Dessen Neuauflage wird gerade verhandelt. Und die organisierten Bauleute haben klare Forderungen aufgestellt (siehe Box).

Doch wie kommen die Mobilisierungen auf den Bauplätzen an? work hat sich umgehört. Aber nicht in einer gewerkschaftlichen Hochburg. Sondern im beschaulichen Hinterthurgau, einer Gegend, über die die «Thurgauer Arbeiterzeitung» 1916 befand, sie sei «von der Kultur noch nicht so stark beleuchtet», und unter ihren Einwohnern gebe es «noch sehr wenig soziales Denken und Fühlen». Seither ist freilich viel Wasser die Thur hinuntergeflossen. Doch der Arbeiterschaft Mostindiens wird noch immer nichts geschenkt. So gehörten die Thurgauer Baumeister zu jener radikalen Minderheit im Schweizerischen Baumeisterverband, die 2023 den LMV am liebsten gekündigt hätten. Der Grund: Die Gewerkschaften hätten sich in den Verhandlungen zu stark durchgesetzt. Und heute?

HUDELWETTER ÜBER DER OSTSCHWEIZ

Über der Ostschweiz schiff't wie aus Kübeln an diesem Aprilfreitag. Etliche Baustellen versinken im Schlamm. Nicht ganz so arg steht es um das

Projekt «In den Reben» in Ettenhausen TG. Die künftige Luxusterrassensiedlung, die hier samt Pools an exklusiver Hanglage entsteht, fusst auf solidem Grund. Trotzdem schimpft Loris Conversano, als er aus seinem Auto und direkt in eine Pfütze tritt: «Huere Hudelwetter!» Auch sein Kollege Antonio Procopio knurrt: «Regen ist für unsere Arbeit ein Seich, denn die Arbeiter verbringen in den Pausen mehr Zeit mit Umziehen, und wir müssen uns extrem kurzfassen.»

Procopio und Conversano sind Aussen-dienstmitarbeitende der Unia Ostschweiz-Graubünden. Beladen mit Flyern, dem Unia-Magazin «Der Polier» sowie einer Infotafel geht's Richtung Baracken. Was einen dort erwartet, wisse man nie ganz genau, erklärt Procopio. Zwar sei praktisch allen Baualeuten klar, dass Verbesserungen nicht vom Himmel fielen. Daher meldeten sich viele ohne Wenn und Aber für die Demo an. Doch auch das Gegenteil komme vor: «Manchmal sprichst du schlicht an eine Wand.» Wieder andere fänden die Forderungen zwar berechtigt, wollten aber selbst keinen freien Samstag für die Demo opfern. «Ein Schoggijob ist das Mobilisieren sicher nicht», sagt Loris Conversano, während ihm das Wasser vom Helm tropft. Dann klopft er an die Tür des ersten Pausencontainers.

POLIER WILL NICHT

Drinnen sitzen Polier Fabian Frei (35), Schaler Sergio Pereira (39), Maurer Emilio Hofstetter (19) und Allrounder Nikson Nikolla (43). In ihrem «Stübli» ist es eng, aber gemütlich-warm. Sie essen belegte Brötli, trinken Kaffee, rauchen und lachen. Unia-Mann Procopio kommt gleich zur Sache: «Ihr wisst ja, wieso wir da sind. Der LMV läuft aus. Und zusammen mit euch wollen wir einen neuen und besseren heraus-holen!» Dann erklärt der Gewerkschafter die wichtigsten Anliegen – und stellt dann die Gretchenfrage: «Können wir auf euch zählen am 17. Mai?» Allrounder Nikolla winkt ab: «Ich bin eh nicht mehr lange in der Schweiz», erklärt er. Sobald sein Sohn aus der Schule sei, gehe er zurück in den Kosovo. Denn dort könne man sich das Leben noch leisten. Auch Polier Frei will nicht auf die Strasse. «Ich bin im Baukaderverband, und der demonstriert nicht», erklärt er. Gegen die Unia-Forderungen spricht sich der Gruppenchef zwar nicht aus.



ON THE ROAD: Loris Conversano. FOTO: ZVG

Neuer LMV: Das sind die wichtigsten Forderungen

- Kürzere Arbeitstage
- Eine bezahlte Znünpause
- Schluss mit 30 Minuten unbezahlter Reisezeit pro Tag
- Eine anständige Lohnerhöhung für alle
- Automatischer Teuerungsausgleich
- Hitzefrei ab 33 Grad

Im Gegenteil. Gerade die Hitzeproblematik verlange dringend eine Lösung. Doch da hätten die Meister ja schon Bereitschaft für eine Lösung signalisiert. Und das Problem der nicht komplett bezahlten Reisezeit (erst ab 30 Minuten) sei bei ihrem Arbeitgeber, der Thurgauer Traditionsfirma Vetter AG, eigentlich kein Problem. Denn: «Vetter ist stark regional tätig, weshalb wir immer kurze Fahrtwege haben.» Auch sonst sei der Familienbetrieb sozial drauf und nah bei den Büzern. Dem widerspricht in der Baracke niemand.

GESAMTBILD ZÄHLT

Trotzdem sind Schaler Pereira und Maurer Hofstetter grundsätzlich offen für die Demo. Sie müssten zu Hause noch ihre Agenda checken, erklären die beiden Unia-Mitglieder. Aber grundsätzlich brauche es schon einen Ruck – wenn nicht in der eigenen Firma, so sicher in der Branche allgemein. Welche der Unia-Forderungen die wichtigste sei. «Alle sind wichtig!» ist Pereira überzeugt. Dass die Mieten, Krankenkassenprämien und Preise die Bauleute zunehmend belasteten, sei ja wohl unbestritten. Und auch an den Arbeitszeiten könne man gern noch schrauben. Denn: «Im Sommer bist du einfach nicht mehr produktiv nach neun Stunden.»

Die Bilanz nach zehn Minuten: zwei Demo-Absagen und zwei «vielleicht». Ist das zufriedenstellend? Loris Conversano meint dazu, es seien sicher noch nicht alle Bauarbeiter «voll im Demo-Modus». Doch was zähle, sei das Gesamtbild: «Unsere Themen kommen extrem gut an. Die Leute sind wirklich interessiert und bringen sich auch ein.» Später fahren Conversano und Procopio noch auf eine Baustelle im nahen Bronschhofen SG. Die Bilanz dort: Vier von fünf Bauarbeitern waren bereits Unia-Mitglied, drei haben sich für die Demo eingeschrieben, und ein Zimmermann ist Neumitglied geworden. Für den 17. Mai ist Conversano jedenfalls zuversichtlich: «Es chunt guet!»

Bundesstatistik belegt: Baulöhne gesunken

Nach drei Jahren mit Reallohnverlusten ging es 2024 für die meisten Berufe endlich wieder aufwärts. Nicht aber im Bau. Der SGB zieht sogar die schlechteste Bilanz seit dem Zweiten Weltkrieg.

JONAS KOMPOSCH

Immer im Frühling publiziert das Bundesamt für Statistik (BFS) seinen Schweizerischen Lohnindex. Er zeigt an, wie sich die Nominallöhne der verschiedenen Branchen gegenüber dem Vorjahr verändert haben. Und noch spannender: Er offenbart auch die Reallohnentwicklung, also die teuerungsbereinigte Kaufkraft der Arbeitenden. Fazit für 2024: Auf dem Papier sind die Schweizer Löhne um 1,8 Prozent gestiegen, doch real bleibt wegen der Jahresteuerung von 1,1 Prozent nur ein Plus von 0,7 Prozent übrig. Und: Die Krankenkassenprämien sind im Teuerungsinde nicht berücksichtigt! Eine solche Entwicklung ist für den Gewerkschaftsbund «ungenügend». Zumal in den vorangegangenen drei Jahren die Real-löhne sogar gesunken sind.

Die Löhne im Bau stagnieren seit 10 Jahren.

Dabei müssten die Reallöhne im Einklang mit der Arbeitsproduktivität steigen. Und diese erhöhe sich in der Schweiz um rund 1 Prozent pro Jahr. Doch heute seien die Reallöhne nur minim höher als 2015. «Eine so schlechte Lohnbilanz gab es in der Geschichte des Lohnindexes seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie», bilanziert der SGB. Erfreulich sei immerhin, dass die Löhne der Frauen stärker gestiegen seien und ihr Lohn-rückstand damit abgenommen habe.

Gleichzeitig unterstreiche der Lohn-index die Arbeit der Gewerkschaften. Denn dort, wo diese Gesamtarbeitsverträge durchsetzen, seien die Löhne um 2,1 Prozent gestiegen, also höher als im Landesdurchschnitt.

MEISTER TRICKSEN MIT STATISTIK

Dass aber GAV alleine noch keine anständige Lohnentwicklung garantieren, zeigt der Bau. Er gehört laut BFS zu den wenigen Branchen, in denen die Real-löhne 2024 gesunken sind – nämlich um 0,3 Prozent. Zwar betrachtet das BFS das Bauhaupt- und das Baunebengewerbe nicht gesondert. Doch es war der Verband des Bauhauptgewerbes (SBV), der im Herbst 2023 die Lohnverhandlungen einseitig abgebrochen hat. Und sich später damit brüstete, die Firmen hätten die Löhne dennoch «deutlich» angehoben. Konkret per 2024 um 1,1 Prozent. Was

der SBV dabei tunlichst verschwiegen: 2023 lag die Jahres-teuerung bei 2,1 Prozent, also deutlich über der behaupteten Lohnerhöhung. Überhaupt sind an der SBV-Darstellung Zweifel angebracht. Nico Lutz, Unia-Sektorleiter Bau, sagt: «Der SBV überschätzt die Lohnentwicklung systematisch, weil er nur Mitgliedsfirmen befragt und daher die ganzen Subunternehmer oft und die Temporärbeschäftigten ganz draussen bleiben.» Doch auch die SBV-Zahlen zeigen eines deutlich: Sogar unter den Verbandsfirmen gibt es sehr viele, die nur dann mehr zahlen, wenn sie dazu gezwungen werden. So hat auf dieses Jahr jede dritte Mitgliedsfirma ihre Löhne um nur 1,4 Prozent erhöht, also just um das Minimum, das die Gewerkschaften durchsetzen konnten. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund jedenfalls warnt: «Für die Bauarbeiter ist die Lohnentwicklung desolat. Die Löhne im Bau stagnieren seit zehn Jahren.»



IST ALARMIERT: Unia-Sektorleiter Bau Nico Lutz. FOTO: UNIA

Europa
Roland Erne

Trotz Tragödien Von der Leyen schützt Konzerne

Am 24. April 2013 stürzte das Fabrikgebäude Rana Plaza in Bangladesh ein. Mehr als 1100 Textilarbeiterinnen, die dort für globale Konzerne chumpften, wurden getötet, mehr als 2000 verletzt. Sieben Monate später kam es auch in Europa zu einer Tragödie: Im Stadtteil Zolitude in



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

Riga (Lettland) stürzte ein Shoppingcenter ein, das erst 2011 eröffnet worden war. Dabei starben 54 Verkäuferinnen, Kunden und Rettungskräfte. 41 weitere wurden verletzt.

MISSTÄNDE. Beide Katastrophen brachten Missstände ans Licht, die diese Tragödien erst möglich gemacht hatten: Die Missachtung sozialer Sorgfaltspflichten durch Konzerne und Zulieferer. Die Deregulierung gesetzlicher Schutzmassnahmen. Nach der Finanzkrise von 2008 war weltweit ein Angriff auf soziale Standards angesagt; um öffentliche Ausgaben einzusparen, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern und Investitionen anzukurbeln.

Die Katastrophen brachten die Missstände ans Licht. Die Tragödien und die Deregulierungswelle lösten aber eine transnationale Gegenbewegung aus. EU-Parlament und Ministerrat verabschiedeten im Juli 2024 eine EU-Lieferkettenrichtlinie, die Konzerne dazu verpflichtet, zentrale Arbeits- und Umweltstandards entlang ihrer Wertschöpfungsketten einzuhalten.

DEREGULIERUNGSKOMMISSAR. Nach der Zolitude-Tragödie trat auch der damalige lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis zurück. Doch nur wenige Monate später wurde er zum EU-Kommissar befördert. Dies geschah, bevor der parlamentarische Untersuchungsausschuss seines Landes ihm die Verantwortung für die Zolitude-Tragödie zuschrieb.

Um ihre Wiederwahl zu sichern, versprach EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen grünen und sozialdemokratischen EU-Abgeordneten im Herbst 2024, die Lieferkettenrichtlinie in jedem Fall umzusetzen. Nach ihrer Wiederwahl machte sie ausgerechnet Dombrovskis zum Chef der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen und damit auch zum EU-Deregulierungskommissar, um den «Verwaltungs- und Meldeaufwand für Unternehmen» zu verringern.

Als Dombrovskis Ende Februar 2025 das neue «Omnibus»-Gesetzpaket vorstellte, wurde klar, dass das für die Lieferkettenrichtlinie nichts Gutes bedeutet: Konzerne sollen nur noch die Praktiken ihrer direkten Lieferanten überwachen, nicht mehr die ihrer erweiterten Lieferketten. Die Überprüfungen müssen nur noch alle fünf Jahre statt jährlich stattfinden. Ausserdem sollten Konzerne nicht mehr für Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsverstöße ihrer Lieferanten haftbar gemacht werden können. Und schliesslich sollten Konzerne, die ihre Sorgfaltspflichten missachten, nicht mehr mit abschreckenden Bussen europaweit, sondern nur auf nationaler Ebene sanktioniert werden können.

OFFENER AUSGANG. Noch ist nicht sicher, ob diese Vorschläge umgesetzt werden. Sie müssen vom EU-Parlament und einer Mehrheit der Mitgliedstaaten genehmigt werden. Dazu müsste es Dombrovskis und von der Leyen gelingen, auch Koalitionsregierungen mit sozialdemokratischen Parteien, zum Beispiel Deutschland oder Österreich, davon zu überzeugen, dass die Richtlinie verwässert werden müsse.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.



FOTOKEYSTONE

St. Gallen stimmt über längere Ladenöffnungszeiten ab Was die Betroffenen denken

FDP und SVP wollen die Ladenöffnungszeiten im Kanton St. Gallen deutlich ausweiten. Weil die Linken gegen diesen Shoppingwahn das Referendum ergriffen haben, stimmt das Volk am 18. Mai darüber ab. Zwei Verkäuferinnen erklären, wieso ihnen die Vorlage nahegeht.

«Muss immer irgendwo ein Laden offen sein?»



Trisha Aerne (23), Verkäuferin FOTO: ZVG

«Ich habe vor knapp fünf Jahren meine Lehre abgeschlossen und erlebe seither regelmässig, wie die Ladenöffnungszeiten immer wieder angegriffen werden. Wir stimmen hier in St. Gallen nicht das erste Mal über eine Erweiterung ab. Das macht mich hässig! Und es nervt! Im Verkauf zu arbeiten ist ein schöner Beruf, doch er wird gerade mit den Arbeitszeiten immer unattraktiver. Ich kenne es von meinen Berufskolleginnen und -kollegen: Sie suchen sich nach Möglichkeit Arbeitsplätze mit guten Arbeitszeiten. Das ist mittlerweile entscheidend.»

KLARES NEIN. Ich musste auch schon sonntags arbeiten; gerade wenn sich das Jahr dem Ende zuneigt, gibt es einige Sonntagsverkäufe. Das ist bekanntlich die stressigste Zeit für uns. Aber die Öffnungszeiten generell immer weiter zu erweitern, das verstehe ich nicht. Muss wirklich immer irgendwo, am besten noch während 24 Stunden, ein Laden geöffnet sein? Die Kundschaft konnte es sich doch immer irgendwie einrichten, sich an die Ladenöffnungszeiten zu halten. Ich stimme am 18. Mai natürlich NEIN. Weil ich mir wünsche, dass mein Beruf attraktiver wird. Und nicht noch das letzte bisschen Wertschätzung verloren geht.»

«Anerkennung auf Augenhöhe!»

«Ich bin schon 36 Jahre als Vollblutverkäuferin tätig und habe bereits etliche Abstimmungen erlebt, die die Arbeitszeiten für das Verkaufspersonal angreifen. Die Rede ist von Freiheit für die Wirtschaft und die Kundschaft. Aber wo bleibt die Freiheit für das Verkaufspersonal? Im Abstimmungskampf sprechen die Befürworter von neuen Geschäftsmodellen, doch über unsere Arbeit im Verkauf wird kein Wort verloren.»



Judith Gamma (62), Verkäuferin FOTO: ZVG

FAIRNESS. Immer häufiger spriessen sogenannte Selbstbedienungsläden aus dem Boden. Sie werden als «personalfrei» verkauft. Doch wer putzt den Laden? Wer füllt die Regale auf? Wer schützt den Laden vor Diebstahl? So wird die Arbeit noch unsichtbarer, und das finde ich erniedrigend und beelendend. Ich arbeite im Stadtladen St. Gallen, wo wir als Kollektiv funktionieren. So können wir als Team über unsere Arbeit selbst entscheiden. Die Arbeit ist körperlich sehr anstrengend. Ich arbeite mit einem Pensum von 70 Prozent, mehr ist mir altersbedingt auch nicht möglich. Ich stimme am 18. Mai NEIN, weil alle im Verkauf mehr Anerkennung auf Augenhöhe verdienen. Denn ohne Wertschätzung und faire Arbeitsbedingungen kann dieser Beruf krank machen.»

Nationale Angriffe auf die Ladenöffnungszeiten «Hände weg vom freien Sonntag!»

In St. Gallen stimmt die Bevölkerung am 18. Mai über die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ab. Das ist längst nicht der einzige Angriff auf die Arbeitszeiten des Verkaufspersonals.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Am 18. Mai stimmt das St. Galler Stimmvolk (schon wieder) über die Ladenöffnungszeiten ab. Konkret sollen die Läden im Kanton täglich vier Stunden länger offen sein. Dabei sind ähnliche Abstimmungen in den Jahren 1996, 2003 und 2010 an der Urne gescheitert. Doch was die Mehrheit will, scheint die Bürgerli-



BRUCHT'S NÖD: Die Parole zum 18. Mai in St. Gallen FOTO: ZVG

chen nicht zu interessieren. Vergangenen Dezember bremste ein linkes Referendum den Shoppingwahn der Turbolädeler in St. Gallen (work berichtete: rebrand.ly/ladenoeffnungszeiten-SG). Deren Idee lautete: Die Läden im ganzen Kanton sollen unter der Woche von 5 Uhr morgens bis 22 Uhr abends offen sein. Samstags bis 18 Uhr.

Von SVP bis Mitte begrüßten die Parlamentsmitglieder dieses Vorhaben unter dem Deckmantel der «Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten».

Mit einem Referendum der Linken wurde dieser Vorschlag vergangenen Dezember abgelehnt. Jetzt entscheidet das St. Galler Stimmvolk Mitte Mai über die Ausdehnung

der Ladenöffnungszeiten. Was sich zurzeit in St. Gallen abspielt, ist kein Einzelfall, sondern national ein Thema. Immer häufiger werden die Ladenöffnungszeiten angegriffen – und damit die Gesundheit und das Privatleben des Verkaufspersonals. Dagegen geht die Unia vor.

PETITION DER UNIA

Auch auf nationaler Ebene versuchen Bürgerliche immer wieder, die Ladenöffnungszeiten zu erweitern. Aktuell mit der Zürcher Standesinitiative «Befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten». Sie fordert, dass jährlich total zwölf Sonntage als Arbeitstage umfunktioniert werden,

ganz ohne Sondergenehmigung. Zurzeit können Läden an vier Sonntagen im Jahr offen haben.

An der diesjährigen Unia-Branchenkonferenz der Detailhändler und Detailhändlerinnen wird deshalb die Petition «Hände weg vom freien Sonntag!» lanciert. Denn: Wird an den Ladenöffnungszeiten gerüttelt, bezahlen das in erster Linie die Búezerinnen und Búezer mit noch weniger Freizeit.

Der freie Sonntag ist hart umkämpft. Erst kürzlich gewann die Gewerkschaft Unia den Rechtsstreit gegen eine Migros-Daily-Filiale. Diese war auch sonntags geöffnet, obwohl das nicht zulässig war (siehe Seite 4).

Hotelreinigerin Kezia Ortiz (28) ist überzeugte Feministin

«Kein Land ist perfekt»

Wir sind UNIA



KEZIA ORTIZ ÜBER DIE UNIA: «In der Bewegung fühle ich mich stärker, denn ich sehe, dass es andere Frauen gibt, die in der gleichen Situation sind wie ich, und dass wir zusammen kämpfen.» FOTO: JAKOB INEICHEN

Kezia Ortiz (28) reinigt Hotelzimmer. Als feministische Aktivistin setzt sie sich für gute Arbeitsbedingungen und Gleichberechtigung ein. Hier in der Schweiz und auch in ihrer Heimat Brasilien.

IWAN SCHAUWECKER

Kezia Ortiz (28) weiss noch nicht, ob sie am 1. Mai arbeiten muss. Als Reinigerin in einem Luzerner Hotel muss sie an diesem Tag kurzfristig auf Abruf bereit sein. Falls sie freihat, wird sie sich am Morgen mit der Unia-Frauengruppe in Luzern auf einen Kaffee treffen, Protestschilder malen und dann mit der Gruppe durch die Stadt

«Ich mache, was ich kann, um den Frauen zu helfen.»

AKTIVISTIN KEZIA ORTIZ

8. März war Ortiz ebenfalls zusammen mit der Frauengruppe in Luzern unterwegs. Sie sagt: «Ich mache, was ich kann, um den Frauen zu helfen, das war auch schon in Brasilien so.»

2500 FRANKEN MONATSLohn

Vor zwei Jahren ist Ortiz aus Brasilien in die Schweiz gekommen. In der Unia habe sie sich gleich zu Hause gefühlt, auch wenn sie hier weit weg von ihrer Heimat

ist. Ortiz sagt: «In der Bewegung fühle ich mich stärker, denn ich sehe, dass es andere Frauen gibt, die in der gleichen Situation sind wie ich, und dass wir zusammen kämpfen.»

Ortiz arbeitet als Hotelreinigerin im Stundenlohn. Wenn das Wetter gut ist und während der Ferienzeit ist das Hotel ausgelastet, und es gibt genügend Arbeit. Mit ihrem Stundenlohn von 21 Franken netto kommt sie in der Regel auf ein monatliches Einkommen von etwa 2500 Franken.

20 MINUTEN PRO HOTELZIMMER

Ortiz sagt: «Viele Hotels beschäftigen die Frauen im Stundenlohn. Im letzten Hotel, in dem ich gearbeitet habe, waren nur vier von vierzig Frauen in einem fixen Pensum angestellt.» Die sehr tiefen Löhne, die Diskriminierung der Frauen und die Fremdenfeindlichkeit sieht sie als grösste Probleme in ihrem Job. Und es gibt auch Zeitstress: Zur Reinigung eines Hotelzimmers sollte sie nicht mehr als zwanzig Minuten brauchen, diese Zeit reicht kaum.

Gleichzeitig ist Ortiz aber auch dankbar, dass sie diesen Job gefunden hat: «Die Arbeit als Hotelreinigerin ist ein guter Einstieg in die Schweizer Arbeitswelt, und sie ist auch mit geringen Deutschkenntnissen möglich.» Bei der Arbeit spricht Ortiz alle möglichen Sprachen, vor allem Portugiesisch. Sie sagt: «Hier in der Schweiz lernst du die ganze Welt kennen, Schweizerinnen und Schweizer gibt es fast keine in meinem Umfeld.»

AUF DEN BARRIKADEN

Auch in ihrer Heimat Brasilien war sie aktivistisch unterwegs. «Die Probleme sind viel grösser und der Protest viel lau-

ter und gefährlicher als hier.» Mit der brasilianischen Landlosenbewegung MST hat Ortiz auch schon an Strassensperrungen teilgenommen. Und als Jair Bolsonaro an der Macht war, hat sie sich an den grossen feministischen Protesten gegen den Ex-Präsidenten beteiligt. Seit ihrem Geschichtsstudium ist Ortiz auch eine überzeugte Feministin. Im Jahr 2022 schrieb sie ihre Abschlussarbeit über die Absetzung von Ex-Präsidentin Dilma Rousseff. Ortiz zeigt in ihrer Arbeit, wie die erste Präsidentin in der Geschichte Brasiliens Opfer einer politischen Kampagne wurde, die sich auch ganz allgemein gegen Frauen in der Politik richtete. Ortiz analysierte auch die Rolle von grossen Zeitungen, die mit ihrem Fokus auf oberflächliche Elemente, wie zum Beispiel die Kleidung der Präsidentin, zur Stimmungsmache und zur Absetzung der Präsidentin beitrugen.

«Der Protest in Brasilien ist lauter und gefährlicher.»

FEMINISTIN KEZIA ORTIZ

Ortiz sagt: «Kein einziges Land ist perfekt, und es gibt immer Gruppen, die zum Schweigen gebracht werden sollen und die sich ihren Raum erkämpfen müssen.» In Brasilien seien es mehr die Indigenen, hier in der Schweiz mehr die Immigrantinnen und Immigranten. Aber überall auf der Welt betreffe es die Frauen. Ortiz will jetzt besser Deutsch lernen und ihr Studium auch in der Schweiz anerkennen lassen, um irgendwann auch als Geschichtslehrerin arbeiten zu können. Und so weiter für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung kämpfen.

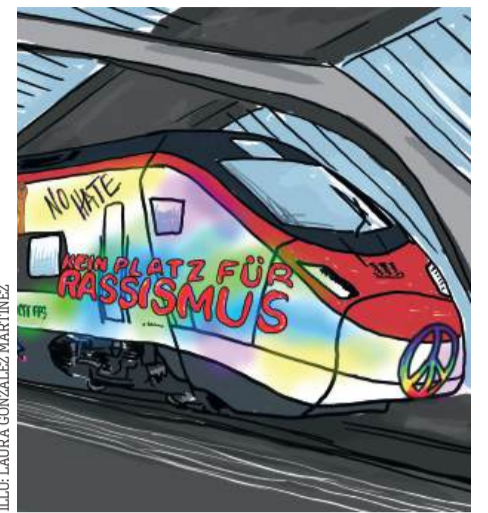


ILLUSTRATION: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und die SBB

Ich fuhr an meinem freien Wochentag mit dem Zug zu meinen Eltern. Meist habe ich meinen Laptop dabei, um zu arbeiten oder die Zeitung zu lesen. An diesem Tag war das Abteil fast leer. Kurz nach der Abfahrt kam der Zugbegleiter, um die Billette zu kontrollieren. Dabei bemerkte der Zugbegleiter süffisant, hier in diesem Abteil herrsche die Apartheid. Ich zitiere: «Die



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

Schwarzen auf der einen Seite und die Weissen auf der anderen.» Der Mann neben mir war sichtlich genervt, lächelte aber schwach und nahm wieder seine AirPods. Und ich? Ich war fassungslos. Und sagte: «Das sehen auch nur Sie!» Das sei nicht wertend, aber auffällig, war die Antwort des Zugbegleiters und er ging weiter.

BESCHWERDE. Ich war so wütend und schockiert, dass Weiterarbeiten kein Thema mehr war. Stattdessen schrieb ich eine Beschwerde an die SBB. Ich schilderte die Situation und schrieb: «Ich erwarte, dass die SBB das Personal sensibilisieren und solche Aussagen nicht dulden, weder zu Fahrgästen noch untereinander.» Ich hatte einen

Ich war so wütend, dass Weiterarbeiten kein Thema mehr war.

Artikel der work-Zeitung noch gut in Erinnerung: eine Umfrage über sexuelle Belästigung und Diskriminierung bei den SBB. In den vergangenen zwei Jahren haben zwölf Prozent der Befragten am Arbeitsplatz Diskriminierung erlebt, sieben Prozent Mobbing, und vier Prozent berichten von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz (zum Artikel: rebrand.ly/umfrage-sbb). Die Antwort der SBB damals: Bei 35 000 Mitarbeiterinnen seien die Zahlen noch im Durchschnitt, in «einem guten Rahmen». Finde ich nicht. Jeder Spruch, jede Tat und jeder Vorfall ist einer zu viel.

HINSEHEN. Nach zwei Tagen bekam ich eine Antwort des SBB-Beschwerdeamts. Die SBB würden solche Rückmeldungen ernst nehmen und sie intern besprechen. Das will ich doch hoffen! Wenn nach aussen hin schon solche Sprüche fallen, wie sieht es intern aus? Es geht mir nicht darum, diesen Zugbegleiter runterzuputzen. Aber ich will auf solche Vorfälle hinweisen und nicht wegsehen. Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) berichtet, dass 17 Prozent der Wohnbevölkerung in den letzten fünf Jahren rassistische Diskriminierung erfahren hätten. Das ist beinahe jede sechste Person, die in der Schweiz lebt, oder entspricht 1,2 Millionen Menschen zwischen 15 und 88 Jahren. Das ist sehr schlimm und nicht zum Witzereissen.

Urs Berchtold (57) über Mitsprache beim US-Konzern Rockwell Automation «Es braucht schon eine gewisse Frechheit»

Elektromechaniker Urs Berchtold ist Peko-Co-Präsident und Stiftungsrat in der Pensionskasse beim US-Konzern Rockwell Automation. Das Risiko einer Entlassung wegen seiner gewerkschaftlichen Arbeit blendet er dabei lieber aus.

IWAN SCHAUWECKER

Es war ein Schock und zugleich eine Premiere für die Geschäftsleitung der Rockwell Automation in Aarau: 2023 **Am Ende gab es immerhin 2,5 Prozent Lohnerhöhung.** forderten die Angestellten des US-Konzerns in der Schweiz Lohnverhandlungen und holten sich Unterstützung bei der Unia. Urs Berchtold (57) sagt: «Es braucht eine gewisse Frechheit, vielleicht auch Blauäugigkeit, um sich zur Wehr zu setzen.» Als Vorsteher der Per-

sonalvertretung hatte Berchtold die Unia für die Verbandsverhandlungen an Bord geholt.

UNIA DARF NICHT INS HAUS

Berchtold ist auch Präsident des Stiftungsrates der Pensionskasse von Rockwell und kannte die Zahlen aus dem Geschäftsbericht und die genaue Anzahl der Angestellten in der Schweiz. So wusste er, dass der Konzern sich eine Lohnerhöhung eigentlich leisten konnte und trotzdem blockte. Die Geschäftsleitung schob die Verantwortung auf die Konzernzentrale in den USA ab. Alles, was sie gesagt haben: «Die Unia darf nicht ins Haus, und wir kennen die Schweizer Zahlen nicht.» Am Ende der Verhandlungen gab es immerhin 2,5 Prozent Lohnerhöhung und das Versprechen einer neuen Lohnrunde für das Folgejahr.

2008 war Urs Berchtold nach vielen Reisen und Montagejobs im In- und Ausland nach Aarau zurückgekehrt und begann mit der Arbeit in der Verkaufsabteilung der Rockwell Automation. Es war nicht nur ein Neuanfang, sondern auch eine Rückkehr. Denn am gleichen Ort hatte er in den 80er Jahren seine Lehre als Elektromechaniker gemacht. Damals noch beim auf Schaltgeräte spezialisierten Schweizer Unternehmen Sprecher und Schuh AG, das in der Folge von Rockwell übernommen wurde.

ZAHME PERSONALVERTRETUNG

Berchtold wollte mehr Mitsprache im Betrieb. Er liess sich nach seinem Stellenantritt in den Stiftungsrat der Pensionskasse wählen. Trotz profitablen Geschäft beschloss der Konzern im Jahr 2017 den Abbau von 500 Stellen und die Verlagerung der Produktion aus der Schweiz nach Polen, in die USA und nach China. Berchtold sagt: «Ich spürte, dass die Personalvertretung damals weitgehend untätig blieb. Aber in einem solchen Fall muss man kämpfen.»



SETZT SICH ZUR WEHR: Weil Urs Berchtold von der Personalvertretung mehr Einsatz erwartete, begann er, sich selber zu engagieren. FOTO: FLORIAN BACHMANN

Als Personalvertreter fordert Berchtold heute nicht nur mehr Lohn. Er sagt: «Ein wichtiges Anliegen ist uns auch der Datenschutz, wir haben deshalb einen Datenschutzbeauftragten gefordert.» Auch wenn sich die Geschäftsleitung zuerst weigerte, gibt es jetzt einen Anwalt, der nach Bedarf eingesetzt werden kann. Berchtold: «Gegenwärtig diskutieren wir über eine App, die der Konzern allen Mitarbeitenden zur Förderung ihrer mentalen Gesundheit zur Verfügung stellen will. Doch auch wenn die Nutzung der App freiwillig ist, hat der Konzern die Daten der Mitarbeitenden bereits mit dem Betreiber der App geteilt.» Nach Einschätzungen des Anwalts ist dieses Vorgehen nicht konform mit der europäischen Datenschutzgesetzgebung. Genau wegen solcher Themen und weil die Konzernleitung die einzelnen Länderorganisationen isolieren möchte, ist Urs Berchtold jetzt auch auf europäischer

Ebene aktiv. 2024 ist er zum Sekretär des Euroforums, der Angestelltenvertretung aller Standortländer von Rockwell in Europa, gewählt worden. Berchtold sagt: «Zuerst wussten wir gar nicht, dass es diese Institution bei Rockwell gibt. Aufgrund der Statuten konnten wir letztes Jahr aber ein erstes Treffen in Rotterdam organisieren, bezahlt durch die Firma.»

Fürchtet sich Berchtold vor gewerkschaftsfeindlichen Entlassungen? Er sagt: «Ich muss dieses Risiko ausblenden. Ich bin schon 57 Jahre alt, und es ist nicht sicher, ob ich einen neuen Job fände. Aber dank meiner Mandate habe ich in den letzten Jahren auch sehr viel dazulernen dürfen.» Als Stiftungsrat könnte er auch einen neuen Job in diesem Bereich finden, da seien so grauhaarige Männer wie er auch sehr gefragt. Aber zurzeit möchte er bei der Rockwell Automation bleiben und dort seinen Job gut machen.

KÜNDIGUNGEN FEHLENDER SCHUTZ

Gewerkschaftlich aktive Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Schweiz sind weiterhin der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert. Vor 22 Jahren (!) klagte der SGB bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), weil das Schweizer Arbeitsrecht gewählte Personalvertreterinnen oder Gewerkschaftsvertreter nicht ausreichend gegen missbräuchliche Kündigungen schützt. Trotz einer ILO-Empfehlung zur Umsetzung der Konvention 98 weigerte sich der Bundesrat, ein entsprechendes Gesetz zum besseren Schutz der Arbeitnehmenden vorzulegen.

HOFFNUNG. Die ILO setzte die Schweiz deshalb auf eine schwarze Liste. Auch eine vierjährige Mediation zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften blieb erfolglos. Doch jetzt gibt es Hoffnung. Der verbesserte Kündigungsschutz könnte im Rahmen des EU-Abkommens Realität werden und gewerkschaftlich aktive Arbeitnehmende damit nach 22 Jahren Wartezeit und etlichen gewerkschaftsfeindlichen Entlassungen endlich besser schützen. (isc)

Unia-Industrie-Tagung

Mitbestimmung im Betrieb und Schutz von Personalkommissionsmitgliedern
Bundesrat Guy Parmelin, SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard und Unia-Präsidentin Vania Alleva diskutieren über Mitwirkung und Kündigungsschutz von Peko-Mitgliedern. Zudem werden die Resultate einer Umfrage der Fachhochschule Freiburg über die Mitwirkung und den Kündigungsschutz der Personalkommissionen in der Industrie präsentiert.

Montag 19. Mai 2025, 10-13 Uhr, Unia Zentralsekretariat, Weltpoststrasse 20, Bern
Die Teilnahme an der Tagung ist kostenlos. Das Mittagessen ist inbegriffen. Allen Unia-Mitgliedern wird das Bahnbillett 2. Klasse entschädigt.

Anmeldung: rebrand.ly/mem-tagung

INSERAT



Bei uns reden Büezer so, dass es selbst die Meister verstehen.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++



GRANDE DAME DES FEMINISMUS: Ohne Christiane Brunner hätte der erste Frauenstreik von 1991 so gar nicht stattgefunden. FOTO: KEYSTONE

Ex-Bundesrätin und Weggefährtin Ruth Dreifuss zum Tod von Christiane Brunner (1947 – 2025)

Die Mutmacherin

Sie war die Ikone des ersten Frauenstreiks, glühende Feministin, kämpferische Juristin, mutige Gewerkschafterin und unerschrockene Politikerin. Vor kurzem ist Christiane Brunner im Alter von 78 Jahren gestorben.

RUTH DREIFUSS*

Das Bundesgericht beschäftigte sich 1977 zum ersten Mal mit einer Klage zu Lohngleichheit für gleichwertige Arbeit. Einer 30jährigen Anwältin gelang in diesem Prozess ein Sieg für die feministische Bewegung: Christiane Brunner. Das Urteil war auch ein Meilenstein für die Gewerkschaftsbewegung. An diesem Sieg waren drei weitere Personen beteiligt: Christianes Rechtsprofessor Alex-



VERBUNDEN: Ruth Dreifuss und Christiane Brunner 1993 im Bundeshaus. FOTO: KEYSTONE

andre Berenstein, seine Frau Jacqueline Berenstein-Wavre, Genfer Kämpferin für Gleichstellung. Und als zentrale Figur Suzanne Loup, die Neuenburger Lehrerin, die den Mut hatte, den Kanton auf gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen einzuklagen. Der Erfolg vor Bundesgericht war bahnbrechend für die Frauen im öffentlichen Dienst. Es dauerte aber noch 5 lange Jahre, bis der Grundsatz der Gleichheit von Mann und Frau in der Verfassung verankert wurde, und nochmals 15 Jahre, bis das Lohngleichheitsgesetz in Kraft trat ... und die Realität trotz immer noch dem Recht. Unermüdlich arbeitete Christiane Brunner an all diesen mühsamen Etappen.

UNGEDULDIG UND AUFMÜPFIG

Der Fall Loup machte Christiane auf einen Schlag bekannt: als siegreiche Juristin, als Anwältin der Gewerkschaft, als engagierte Feministin. In Genf hatte sie sich schon vorher einen Namen gemacht in der FBB (Frauenbefreiungsbewegung). Es war eine Zeit der originell-aufmüpfigen Demonstrationen, eine Zeit des Protests gegen gesellschaftliche Diskriminierung und starre Rollenbilder. Die jahrhundertalte Forderung nach politischer Teilhabe der Frauen war auf dem

Aus Christiane Brunners Nichtwahl in den Bundesrat wurde in kurzer Zeit eine nationale Bewegung.

Weg, ihr Ziel zu erreichen. Die «neue Frauenbewegung» wollte aus dem traditionellen Rollenbild ausbrechen, ungeduldig und aufbegehrend gegen eine Gesellschaftsordnung, die ihre Freiheit und Entwicklung einschränkte. Sogar in Familien, in denen die Frau die Rolle der Mutter und der Erwerbstätigen einnahm, waren starre Rollenbilder die Norm: Christianes Mutter, eine alleinerziehende Näherin, konnte sich keine bessere Zukunft für ihre zwei Töchter vorstellen, als zu heiraten und eine dauerhafte Anstellung zu finden, zum Beispiel in der Migros an der Kasse, um das Einkommen der Familie zu verbessern oder alleine die Verantwortung für die Familie wahrnehmen zu können. Für den Fall, dass es durch Verwitwung oder Scheidung notwendig würde.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Christiane sich solche Pläne hätte zu eigen machen können. Zum Glück erkannte eine Lehrerin ihre Intelligenz, ihren Wissensdurst und ihre Willenskraft: Die Matura solle sie machen, sich für ein Stipendium bewerben, um an der Universität zu studieren. Das Recht wurde eines ihrer Mittel im Streben nach Gerechtigkeit: Familienrecht, Arbeitsrecht, Sozialversicherungsrecht waren ihre Tätigkeitsfelder im Anwaltskollektiv, das sie mit weiteren progressiven Juristinnen und Juristen gründete. Die Gesetze sollten die Rechte der schwächeren Mitglieder der Gesellschaft (Frauen, Arbeiterinnen und Arbeiter) schützen.

OHNE SIE KEIN FRAUENSTREIK

Was aber, wenn die Gesetze zuungunsten der Schwächeren geschrieben wurden? Dann müssen die Gesetze durch politische Entscheide neu formuliert werden. Die Frauen hatten erst vor kur-

zem, 1971, ihre Teilhabe an den politischen Entscheiden erobert. Jetzt galt es, diese Hebel auch gegen die Diskriminierung der Frauen einzusetzen. Christiane trat der Sozialdemokratischen Partei bei, wurde in den Gemeinderat der Stadt Genf und später in den Grossrat des Kantons gewählt.

Im Französischen gibt es einen Ausdruck: «Avoir plusieurs cordes à son arc» (ungefähr: mehrere Eisen im Feuer haben). Mit 30 Jahren hatte sie schon mindestens drei: ihre grossen juristischen Kenntnisse, den kollektiven Einsatz in der feministischen Bewegung, die politische Arbeit zuerst auf Gemeinde- und dann auf kantonaler Ebene. Was konnte wohl noch fehlen?

Das gewerkschaftliche Engagement von Christiane begann als Mitglied des VPOD, den sie von 1982 bis 1989 präsidierte. 1992 wurde sie die erste Präsidentin des Metall- und Uhrenindustrieverbands (Smuv). Zwei Jahre später übernahm sie dann gemeinsam mit Vasco Pedrina den Vorsitz des mächtigen Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Ihr als Schlüsselfigur ist auch der erste Frauenstreik 1991 zu verdanken. Sie überwand die Skepsis gegenüber der Idee einer Uhrenarbeiterin aus dem Valée de Joux, Liliane Valceschini, einen landesweiten Frauenstreik zu lancieren. Sie und einige Feministinnen aus ihrem Genfer Kreis hatten die pffiffigen Ideen, die die dezentralen Kundgebungen, die



IMMER MITTENDRIN: Brunner mit Dreifuss am 14. Juni 2011 in Genf. FOTO: KEYSTONE

Forderungen von Hausfrauen und Arbeiterinnen, von Arbeitslosen und Künstlerinnen im ganzen Land als eine Einheit zusammengeschmiedet hatten. Und sie war es auch, welche die Organisationskraft der Gewerkschaften mobilisieren konnte.

PINK UND SONNE

Zwei Jahre danach, Christiane war erst seit eineinhalb Jahren Nationalrätin, meldete sie unerschrocken ihre Kandidatur als Bundesrätin an. Aus ihrer Kandidatur und ihrer Nichtwahl wurde in kurzer Zeit eine nationale Bewegung. Mit den ikonischen Symbolen: dem Tragen von Pink und dem Sonnen-Pin. «Frauen sollen aus dem Schatten treten!» Für sie war das Wichtigste, die zu ermuntern, die auf der Schattenseite der Gesellschaft

leben, ihre eigene Kraft zu erkennen und sich für ihre Rechte und auch für die Rechte anderer starkzumachen. Christiane Brunner war sich ihrer Rolle als Vorreiterin und Galionsfigur bewusst und genoss sie. Doch besonders glücklich

war sie, wenn sie eine zuerst resignierte Frau dazu ermutigen konnte, über den eigenen Schatten zu springen. Sie wurde nie müde, auf dieses Ziel hin zu arbeiten.

* Ruth Dreifuss war von 1981 bis zu ihrer Wahl in den Bundesrat 1993 SGB-Zentralsekretärin. Zudem vertrat sie die Schweizer Arbeiterinnen und Arbeitnehmer in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Dreifuss trat 1964 der SP bei und gehörte von 1989 bis 1992 dem Berner Stadtrat an. Für die Berner SP kandidierte sie 1991 erfolglos für den Nationalrat. Nach dem Rücktritt von René Felber aus dem Bundesrat wählte die rechte Mehrheit in der Bundesversammlung am 3. März 1993 den Sozialdemokraten Francis Matthey statt Christiane Brunner, der einzigen Kandidatin der SP-Fraktion, die zuvor Opfer einer regelrechten Schlammschlacht geworden war. Unter dem Druck seiner Partei verzichtete Matthey auf das Amt, und die SP-Fraktion nominierte mit Christiane Brunner und Ruth Dreifuss zwei Kandidatinnen. Dreifuss wurde am 10. März 1993 mit 144 Stimmen gewählt.



IKONE: Brunner mit Pussy-Hat. FOTO: SEBASTIEN AGNIETTY/ASPHERO

Schweizer Mietrecht Das beste Gesetz, aber...

CLEMENS STUDER

Eigentlich würde das hiesige Mietrecht zu hohe Renditen verbieten. Doch die Immo-Haie pfeifen darauf.

Die Schweiz hat das wohl beste Mietrecht Europas. Es verbietet überhöhte Renditen. Es gilt eine Kostenmiete mit gedeckelter Rendite. Das tönt nicht nur vernünftig, sondern ist es auch. Beziehungsweise «wäre». Denn das Gesetz wird schlicht nicht durchgesetzt.

Seit Jahrzehnten arbeiten die Immo-Haie daran, am Gesetz vorbei eine Marktmiete einzuführen. Und sie sind dabei dank bürgerlichen Parlaments- und Regierungsmehrheiten nicht einmal so unerfolgreich. Die Folge ist eine gigantische Umverteilung von den Mieterinnen zu den Besitzern. Dabei sind nicht so sehr jene privaten Hausbesitzer



HABEN DIE POLITIK IM GRIFF: Immo-Haie können in der Schweiz einfach zubeissen. FOTO: ISTOCK

das Problem, die eine oder zwei Wohnungen vermieten und die der Hauseigentümergeverband zu vertreten vorgibt. Das Problem sind die börsenkotierten Immobilienkonzerne, die jährlich gesetzeswidrig über 10 Milliarden überhöhte Profit kassieren und an ihr Aktionariat ausschütten.

78 MILLIARDEN FÜR DIE HAIE

Eine Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS, nachzulesen hier: rebrand.ly/bass-mieten) hat untersucht, um wie viel die Mieten zwischen 2006 und 2021 gemäss Mietrecht hätten ansteigen dürfen – und wie stark die Aufschläge tatsächlich waren. Erschreckendes Ergebnis: Seit 2006 haben Vermietern insgesamt 78 Milliarden Franken den Mieterinnen zu viel kassiert.

Es gibt eine riesige Umverteilung von den Mieterinnen zu den Besitzern.

herum. Obwohl selbst der Bund von massiv überhöhten Mietrenditen ausgeht. Gleichzeitig verhinderten ihre Vertreterinnen und Vertreter im Parlament im Frühling 2024 eine Bundesstudie zum Thema.

Laut Mietrecht dürfen Immobilienbesitzerinnen und -besitzer zurzeit nicht mehr als 3,75 Prozent Rendite mit Wohnungen erzielen. Doch das wird nicht kontrolliert und schon gar nicht durchgesetzt. Denn die Mieterinnen müssten das individuell durchsetzen. Wirksame Transparenzregeln verhindern die bürgerliche Parlamentsmehrheit seit Jahren. Dabei gab es Zeiten, da wurde in der Schweiz jeder neue Mietvertrag vom Bundesamt für Wohnungswesen abgestempelt. In den Jahrzehnten von 1918 bis 1971 galt oft ein Mietnotrecht. Mit Hausbesitz sollte weder Gewinne noch Verluste gemacht werden, das war damals ein Konsens in der Schweizer Politik. Die bürgerlichen Parteien haben sich Schritt für Schritt davon verabschiedet und huldigen der Markttradition auch beim lebensnotwendigen Gut «Wohnen».

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband will demnächst eine Volkswahlinitiative lancieren, mit der das geltende Recht besser befolgt werden soll.

Wer die gegenwärtigen Probleme für Mieterinnen und Mieter in der Schweiz begreifen will, wird in der Geschichte fündig. work schaut zurück und nach vorne.

CLEMENS STUDER

Im Jahr 1891 macht sich das Basler Bürgertum Sorgen: «Wir erleben, dass in gewissen Städten ein Überschuss an besseren Wohnungen vorhanden ist und gleichzeitig der äusserste Mangel an Wohnungen für sog. kleine Leute. Die Bauspekulation baut Häuser nicht zum dauernden Vermieten, sondern zum Verkauf.» Doch die Basler Oberen sind nicht die einzigen, die sich – freiwillig oder nicht – mit skandalösen Wohnumständen der Arbeitenden befassen. In Zürich hielt der Stadtrat für das Jahr 1897 in seinem Geschäftsbericht fest: Für 25 000 Haushaltungen mit geringem Einkommen gebe es gerade mal 7785 Wohnungen, deren Miete für sie bezahlbar sei.

Ob Basel oder Zürich und dazwischen, überall das gleiche Bild: Mietshäuser werden zerstückelt, aufgestockt und bis in den letzten Winkel vermietet. Doch selbst für diese dunklen, stickigen Räume

Unser Wirtschaftssystem behandelt den Boden wie Ware, obwohl er keine ist.

verlangten Hausbesitzer horrende Summen. Statistiken aus jener Zeit belegen: Pro Kubikmeter kosteten die Mini-Behausungen oft mehr als edle Grosswohnungen. Je kleiner, desto teurer. Auf der Seite des Schweizerischen Landesmuseums schildert ein Blog die damalige Lage eindrücklich: rebrand.ly/wohnungsnot.

Dabei galten die Sorgen der Regierungen weniger der Ausbeutung der Mieter als solcher, sondern den sich daraus ergebenden «sanitären Problemen». Denn um die Mieten zu stemmen, nahmen viele Mieterinnen Untermieter auf oder vermieteten Betten im Schichtsystem an sogenannte Schlafgänger. In Zürich machten diese zeitweise 15 Prozent der Bevölkerung aus. Die katastrophalen Wohnverhältnisse begünstigten die Ausbreitung von Tuberkulose, Lungenentzündung und Hautkrankheiten. Gemeinschafts-toiletten im Hof, fehlendes fließendes Wasser und Ungeziefer machten die Wohnungen zu Gesundheitsfallen. Kindersterblichkeit und Infektionsraten waren in diesen Vierteln deutlich höher als in bessergestellten Quartieren.

ANEIGNUNG DER ALLMEND

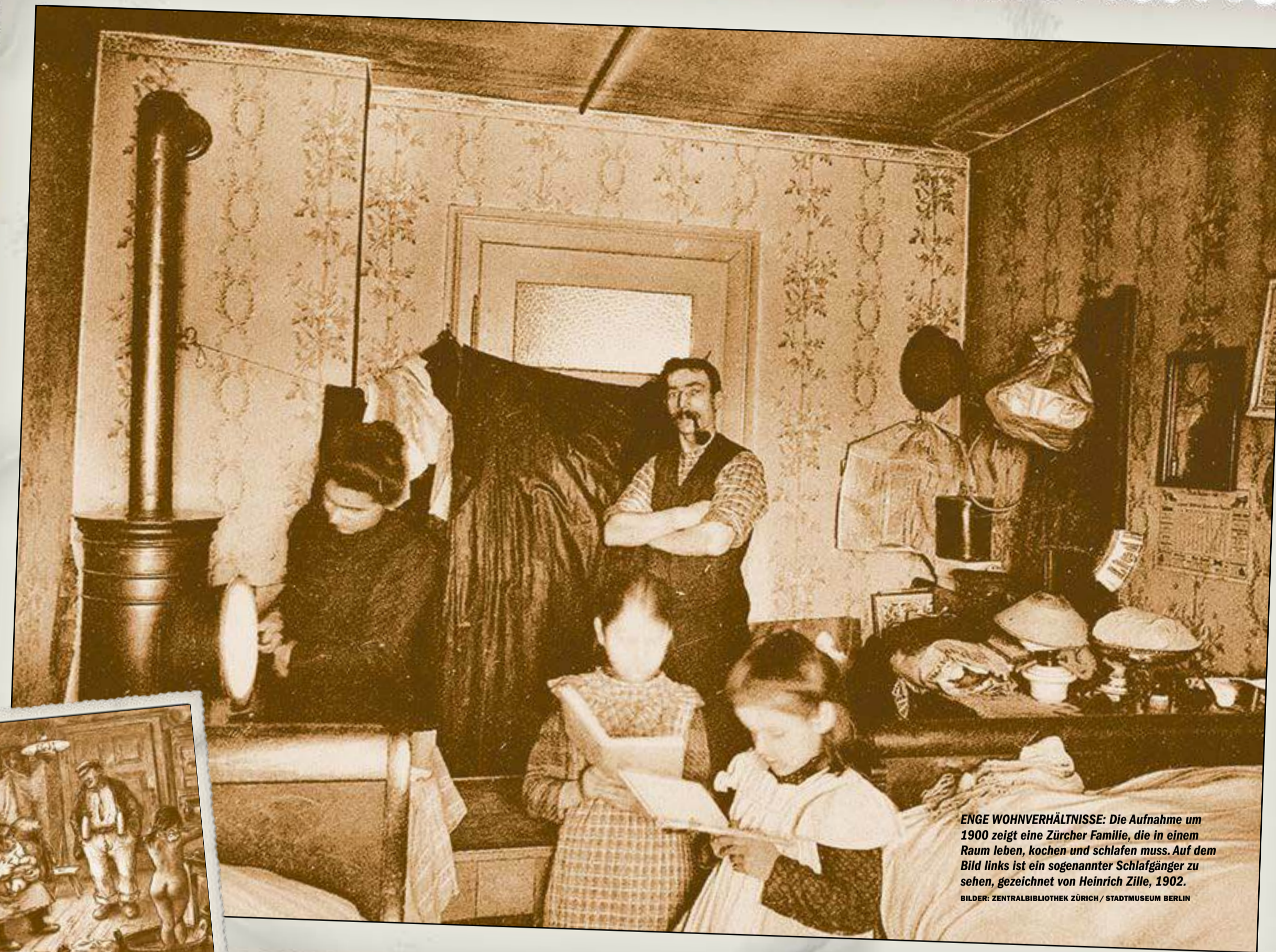
Über Jahrhunderte bewirtschafteten Bauern gemeinsam Land, das allen gehörte (Gemeindeland oder «Allmende»). Darauf liessen sie ihre Tiere weiden, sammelten Holz und bauten Nahrung an. Gerade in der Schweiz hat das Allmendwesen eine besondere, bedeutende geschichtliche Stellung. Die Schweiz hat eine besonders reiche Tradition solcher Allmenden, die teilweise bis heute existieren – etwa in Form von Alpgenossenschaften oder Bürgergemeinden, die gemeinschaftlich Wälder und Alpen bewirtschaften.

Im England des 18. und 19. Jahrhunderts begannen Adelige und reiche Landbesitzer, dieses Gemeindeland einzuzäunen (daher: «Einhegungen»), und erklärten es zu Privatbesitz. Riesige Landflächen, die seit Jahrhunderten gemeinschaftlich genutzt wurden, bekamen also plötzlich Zäune. Bauern, die das Land seit Generationen bewirtschaftet hatten, verloren plötzlich ihre Lebensgrundlage. Viele wurden zu Landarbeitern oder mussten in die Städte ziehen. Mit der Industrialisierung wurden aus Kleinhandwerkern und Landarbeitern Fabrikarbeiter. Friedrich Engels, einer der Väter des wissenschaftlichen Sozialismus: «Der Handwerker, der sein Häuschen, Gärtchen und Feldchen neben seinem Webstuhl hatte», wurde zum Lohnabhängigen, der nichts anderes zu verkaufen hat als seine Arbeitskraft.

Die frühindustrielle Produktion war noch auf Wasserkraft-Direktantriebe angewiesen, doch Dampfkraft, die elektrische Energie und das wachsende Eisenbahnnetz liessen die Städte rasant wachsen. Ab jetzt liess sich aus dem Boden erst so richtig Profit heraus schlagen. Je mehr Not der Landlosen, desto mehr Profit den Landlords. Denn niemand kann nicht wohnen. Und niemand kann, ohne Boden zu nutzen, Nahrungsmittel produzieren oder eine Fabrik bauen. Die Umwandlung von gemeinschaftlich genutztem Land zu Privateigentum an Grund und Boden war ein entscheidender Schritt bei der Entstehung des Kapitalismus.

EIN SPEZIELLES DING

Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem behandelt den Boden wie eine Ware, obwohl er eigentlich keine ist. Denn eine Ware ist das Produkt menschlicher Arbeit, das für den Austausch hergestellt wird. Doch Boden ist natürlich vorhanden, keiner hat ihn produziert. Und weil Boden kein Produkt von Arbeit ist, hat er keinen Wert, aber im Kapitalismus einen Preis. Er wird gekauft und verkauft. Er wird als Kapitalanlage genutzt.



ENGE WOHNVERHÄLTNISSE: Die Aufnahme um 1900 zeigt eine Zürcher Familie, die in einem Raum leben, kochen und schlafen muss. Auf dem Bild links ist ein sogenannter Schlafgänger zu sehen, gezeichnet von Heinrich Zille, 1902.
BILDER: ZENTRALBIBLIOTHEK ZÜRICH / STADTMUSEUM BERLIN

Wenn Wohnen selbst in Bruchbuden zum Luxus wird, ist daran nichts «natürlich»

Die verfluchte Einhegung und ihre Profiteure

Und diese Verwandlung des Bodens in eine «fiktive Ware» hat reale und meist verheerende soziale Folgen. Denn Boden kann, anders als Maschinen oder Gebäude, nicht beliebig hergestellt werden – er ist natürlich begrenzt. Die Gesamtmenge des Bodens ist fix. Er ist gleichzeitig Standort und Voraussetzung für alle produktiven Tätigkeiten. Als «Ware» kann der Boden privatisiert und monopolisiert werden. Der Bodenbesitzer kassiert Geld nicht für eine Leistung, die er erbracht hat, sondern weil er eine lebensnotwendige Ressource kontrolliert.

GESCHICHTE? GEGENWART!

Was im 18. Jahrhundert in England mit der «Einhegung» begann, treibt im 21. Jahrhundert in der Schweiz immer mehr Menschen in die Verzweiflung. 2024 sind die Mieterinnen in der Schweiz durchschnittlich um 4,5 Prozent gestiegen, in Ballungszentren bis um 9 Prozent.

Wie und wo wir wohnen, hat auch einen Einfluss auf zahlreiche andere Lebensbereiche. Zum Beispiel auf die Arbeit, auf die Aus- und Weiterbildung, Freizeitgestaltung und soziale Kontakte. Bezahlbare Wohnungen liegen oft an Lagen, die lärmbelastet sind. Oder ungenügend isoliert, was dann die Nebenkosten in die Höhe

treibt. Oder sie sind schlicht zu klein. Laut dem Nationalen Gesundheitsbericht 2020 waren bereits damals gut 83 Prozent der armutsbetroffenen Haushalte und 57 Prozent der Haushalte mit prekären Lebenslagen nicht angemessen wohnversorgt. Eine solche Wohnsituation wirkt sich negativ auf die physische und psychische Gesundheit aus, führt zu Stress und erschwert die soziale und wirtschaftliche Integration.

ZYNISCHE RATSCHLÄGE

Gerade für Menschen, die höhere Wohnkosten nicht einfach mit höheren Einkommen oder Vermögensverbrauch auffangen können, liegt Sparen mit Wohnungswechsel gar nicht mehr drin. Auch diese Situation betrifft zunehmend Haushalte bis in die Mittelschicht hinein. Besonders betroffen sind dabei Alleinerziehende und Familien mit tiefen Einkommen, die oft vor der schwierigen Entscheidung stehen, entweder die Miete zu bezahlen oder andere grundlegende Bedürfnisse zu decken.

«Sollen sie doch eine günstigere Wohnung suchen, müssen ja nicht alle in der Stadt wohnen», erwidern dann rechte Politikerinnen und Politiker zynisch. Dabei wissen auch sie: Es gibt kaum mehr bezahlbare Wohnun-

gen für Menschen mit tiefen Einkommen. Bei neu abgeschlossenen Mietverträgen steigen die Mieten noch viel stärker an als diejenigen von Bestandsmietern. Und ausserdem bringt ein Wohnungswechsel weitere finanzielle Belastungen mit sich. Ein Mietzinsdepot von bis zu drei Monatsmieten und überlappende Mietverhältnisse sind auch für den Mittelstand eine grosse Belastung. Jede fünfte Person in der Schweiz ist gemäss Bundesamt für Statistik nicht in der Lage, eine unvorhergesehene Ausgabe in der Höhe von 2500 Franken zu stemmen. Und für Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, gibt es zusätzliche strukturelle Hürden bei der Wohnungssuche: Ihnen fehlen das Netzwerk oder die nötigen Sprach- und IT-Kenntnisse. Oder sie werden aufgrund von Herkunft, Sozialhilfebezug oder Betreibungsdiskriminierung.

KEINE «WOHNUNGSNOT»

Auch wenn immer mehr Menschen wegen ihrer Wohnsituation in Not sind oder geraten, ist der Begriff «Wohnungsnot» eigentlich falsch. Wir haben keine Wohnungsnot, sondern eine Bezahlbarkeitskrise. Eine Bezahlbarkeitskrise entsteht, wenn lebensnotwendige

Güter so teuer werden, dass immer mehr Menschen sie sich nicht mehr leisten können. Der Kern der Krise liegt darin, dass die Preise steigen, während die Einkommen nicht mithalten – besonders bei Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen. Selbst wenn genügend Wohnungen verfügbar sind, bleiben sie für viele unerschaffbar, weil ihre Preise zu hoch sind. Menschenwürdig wohnen wird in der Schweiz definitiv zum Luxus. Denn die Umverteilung von Mieterinnen zu den Immobilienbesitzern nimmt rasant zu – obwohl das in der Schweiz eigentlich gesetzlich gebremst wäre (siehe Artikel links).

EIN VIERTEL ALLER LÖHNE IM LAND

Bereits vor fünf Jahren hat der Wirtschaftspublizist Werner Vontobel aufgrund der damals verfügbaren Zahlen die massive Umverteilung von unten nach oben im Wohnungswesen berechnet. Damals wurde der Gesamtwert des wirtschaftlich genutzten Bodens in der Schweiz auf rund 3000 Milliarden Franken geschätzt. Bei einer fürs Jahr 1999 von einem der Immo-Lobby nahestehenden Beratungsbüro berechneten durchschnittlichen Rendite von 3,7 Prozent flossen damals jährlich rund 110 Milliarden Franken als Bodenrente von den Mieterinnen zu den

Grundbesitzern – das entsprach etwa einem Viertel aller Arbeitseinkommen im Land. Bodenrente bezeichnet den Profit des Landbesitzers, den dieser einzig dafür kassiert, dass ihm der Boden gehört. In Zürich kostete damals eine 90-Quadratmeter-Wohnung monatlich 2463 Franken. Vontobel rechnete die effektiven Kosten (Verwaltung, Unterhalt, Abschreibung, Steuern usw.) aufgrund der offiziellen Zahlen aus und kam pro Monat auf 990 Franken.

KAPITALISMUS AUF SPEED

Heute dürfte das Missverhältnis zwischen effektiven Kosten und verlangten Mieten noch eklatanter sein. Denn der Bodenmarkt wurde in den vergangenen Jahren «finanzkapitalisiert». Und der Finanzkapitalismus ist Industriekapitalismus auf Speed, auf Turbo-Droge. Spekulation statt Produktion. Nach dem Aufweichen der Lex Koller im Jahr 2005 fliesst massiv ausländisches Spekulationskapital in den Schweizer Immobilienmarkt. Das Gesetz schränkt Personen und Firmen aus dem Ausland den Zugang zum hiesigen Immobilienmarkt ein. Internationale Finanzinvestoren und börsennotierte Immobiliengesellschaften treiben die Preisspirale aber nun immer weiter an. Für Mieterinnen ist die Logik des Finanzkapitalismus fatal. Die geht – verkürzt – so: Kapitalbesitzer erwarten zum Beispiel 5 Prozent Rendite auf ihrem Kapital. Sie investieren 10 Millionen Franken in ein Mehrfamilienhaus. Sie kassieren Netto-Mieteneinnahmen von 500 000 Franken. Dann erfolgt durch die Gemeinde eine Verkehrsberuhigung der ehemaligen Durchgangsstrasse, an der das Haus liegt, und die Verkehrsbetriebe erschliessen das Quartier besser. Die Lage wird attraktiver, der Bilanzwert des Gebäudes steigt auf 15 Millionen Franken. Jetzt müssen die Mieteneinnahmen auf 750 000 steigen, damit die Rendite bei 5 Prozent bleibt. Ohne dass der Eigentümer etwas dafür geleistet oder auch nur ein Fenster ersetzt hätte.

LAUTER FALSCH REZEPTE

Die Immobilien-Haie, die Jahr für Jahr Milliarden an leistungslosem Einkommen einsacken, wollen den Mietern einreden, man solle sie nur weiter und noch ungehinderter wüten lassen, dann käme es schon gut. Konkret verlangen sie unter anderem, dass die Bestandsmieten so ungebremst nach oben geschraubt werden können wie

Wir haben keine Wohnungskrise, sondern eine Bezahlbarkeitskrise.

die Anfangsmieten. Oder dass einfach die Bauvorschriften gelockert werden müssten. Oder das Raumplanungsgesetz geändert. Und natürlich der Mieterinnenschutz abgeschafft. Was die Immo-Lobby mit ihren politischen und journalistischen Hilfskräften unterschlägt: Weder mit Hochhäusern und noch verdichteteren Innenstädten entsteht im heutigen System auch nur eine einzige bezahlbarere Wohnung. Das Einzige, was steigt, ist der Profit aus der Bodenrenten. Das sind keine Behauptungen, sondern ist durch sämtliche verfügbaren Zahlen belegt. Ebenso wie die Tatsache, dass zwischen 2008 und 2020 mit den gleichen Gesetzen dem Teufel ein Ohr abgebaut wurde. Die Leerwohnungsziffer stieg zeitweise auf den zweithöchsten Wert aller Zeiten. Dennoch stiegen die Mieten weiter. Die tiefen Zinsen und die Turbulenzen machten Wohnraum nach der Finanzkrise nur noch verlockenderen Anlagemöglichkeit.

Übrigens: Auch die «Ausländer» sind nicht das Problem. Die offiziellen Bundeszahlen zeigen eindrücklich, wie Menschen ohne Schweizer Pass massiv weniger Wohnfläche pro Person zur Verfügung haben. Und diese Zahlen wären noch eindeutiger, würden die hochmobilen Söldner der internationalen Finanzindustrie herausgerechnet, die, durch Steuerdumping angelockt, mit ihren Abzockerlöhnen Phantasiemieten bezahlen können.

IMMERHIN ZWEITBESTE LÖSUNGEN

Die Bezahlbarkeitskrise beim Wohnen trifft die Gesellschaft ins Mark, weil Wohnen ein absolutes Grundbedürfnis ist. Niemand kann nicht wohnen. Anders als bei Konsumgütern wie Schuhen oder TV-Geräten kann man beim Wohnen nicht einfach eine billigere Marke wählen oder auf den Kauf verzichten. Ein Ansatz, der schon früh verfolgt wurde, ist der gemeinnützige Wohnungsbau. Das Gemeinwesen sichert sich den Boden und gibt das Land an Institutionen ab, die darauf bezahlbaren Wohnraum erstellen. Diese Wohnungen sind nicht deshalb bezahlbar, weil sie etwa schlechte Qualität hätten, sondern weil sie der Profitlogik des Finanzmarktes entzogen sind. Die Wertsteigerung des Bodens durch Infrastrukturausbau der öffentlichen Hand landet nicht als Gewinn bei Privaten. Deshalb sind bürgerliche Parteien gegen mehr Landerwerb durch die Städte und Gemeinden. Und deshalb stockt der gemeinnützige Wohnungsbau in der Schweiz trotz erheblichen Fortschritten.

Eine weitere Möglichkeit, die Lage auf dem Wohnungs(nicht)markt zu entschärfen, sind ausgebauter Mietrecht. Die Schweiz ist da theoretisch nicht ganz schlecht unterwegs, doch leider wird das geltende Recht nicht durchgesetzt. Mehr gemeinnütziger Wohnungsbau, Profitdeckel und Mieterinnenrechte sind alle gute und wichtige Ansätze. Aber bleiben nur zweitbeste Lösungen. Denn auch nach über 200 Jahren «Einhegung» bleibt gültig, was Friedrich Engels 1872 formulierte: «In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mittels ihrer Rückwirkung auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird.»

Grosse Bau-Demo am Samstag, 17. Mai



Neuverhandlung Landesmantelvertrag

Bau 2025

Anreise an die Bau-Demo in Zürich aus der Deutschschweiz und dem Tessin

Aarau Bahnhof 09:00 | **Baden** Bahnhof 09:45 | **Basel** Bahnhof 08:15 | **Brugg** Bahnhof 09:30
| **Lenzburg** Bahnhof 09:15 | **Liestal** Bahnhof 08:45 | **Bern** Bahnhof/Heiliggeistkirche 09:30 |
Burgdorf Bahnhof 09:30 | **Langnau i. E.** Bahnhof 08:45 | **Langenthal** Bahnhof 10:00 |
Gstaad Bahnhof 07:40 | **Saanen** Bahnhof 08:00 | **Spiez** Bahnhof 09:15 | **Thun** Bahnhof 09:35
| **Zweisimmen** Biirenparkplatz 08:25 | **Biel/Bienne** vor dem Bahnhof 09:45 | **Grenchen Süd**
Bahnhof 10:00 | **Lyss** vor dem Bahnhof 09:40 | **Oensingen** Bahnhof 10:15 | **Olten** vor dem
Bahnhof 10:30 | **Solothurn** vor dem Bahnhof 10:00 | **Arbon** Bahnhof 08:30 | **Buchs SG** Bahn-
hof 08:15 | **Chur** Postautodeck Bahnhof 08:30 | **Frauenfeld** Bahnhof 09:55 | **Gossau** Bahnhof
09:15 | **Heerbrugg** Bahnhof 08:30 | **Kreuzlingen** Hafen 09:15 | **Landquart** Bahnhof 09:00 |
Romanshorn Parkplatz Fähre 08:45 | **Rorschach** Bahnhof 09:00 | **Sargans** Bauhaus 09:15 |
St. Gallen Bahnhof bei Fachhochschule 09:25 | **Wil** Bahnhof 09:40 | **Bülach** Bahnhof 11:05 |
Schaffhausen vor dem Bahnhof 10:30 | **Uster** Bahnhof 11:00 | **Winterthur** vor dem Bahnhof
10:50 | **Zürich** Platz hinter Coop Bahnhofbrücke (Bahnhofquai 8) 11:30 | **Luzern** Unia Sankt
Karlstrasse 21 10:45 | **Pfäffikon SZ** Seedamm Center 10:45 | **Zug** Unia Metallstrasse 5 11:00

Respekt

für unsere

Arbeit!

Infos zur Anreise an die Demo in Lausanne
aus der Romandie und dem Oberwallis findest
du online unter www.unia.ch/bau-demo

Gratis-Transport aus
allen Regionen
Melde dich jetzt an!



UNIA

«Keine 10-Millionen-Schweiz!»-Initiative entwürdigt Menschen

Die SVP greift unsere Löhne frontal an



HELLEBARDE STATT HIRN: SVP-Präsident Marcel Dettling glaubt, Kontingente seien ein Zaubermittel. FOTO: KEYSTONE

Die SVP lanciert seit Jahren die gleiche Initiative unter anderen Titeln. Aktuell ist als «Nachhaltigkeitsinitiative» verpackt, was nur eines will: zurück zum menschenverachtenden Saisonierstatut, zu tieferen Löhnen für (fast) alle und zu noch mehr Profit für die Unternehmen.

CLEMENS STUDER

Wenn Rechte, Rechtsausen und jene, die sich schon längst im faschistischen Sumpf suhlen, von «Kontingenten» reden, tönt es, als handle es sich dabei um einen Zaubertrank, der jenen der «Asterix»-Gallier als schwaches Stüppchen erscheinen lässt. Angeblich «steuern» Kontingente die Zuwanderung, «schützen Schweizer Löhne», machen die Mieten billiger, lösen die Staus auf Autobahnen und am Feierabend auf, sorgen für freie Sitzplätze im ÖV und dafür, dass Arbeitslose auch ab 58 sofort wieder eine Stelle finden.

Kontingente lösen keine Probleme, sie schaffen neue.

Wahrscheinlich lösen diese Kontingente – in Spraydosen abgefüllt – auch eingerostete Schlösser, eingebranntes Bratfett und alte Tapeten. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so brandgefährlich menschenverachtend und lohndrückend wäre.

UNTAUGLICH...

Die Wahrheit ist: Kontingente lösen keines der angeblichen und tatsächlichen Probleme. Aber schaffen unzählige neue. Die Fakten sind erdrückend: Das vielgepriesene Kontingentsystem hat die Einwanderung nie wirksam begrenzt. Niemals! Die Kontingente wurden stets der Nachfrage der Arbeitgeber angepasst, eine Be-

grenzung der Zuwanderung gab es nicht. Und wo die offiziellen Kontingente nicht ausreichten, blühte die Schwarzarbeit. Schätzungen gehen von 120 000 bis 180 000 Schwarzarbeitenden allein im Jahr 1990 aus. Was das System jedoch perfekt leistete: Es lieferte den Schweizer Unternehmern eine quasi rechtlose moderne Arbeitssklaverei.

... UND UNMENSCHLICH

Das Saisonierstatut ist ein Schandfleck in der Schweizer Geschichte. Es galt zwischen 1934 und 2002. Wortlaut und Zahlen wurden zwar einige Male angepasst, doch das Ziel blieb immer das gleiche: ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter zu einer rechtlich kaum geschützten «Manövriermasse der Wirtschaft» zu machen. Kurz: Das Saisonierstatut war ein zynisches Instrument der Arbeitsmarktpolitik, das Ausbeutung systematisch ermöglichte. Es fusste auf drei Säulen der Diskriminierung:

- Die Bewilligung war auf die Dauer einer Saison, höchstens aber auf neun Monate beschränkt. Danach mussten die Arbeitnehmenden die Schweiz für mindestens drei Monate verlassen.
- Den Saisoniers war der Stellen- und Ortswechsel grundsätzlich untersagt.
- Der Familiennachzug war verboten.

Die ersten beiden Säulen sorgten dafür, dass Saisoniers für Hungerlöhne schufteten mussten – 14 Prozent unter dem Niveau der Löhne der Einheimischen – und so unfreiwillig den Arbeitgebern ermöglichten, die Löhne aller zu drücken. Die dritte Säule war dafür verantwortlich, dass Familien auseinandergerissen wurden und über die Zeit mindestens 50 000 migrantische Kindern in Verstecken leben mussten.

Der Genfer Migrationshistoriker Toni Ricciardi kommt in einer ausführlichen Studie zum Schluss, dass eine halbe Million Minderjährige von den Trennungen betroffen waren, die das Saisonierstatut mit sich brachte. In ihrer Heimat lebten die Kinder oft bei den Grosseltern oder in Heimen.

Anfangs teilten Schweizer Gewerkschaften leider die fremdenpolitische Logik des Saisonierstatuts – in den 1960er-Jahren forderten sie teilweise sogar Kontingente gegen «Überfremdung». Doch mit der zunehmenden Organisation migrantischer Lohnabhängiger – besonders in Bau- und Industriegewerkschaften – vollzog sich ein radikaler Kurswechsel. Die Gewerkschaft Bau & Holz (GBH) wurde zur Speerspitze des Protests: Sie dokumentierte systematisch die unwürdigen Lebensbedingungen der Saisoniers und machte die Forderung nach Abschaffung des Statuts zu einer zentralen politischen Frage.

GEWERKSCHAFTEN GELANG DURCHBRUCH

Doch die rechten Parteien und die Wirtschaftsverbände wollten das für sie politisch und ökonomisch gewinnbringende Kontingentsystem nicht aufgeben. Erst durch eine geschickte Doppelstrategie gelang den Gewerkschaften der Durchbruch: Einerseits nutzten die Gewerkschaften internationale Allianzen mit italienischen oder spanischen Gewerkschaften, die ihrerseits die EU zum Handeln zwangen. Andererseits verknüpften sie die moralische Kritik am Statut mit ökonomischen Argumenten: Sie wiesen nach, dass das System nicht nur Menschenrechte verletzte, sondern auch Lohndumping beförderte und damit auch die einheimischen Lohnabhängigen schädigte. Eine Mehrheit der Arbeitenden sahen migrantische Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr als Konkurrenz, sondern als Verbündete.

DIE FLAM IM VISIER

Die Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU ab 2002 brachte eine historische Wende in der Schweizer Arbeitsmarktpolitik. Endlich wurden grundlegende Menschenrechte anerkannt:

- Das Recht auf Familienzusammenführung
- Die freie Wahl des Arbeitsplatzes
- Verbleiberecht nach Ende der Beschäftigung

Die von den Gewerkschaften erkämpften flankierenden Massnahmen (FlaM) Personenfrei-

zügigkeit schützen alle Arbeitnehmenden. Die Arbeitsverhältnisse können kontrolliert werden, fehlbare Firmen sanktioniert. Die Schwarzarbeit ging drastisch zurück – in der Landwirtschaft hat sie sich fast halbiert.

Ist alles perfekt? Nein! Doch die Personenfreizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen ist grundsätzlich eine Erfolgsgeschichte. Ideologischen Arbeitgeberverbänden und bürgerlichen Politikern aber sind die FlaM ein Dorn im Auge. Darum spielen sie immer wieder mit dem Feuer und leisten den fremdenfeindlich grundierten SVP-Initiativen kaum Widerstand: Wenn sie den Schweizer Lohnschutz schleifen könnten, ohne Exportprobleme mit der EU zu bekommen, würden sie es sofort tun.

NEIN ZUR LOHNSENKUNGSINITIATIVE

Wer heute die Rückkehr zu Kontingenten fordert, will nicht die Zuwanderung begrenzen – das hat dieses System nie geschafft. Es geht um etwas anderes: die Schaffung eines Zweiklassensystems auf dem Arbeitsmarkt, um Löhne zu drücken und Arbeitnehmende zu spalten. Und selbstverständlich wird die Umwelt nicht gesünder, die Mieten sinken nicht, die Staus bleiben – und um verhockte Schlösser zu lösen, braucht's weiterhin WD-40. Es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein, diese Zusammenhänge aufzuzeigen, um die brandgefährliche Lohnsenkungsinitiative der SVP an der Urne scheitern zu lassen.

Baracken-Schweiz: Das work-Leseheft

Die Unia hat den Kampf gegen die Ausbeutung von migrantischen Arbeiterinnen und Arbeitern in ihrer DNA. Und auch work hat den Kampf gegen das Saisonierstatut dokumentiert und kommentiert. Zur einstigen Baracken-Schweiz erschien ein 48seitiges Bilder-Leseheft. Es ist gedruckt vergriffen, Sie können es aber gratis herunterladen: rebrand.ly/baracken. (cs)

NEUES SGB-DOSSIER:

FAKTEN STATT MÄRCHEN

Spätestens seit die SVP ihre neuste Kündigungsinitiative («Nachhaltigkeitsinitiative») eingereicht hat, ist die Diskussion über die Schweizer Migrationspolitik wieder lanciert. Neu ist, dass sich auch der Economie-suisse-Präsident mit migrationskritischen Äusserungen einmischt. Doch bei all dieser Kritik stellt sich die Frage, was denn die Alternative zum heutigen System mit Personenfreizügigkeit und flankierenden Massnahmen sein könnte.

ANALYSE. Ginge es den Arbeitnehmenden mit einem Punkte- oder Kontingentsystem besser? Oder wäre gar eine «Zuwanderungsabgabe» eine Alternative? Kurze Antwort: nein und nein! Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und hat die Zahlen und Fakten zusammengetragen; seine ausführliche und fundierte Analyse kann hier heruntergeladen werden:

rebrand.ly/dossier-zuwanderung.

Kurier Diego Araújo Ferreira Santos (36) bietet Uber & Co. die Stirn

Ausgeliefert: Kurierinnen und Kuriere in Brasilien streiken

Gegen das ausbeuterische Geschäftsmodell von Lieferdiensten wie Uber & Co. wehren sich auch in Brasilien die Fahrerinnen und Fahrer: Zweimal legten sie bereits den Verkehr in den grössten Städten des Landes lahm. Und jetzt tut sich was.



BÜZER UND AKTIVIST: Essenskurier Diego Araújo Ferreira Santos nimmt nicht einfach hin, wie die Plattformfirmen ihn und seine Kollegen behandeln. FOTO: NIKLAS FRANZEN

LORENZ HERTWIG UND NIKLAS FRANZEN, SÃO PAULO
Im Zentrum von São Paulo, der grössten Stadt Brasiliens, sitzt Diego Araújo Ferreira Santos neben seiner Honda Fan 160. Ein schwerer Händedruck, «tudo bem?», «alles klar?». Santos, 36 Jahre, akkurater Kurzhaarschnitt, hat nicht viel Zeit. Er müsse heute noch einige Lieferungen machen, sagt er. Dann erzählt er, warum er zusammen mit einigen Mitstreitenden die wichtigsten Strasse der Megametropole lahmlegte.

Santos lebt in der Peripherie São Paulos, die wie ein Wald aus Backstein um die zentralen Stadtteile kreist. Sein Tag beginnt früh, fast noch im Morgengrauen. Nachdem er die Kinder zur Schule gebracht hat, schultert er seinen quadratischen Rucksack, öffnet die App und düst los. Santos ist Essenslieferant. Und er ist Teil einer Bewegung, die den Auswüchsen des digitalen Kapitalismus die Stirn bieten will.

KEINE PAUSEN, TIEFER LOHN

Nicht erst seit Corona boomen Online-Lieferdienste, verschiedene milliarden schwere Firmen konkurrieren auf dem brasilianischen Markt. Die Unternehmen stellen sich gerne als Wohltäter dar. Ihre Apps würden Jobs schaffen, heisst es. Und tatsächlich bewahren die Plattformen viele ungelernete Brasilianerinnen und Brasilianer vor der Arbeitslosigkeit. Allerdings: Die Fahrerinnen und Fahrer arbeiten zwar für multinationale Tech-Firmen wie Uber, sind aber nicht bei ihnen angestellt und haben keine Arbeitsverträge. Im Silicon-Valley-Jargon gelten sie als «Kleinentnehmerinnen und -unternehmer».

Kurier Santos begann im Jahr 2022 Essen auszuliefern. Oft düst er 10 Stunden am Tag durch den Betonschungel São Paulos, um über die Runden zu kommen. Sein Verdienst ist niedrig und variiert von Tag zu Tag. Der Job ist stressig, Pausenzeiten oder Verzögerungen der Auslieferung werden nicht entlohnt.

NULL SCHUTZ

Von seinem Lohn muss Santos sein Motorrad warten, Treibstoff bezahlen, Arbeitsmaterialien wie Handys oder Jacken anschaffen. «So-

gar meinen Rucksack musste ich kaufen», sagt er. Im dichten und chaotischen Verkehr von São Paulo gibt es ausserdem häufig Unfälle. Vor kurzem stürzte Santos. Für ihn bedeutete das: Lohnausfall und Reparaturkosten. Unterstützung der Plattform gab es nicht.

2020, zu Beginn der ersten Coronawelle, ging das Video eines Lieferanten viral. Dort beklagte er seine prekären Arbeitsbedingungen. Viele teilten daraufhin ihre Erfahrungen – und am Ende entstand eine Bewegung.

Sie streikten, Kundinnen und Kunden solidarisierten sich und boykottierten sogar einzelne Plattformen.

«Wir antworten auf der Strasse.» sich und boykottierten sogar einzelne Plattformen.

Für kurze Zeit sah es so aus, als würde sich der Druck lohnen, auch weil die Firmen Besserung versprachen. Doch es änderte sich nur wenig.

ORGANISATION PER WHATSAPP
Deshalb entschieden sich die Kurierinnen und Kuriere Anfang April dieses Jahres, erneut die Arbeit niederzulegen. In mehreren brasilianischen Städten streikten sie und blockierten Strassen. Die Forderungen: bessere Vergütung pro Lieferung, mehr Transparenz des Unternehmens sowie eine gesetzliche Regulierung der Arbeitsbedingungen.

Per Whatsapp organisierten sich die Fahrerinnen und Fahrer – autonom und ohne die Unterstützung der Gewerkschaften.

Von denen sieht sich Santos ohnehin nicht repräsentiert. Brasiliens Arbeitswelt verändert sich, und die traditionellen Gewerkschaften tun sich schwer, damit Schritt zu halten. Aktivistin Gilvania Gonçalves sagt: «Die Gewerkschaften in Brasilien haben nicht erkannt, dass die Fabriken vieler Arbeiterinnen und Arbeiter mittlerweile ihre Motorräder sind.» Gonçalves ist aktiv bei Trabalhadores sem Direitos (Arbeiter ohne Rechte) und Mitglied der Wohnungslosenbewegung MST. Für Gonçalves stehen die Motorradkuriere repräsentativ für die Prekarisierung der Arbeitswelt. Sie stehen aber auch dafür, dass es möglich ist, Widerstand zu leisten.

Ende April wurden Santos und seine Mitstreitenden zu einer öffentlichen Anhörung im brasilianischen Parlament geladen. In seine mit gelben Reflektoren geschmückte Motorradjacke gehüllt, redete Santos plötzlich zu hochrangigen Politikerinnen und Politikern. Vertreter der Plattformen waren eingeladen, erschienen aber nicht persönlich. Per Videoschaltung meldete sich ein Unternehmensvertreter und betonte, sich für gute Arbeitsbedingungen einzusetzen. «Mentiroso», Lügner, hallte es daraufhin durch den Saal. Die Gräben sind tief.

Santos will weiter für seine Rechte kämpfen, und notfalls auch wieder die Arbeit niederlegen. Vor allem eine Erhöhung des Lohnes auf mindestens 10 Reais (umgerechnet rund 1,5 Franken) pro Lieferung sind ihm wichtig. Und, wenn nichts passiert? «Dann werden wir auf der Strasse antworten.»

Die Wiener Faschismus-Forscherin Natascha Strobl (40) im grossen work-Interview

«Wir erleben gerade eine Frühphase des Faschismus»

Trump, Orbán, Meloni & Co. bringen die Welt an den Rand des Wahnsinns. Und machen Rechtsextremismus mehrheits- und salonfähig. Wie konnte es so weit kommen? Die Analyse der Wiener Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Im September 2024 hat Österreich gewählt. Am meisten Stimmen erhielt die FPÖ unter dem rechtsextremen Parteichef Herbert Kickl. Im Januar 2025 schien es, als könnte er Kanzler werden. Frau Strobl, wie haben Sie diese bange Tage erlebt?
Natascha Strobl: Es waren wirklich schlimme Tage. Dass Kickl dann nicht Kanzler wurde, ist natürlich gut. Aber ich habe so eine Stimmung noch nie erlebt. Viele Menschen haben sich gefragt: Wie lange kann ich hier noch bleiben? Was bedeutet das für meinen Job? Also hier in Österreich, in Wien? Die Leute haben sich gedacht, wenn ich jetzt still bin, dann schaffe ich es vielleicht noch, dass ich nicht in vorderster Reihe attackiert werde. Aber das hat tiefe Spuren hinterlassen.

Welche?

Dass Leute jetzt beginnen, ihre Arbeit mehr abzusichern. Sie machen sich Gedanken: Was ist, wenn der Staat mein Feind wird? Was mache ich dann als Uni-Professorin? Was als Flüchtlingsshelferin? Was als Gewerkschafterin?

Nicht nur in Österreich sind rechtsextreme Parteien auf dem Vormarsch. Das passiert gerade in vielen Ländern weltweit. Wie werden rechtsextreme Parteien derart mehrheits- und salonfähig?

Für mich der wichtigste Punkt: Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Wählen von rechtsextremen Parteien und dem Frust, den man im Leben verspürt, verbunden mit einem sehr negativen Zukunftsbild. Die rechtsextremen Akteure reichern diesen Frust an mit Themen wie Ausländer oder Transpersonen. Diese Kulturkampfthemen werden miteinander vermischt.

Die rechtsextremen Parteien bedienen diesen Frust also sehr gezielt. Inwiefern spielen da die sozialen Netzwerke eine Rolle?
Die spielen eine ganz grosse Rolle. Die sozialen Netzwerke sind ein zweiter Alltag. Den einen Alltag erleben wir auf der Arbeit, im Privatleben und in der Nachbarschaft. Den zweiten Alltag leben wir in den sozialen Netzwerken, wo wir auch Nachbarn und Kolleginnen haben, die wir vielleicht jeden Tag sehen, auch wenn wir gar nicht wissen, wie die ausschauen. Dort gibt es Dynamiken, die schneller und intensiver funktionieren als in unserem ersten Alltag.

Das haben die extremen Rechten schnell verstanden.
Genau. Sie streuen gezielt Gerüchte, jedes für sich meist skurril. Doch in den sozialen Netzwerken vervielfältigen sich auch die absurdesten Geschichten sehr schnell und über die ganze Welt. Dem realen Frust fügen sie nichtrealen hinzu. Und die Menschen kommen so in eine Spirale der Aufregung, die sehr anstrengend ist und die kaputt macht.

Sind diese Gerüchte Teil der rechten Verschwörungstheorien?
Ja. Zusammen ergeben sie eine grosse Erzählung, und darin geht es auch immer um eine Verschwörung, die sich gegen ihre Art zu leben richtet. Diese grosse Erzählung wiederum richtet sich gegen Themen wie das Gendern, das Impfen, den Klimaschutz. Und gegen die Grünen, Migranten, Frauen...



WISSENSCHAFTERIN NATASCHA STROBL: «Alle schauen nach Ungarn. Für Trump ist Ungarns Regierungschef Viktor Orbán das grosse Vorbild.» FOTO: LAF

Ausgezeichnet: Forschung zu Rechtsextremismus

Die Österreicherin **Natascha Strobl** (*1985) ist Politikwissenschaftlerin und Publizistin. Sie forscht zum Aufstieg des Rechtsextremismus. Ihr Buch «Radikalisierte Konservatismus» wurde 2021 zum Bestseller und mit dem Bruno-Kreisky-Preis ausgezeichnet. Strobl ist Mitglied der SPÖ.

Woher kommt denn dieser Frust?

Weil das Leben immer prekärer wird, immer schneller, immer anstrengender. Diese Erzählungen liefern eine Erklärung dafür, wieso sie sich schlecht fühlen. Deswegen fallen diese Erzählungen auf fruchtbaren Boden, obwohl sie oft komplett lächerlich sind.

Das ist dann nicht mehr rational.

Viele Menschen fühlen: Endlich versteht jemand, dass es mir schlechtgeht. Endlich fasst jemand den Frust in Worte, den ich verspüre.

Der zweite Alltag in den sozialen Netzwerken kann auch von Gewalt geprägt sein. Sie sprechen von «digitalen Schlägertrupps». Was meinen Sie damit?

Es gibt diese Mob-Dynamik, in der die Leute durch diese Gerüchte so aufgebracht sind, dass sie dieser Wut hemmungslos Ausdruck verleihen. Und es gibt Influencer, die den Scheinwerferkegel auf verschiedene Leute lenken und sagen, die sind schuldig. Das sind oft Medienschaffende oder andere Influencer mit grosser Reichweite. Aber auch Wissenschaftlerinnen oder Politiker.

Sie haben selbst schon digitale Gewalt erlebt. In welchem Zusammenhang?
Ich habe es stark in der Coronazeit erlebt. Es geht darum, dass Leute sich sehr konkret überlegen, was sie dir antun wollen, und diese Nachrichten dann in die Welt schicken. Das Schlimmste ist natürlich, wenn sie sich ausmachen, was sie deiner Familie, den Kindern antun wollen. Inzwischen gibt es Studien, die zeigen, dass Gewalt in den sozialen Netzwerken tatsäch-

lich physische Reaktionen auslöst. Und sie kann Menschen in den Suizid treiben.

Zurzeit schreiben Sie ein Buch über Faschismus. Hilft uns dieser Begriff zu verstehen, was momentan läuft?

Ja. Aber Faschismus ist ein umkämpfter Begriff und ein bisschen ausgeleiert. Nicht jede autoritäre Entwicklung ist Faschismus, auch nicht jede Unannehmlichkeit ist Faschismus, auch nicht jeder kapitalistische Durchgriff ist Faschismus.

Wie definieren Sie denn Faschismus?

Faschismus ist eine Ideologie. Und gleichzeitig eine Dynamik, die einsetzt als Reaktion auf eine Krise. Die Krisenbearbeitungsstrategie äussert sich in unbegrenzter Gewalt. Der Akteur des frühen Faschismus ist der Mob. Und dessen Gewalt kann sich gegen alle richten, die ihm gerade ins Visier geraten.

Lässt sich der Begriff überhaupt aus seinem historischen Kontext lösen?
Wir haben oft diese Schwarzweissbilder von Deutschland 1940 im Kopf. Das ist nicht der Vergleich, den ich anstrebe. Der Vergleich, den ich anstrebe, ist die Entstehung des Faschismus als mehrheitsfähiger Zustand in der Gesellschaft. Dieser Mob-Gedanke, dass Menschen in einer Demokratie leben, aber eigentlich in einem Teil ihres Alltags Gewalt ausüben – diese Frühphase des Faschismus erleben wir gerade. Und es gibt Parallelen, die damals schon den Durchmarsch des Faschismus gefördert haben und dies auch heute tun.

Zum Beispiel?

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatten wir den Durchbruch der Moderne, das heisst Verwerfungen durch die Industrialisierung. Heute erleben wir die Digitalisierung, die zu ähnlichen Verwerfungen führt.

Und was ist mit der enormen Ungleichheit? Das reichste Prozent ist unendlich viel reicher geworden, während die anderen hinterherdümpeln oder sogar ärmer werden.

Seit den 1980er Jahren, mit dem Durchbruch der neoliberalen Doktrin, nimmt die Ungleichheit wieder massiv zu. Die Lohnentwicklung hält nicht mit der Produktivitätsentwicklung Schritt. Die Vermögensverteilung driftet komplett auseinander. Gute Gesundheit ist ungleich verteilt, Lebenserwartung ist ungleich verteilt, Zeit ist ungleich verteilt.

Was macht der aktuelle Einfluss der Rechtsextremen mit Demokratien wie Ungarn, der Slowakei oder den USA?

Das ist ein Unterschied zum 20. Jahrhundert: Der Staat wird nicht mehr komplett zertrümmert und abgeschafft. Die Institutionen bleiben bestehen, aber sie funktionieren nicht mehr. Ungarische Abgeordnete haben mir gesagt: Wir können nichts tun, es ist völlig egal, ob wir da sind oder nicht. Es gibt auch keinen Richter, der etwas tun kann, und es gibt keine Medien, die etwas tun können. Die Demokratie ist zur Hülle verkommen.

Ist Ungarn also ein Vorbild für US-Präsident Trump?

Ja, alle schauen nach Ungarn. Für Trump ist Ungarns Regierungschef Viktor Orbán das grosse Vorbild.

Das ist alles sehr schwer erträglich. Was haben die sozialdemokratischen Parteien dem entgegenzusetzen?

Es gibt zurzeit drei sozialdemokratische Ansätze. Der erste ist der Ansatz der Zugeständnisse: Er gibt den Rechtsextremen recht, was den Umgang mit Migration anlangt. In seiner extremen Form ist dieser Ansatz das Bündnis Sahara Wagen-

knecht in Deutschland. In seiner erfolgreichen Variante ist es der dänische Weg der Sozialdemokratie. Dieser zweite Ansatz impliziert, eine staatstragende Sozialdemokratie zu sein, eine Mittepartei, die sagt, es ist alles gut, wir bewahren und behalten. Das ist in Wahrheit ein konservativer Ansatz. Das macht auch die SPD in Deutschland. Und dann müsste es einen dritten Ansatz geben, den zum Beispiel die spanische Sozialdemokratie umsetzt. Sie sagen: Wir verstehen euren Frust, aber wir leiten ihn solidarisch um und beginnen mit ganz grossen Umwälzungen: Wir senken die Arbeitszeit, wir erhöhen die Löhne, wir frieren die Mieten ein usw. Was ich mit Sicherheit sagen kann: Der bewahrende, konservative Ansatz ist der sicherste Weg, irrelevant zu werden. Weil er den Frust überhaupt nicht abfängt, sondern Leuten, die frustriert sind, zu verstehen gibt, ihre Gefühle seien falsch.

Und die Gewerkschaften? Welche Möglichkeiten sehen Sie da?

Die Gewerkschaften sind eine Schutzschicht der Demokratie. Sie sind eine der wenigen Formen von echter gesellschaftlicher Organisation, die wir noch haben. Alle Altersstufen aller Geschlechter, geographisch über das ganze Land verteilt, organisieren sich. 40 Jahre Neoliberalismus haben so viel zerstört an sozialen Bindungen, doch die Gewerkschaften gibt es noch. Und sie vertreten keine Partikularinteressen, sondern Mehrheitsinteressen.

Und was können wir alle jeden Tag tun?

Ein einzelner Mensch kann nicht am grossen Hebel ziehen. Soziale Bindungen zurückholen ist das Beste, was wir alle machen können, dort, wo wir wohnen und arbeiten. Wie können wir uns solidarisch organisieren? Wir Menschen sind eigentlich sehr solidarische Wesen. Kooperation hat uns evolutiv genützt. In diesen vielen Krisen ist Kooperation die wichtigste Fähigkeit, die wir haben.

Im Knast, weil sie in der Gewerkschaft sind

Letzte Woche war internationaler Tag für Gewerkschaftsfreiheit in Belarus. Denn wer in Belarus für Arbeitsrechte kämpft, riskiert Gefängnisstrafen und die freien Gewerkschaften wurden verboten. Exil-Organisationen kämpfen für die Gefangenen. work stellt drei von ihnen vor.



Aliaksandr Kapshul

- ➔ 15 Jahre Haft
- ➔ Juristischer Berater der Fabriken Naftan und Palimir
- ➔ Grund: Er unterstützte Fabrikarbeiter bei einem Streik



Hanna Ablah

- ➔ 11 Jahre Haft
- ➔ Ingenieurin einer Zugleitstelle der belarussischen Eisenbahn
- ➔ Grund: Weil sie sich gewerkschaftlich engagierte, wurde sie wegen Landesverrats verurteilt

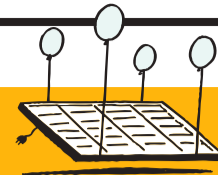


Volha Brytsikava

- ➔ 6 Jahre Haft
- ➔ Vorsitzende der belarussischen unabhängigen Gewerkschaft (BNP)
- ➔ Grund: Gewerkschaftsarbeit und Kritik am Krieg gegen die Ukraine

Mehr zu Lage in Belarus lesen Sie unter [rebrand.ly/antussewitsch](#)





Verdichtetes Bauen: Ein Wolkenkratzer für Zermatt?

Zermatt ist nicht nur ein Paradies für Reiche und Schwerreiche, sondern auch ein Arbeitsplatz für Tausende von Lohnabhängigen. Ihr Hauptproblem ist der fehlende Wohnraum. Jetzt liefert der Hotelier und Künstler Heinz Julen die Idee für einen 260 Meter hohen Wolkenkratzer. Eine Spinnererei?

Viele Mitglieder der Unia arbeiten in Zermatt VS. Nicht wenige von ihnen wohnen in Täsch. Die Zermatter Bürgerinnen und Bürger haben vor einigen Jahren eine Fusion von Zermatt mit den Vorortsgemeinden Täsch und Randa abgelehnt. Sie wollten nicht, dass in Täsch eingebürgerte Menschen aus Portugal Zermatterinnen und Zermatter werden können.

HOCH HINAUS. In den letzten Wochen rückt Zermatt nun immer mehr in den Brennpunkt des Interesses, zumindest lokal. Der Grund: Zermatt ist nicht nur ein Paradies für Reiche und Schwerreiche, sondern auch ein Werkplatz für Tausende von Lohnabhängigen. Ihr Hauptproblem neben den schlechten Löhnen: Es fehlt an Wohnraum. So wie in allen Schweizer Städten auch.

Deshalb schlägt der Hotelier und Künstler Heinz Julen den Bau eines 260 Meter



DIE VISION VON HEINZ JULEN: Der Wolkenkratzer von Zermatt hätte Wohnungen mit sozialem Charakter und Wohnungen für den freien Markt. FOTO: ZVG

hohen Wolkenkratzer vor. Im Dorfausgang Richtung Täsch, damit niemandem der Blick auf das Matterhorn verbaut wird. Und dies mit einer Fläche von 60 000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche! In den unteren dreissig Stockwerken sollen 500 Wohnungen für Mitarbeitende im Tourismussektor entstehen, aber auch für Einheimische und Fremde sowie für Rentnerinnen und Rentner.

Die Mehrheit der Oberwaliserinnen und Oberwalliser im «Walliser Boten» glauben wollen – noch gegen das Projekt. Es hat trotzdem Luft nach

oben, und die müssten wir sinnvollerweise nutzen.

SPEKULATIONSFREI. Der vorgesehene Standort befindet sich noch in der Landwirtschaftszone. Aber Spekulanten möchten ihren im Gewerbegebiet liegenden Boden für das Projekt aufdrängen und für 85 Millionen Franken verkaufen. Die Gemeinde Zermatt müsste sich in dieser Situation jetzt ein Kaufrecht für 5 Millionen Franken einräumen lassen. Und erst danach aufzonen. Damit der Gewinn am richtigen Ort landet.

Denn auf den ersten 30 Stockwerken will Wolken-

kratzer-Julen spekulationsfreie Wohnungen erstellen lassen. Sinnvollerweise würde die Gemeinde dafür eine Genossenschaft gründen.

Julen geht davon aus, dass – wer auch immer die Bauherrschaft übernimmt – diese untersten 30 Stockwerke für 150 Millionen Franken erstellen und verkaufen kann: für 5000 Franken pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche. Das ist durchaus realistisch, umso mehr, als alles etwas an den roten Wiener Wohnungsbau erinnert.

Eine Genossenschaft bräuhete fünf Prozent Eigenmittel. In Julens Fall also

7,5 Millionen Franken. Die Emissionszentrale würde 60 Prozent der vernünftigen Erwerbskosten finanzieren: wegen der fallenden Zinsen. Und Staatsbanken – wie etwa die Walliser oder die Zürcher Kantonalbank – würden die risikofreien restlichen 35 Prozent sicher finanzieren. Das wäre eine super Chance für Zermatt!

LINKE MÜSSTEN ANBEISSEN. Doch leider haben die Linken bei den letzten Oberwalliser Wahlen an Boden verloren. Weil sie viel zu brav sind. Und die Kandidaten der Unia konnten sich auch nicht durchsetzen. Deshalb müssten Grüne, SP und lokale Gewerkschaften den von Julen in den politischen Raum gestellten Ball nun sofort aufnehmen. Und mit einer Gemeinde-Initiative zwei Dinge verlangen: Erstens, dass sich die Gemeinde mittels Kaufrecht und Kaufverpflichtung für maximal fünf Millionen Franken den Boden sichert. Und zwar, bevor Zonenplanänderungen vorgenommen werden!

Zweitens, dass die Gemeinde sich darüber hinaus für 150 Millionen Franken 500 genossenschaftliche Julen-Wohnungen sichern muss. Vielleicht müssten sich die rot-grünen Städte überlegen, ob sie nicht vergleichbare Initiativen anschieben könnten.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/leitfaden-wohnungen
In den Tourismusgemeinden fehlen Wohnungen für Mitarbeitende. Dieser fide Leitfaden versucht, etwas Bewegung in die Debatte zu bringen.

● rebrand.ly/turm-vals
Vor zehn Jahren wollte der Walser Reto Stoffel in der Walsergemeinde Vals GR – und somit in der alpinen Pampa – einen 381 Meter hohen Turm bauen lassen. Der angedachte Turm von Heinz Julen ist nur 260 Meter hoch.

● rebrand.ly/wohnungsnot-zürich
Ein ausgezeichnete Beitrag der Rundschau auf SRF1. Leider hat man in Zürich den Meccano des roten Wiener Wohnungsbaus noch nicht begriffen. Dies ganz im Gegensatz zum stockkonservativen Heinz Julen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

83

S. Baryli, P. Büttiker, A. Demirović, L. Geisler, M. Graff, R. Gurny, R. Herzog, V. Keller, J. Klebs, F. Kretzen, G. Latzel, G. Neuhaus, K. Rehbein, C. Rehmann-Sutter, B. Ringger, S. Sivasanmukanatha Sarma, H. Schäppi, Y. Zimmermann

kritisieren, intervenieren, konstruieren

Am Horizont erscheint ein autoritärer Kapitalismus, der die Demokratie ausweidet. Auf Kosten von Ökologie und sozialem Leben. In den USA in atemberaubender Geschwindigkeit, aber auch in Europa. Leisten wir Widerstand, mit gesellschaftskritischer Theorie und Praxis von gestern bis heute.



44. Jg./1. Halbjahr 2025
ISBN 978-3-85990-605-1

Vernissage mit Podium

Donnerstag, 1. Mai 2025, 21 Uhr
Walcheturm, Kanonengasse 20, Zürich
Im Rahmen des 1. Mai-Politprogramms

Kollektives Wir?

Fremdenhass und identitärer Wahn greifen in Europa um sich. Auch immer mehr Linke sehen eine Antwort in der positiven Besetzung von Heimat und Nation. Gleichzeitig scheinen die Kämpfe um Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe zugunsten erstarkender Homogenitätswängen kaum mehr Gehör zu finden.

Swasathi Sivasanmukanatha Sarma und Michael Graff diskutieren mit Jacqueline Kalbermatter, wie eine antirassistische und antinationalistische Linke aussehen könnte.

freigeschaltete Artikel auf widerspruch.ch:

Au revoir, bis zur nächsten Revolution
Friederike Kretzen

Was wäre Klimapolitik?
Christoph Rehmann-Sutter

Ist links, wo keine Heimat ist?
Michael Graff

Ab Mai im Buchhandel und auf widerspruch.ch erhältlich
Einzelheft Fr. 25.- Jahresabo 40.-

Der Film zum Untergang der Credit Suisse

«Game over» oder alles von vorne?

Vor zwei Jahren stand die Credit Suisse kurz vor ihrem Ende. Bis sie mit fetter Staatsgarantie von der Grossbank UBS aufgekauft wurde. Ein neuer Film deckt die jahrzehntelange Macho-Manier der CS-Häuptlinge auf. Und lässt die Frage offen: Wann kommt der nächste Kollaps?

DARIJA KNEŽEVIĆ

Wolkenkratzer, Geldnoten, schüttelnde Hände, Männer in Anzügen, der Zürcher Paradeplatz und skandalöse Aussagen von den Protagonistinnen und Protagonisten. Allein der Trailer des neuen Films «Game over – der Fall der Credit Suisse», produziert unter der Regie von Simon Helbling und Wirtschaftsjournalist Arthur Rutishauser, weckt nicht nur Neugier, sondern lässt die Zuschauer sich wundern: Handelt es sich hier um den Schweizer Abklatsch vom «Wolf of Wall Street»? Oder kann das wirklich alles echt sein? Die brutale Realität, ohne den ganzen Film zu verraten: das ist alles echt!

Im März 2023 stand die Credit Suisse kurz vor dem Kollaps. Bis die Nationalbank und der Bund der CS netterweise unter die Arme griffen. Unter Finanzchefin Karin Keller-Sutter wurde die enorme Summe von 259 Milliarden Franken

Nach all den Skandalen soll die CS bei der UBS in guten Händen sein?

So viele Milliarden als Garantie des Bundes waren nötig, damit die Grossbank UBS die Grossbank CS für läppische 3 Milliarden Franken übernehmen konnte. Eine historische Fusion zum Bankenmonstrum. Der Dokumentarfilm «Game over» skizziert nach, wie es dazu gekommen ist.

BANKROTT SCHON VOR 48 JAHREN

Müsste man sich einen Banker vorstellen, könnte Richard Chandler ein Mustermodell sein. Im Film sitzt er vor einer Kegelbahn, den Anzug fein säuberlich geglättet und die Haare streng nach hinten gebürstet. Chandler ist der langjährigste Mitarbeiter der Credit Suisse. Seit seiner Lehre war er während 53 Jahren für die CS tätig. Er plaudert aus dem Nähkästchen über die Kultur bei der CS. Wie hoch sein Lohn oder seine Boni-Zahlungen waren, erfährt die Zuschauerin nicht. Ein Versteckspiel, das sich im Dokumentarfilm wiederholt.

Die Geschichte der Credit Suisse wird im Film nicht seit ihrer Gründung aufgerollt, sondern ab dem ersten grossen Skandal. Dieser ereig-



DER UNTERGANG: Szene aus dem Film «Game over». FOTO: ELITE FILM

nete sich 1977 in der Filiale von Chiasso TI. Das Verbrechen: Puscherei bei Bankgarantien. Der Verlust war zu diesem Zeitpunkt bereits grösser als das Eigenkapital der Bank. Den Revisoren ging die Puscherei in Chiasso durch die Lappen, denn sie wurden mit Champagner, Weisswein, Schnaps und Zigarren von der Arbeit abgelenkt, wie der Mitarbeiter Chandler im Film erzählt.

Paolo Bernasconi, damaliger Staatsanwalt im Tessin, erinnert sich noch gut an den CS-Fall: «Wenn eine Bank sehr erfolgreich ist, müssen bei den internen Revisoren die Alarmglocken läuten.» Dank den löchrigen Kontrollen ging die CS erst 48 Jahre später Bankrott. Gelernt hat die Chefetage offenbar nichts daraus.

SCHLECHTER RUF, STABILE BONI

Das Loch in der Kasse, das wegen der krummen Geschäfte in Chiasso entstanden war, sollte mit Investmentgeschäften in den USA gestopft werden. Die CS kaufte Investmentbanken auf und verdiente sich eine goldene Nase am Risikogeschäft. Bis der nächste Pfusch aufgedeckt wurde. So reiht sich im Film Skandal an Skandal. Spürbar der schlechter werdende Ruf der Bank. Und die stabil bleibenden Boni für die Chefetage.

Vor der Filmkamera sitzen ehemalige Mitarbeitende, Finanzexpertinnen und ehemalige CEO der CS. Die Chefs schweigen in traditioneller Schweizer Geheimmanier über ihren Lohn und ihre Boni. Und der eigentliche Kollaps wird erst in

den letzten 15 Minuten des Films oberflächlich thematisiert.

DAS VERMEINTLICHE HAPPY END

Der Film stellt die Credit Suisse zwar in ein kritisches Licht, doch von einer Abrechnung kann nicht gesprochen werden. Schliesslich kommen die Hauptverantwortlichen des Debakels nie zu Wort. Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter wird als Heldin dargestellt, und die Chefköpfe der UBS, Sergio Ermotti sowie Colm Kelleher, bleiben mit ihren Aussagen oberflächlich. Die Rolle der Nationalbank, der Finanzmarktaufsicht sowie des bankerfreundlichen Parlaments wird gänzlich übersprungen. Dabei zeigt die Onlineplattform Lobbywatch klar auf: Im Parlament sitzen gerade bei den bürgerlichen Parteien viele Politikerinnen und Politiker mit Verbindungen zur Bankenwelt (Details unter diesem Link: rebrand.ly/lobbywatch).

Nach dem Film bleibt ein mulmiges Gefühl: Nach all den Skandalen soll die CS bei der UBS in guten Händen sein? Der Grossbank, die während der Finanzkrise 2008 vom Staat gerettet werden musste? Wann kommt der nächste Kollaps? Denn die Macho-Manieren der Banker werden sich auch mit der neuen Monsterbank UBS nicht ändern, solange ihre Megalöhne und Boni von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Bundeshaus geschützt werden. Prominentes Beispiel: UBS-Chef Sergio Ermotti erhält gegenwärtig einen Stundenlohn von über 6800 Franken.

Podcast-Tipp

Superreiche gegen die Demokratie

Nur die AfD könne Deutschland retten, so Milliardär Elon Musk auf X. Wenige Tage später doppelte er in einem Gastbeitrag in der «Welt am Sonntag» nach. Plumpe Werbung für eine in Teilen rechtsextreme Partei, mitten im Wahlkampf. Der SRF-Podcast «News Plus» zeigt auf, wie Superreiche die Demokratie untergraben. Und zwar nicht nur in den USA: Der Springer-Konzern, der die Zeitung herausgibt, gehört dem deutschen Milliardär Matthias Döpfner.

srf.ch/newsplus, Sendung vom 4. April

Film & Podium

Aktivistin gegen die Atom-Mafia

Maureen Kearney wird gefesselt und traumatisiert in ihrer eigenen Wohnung aufgefunden. Vom Täter fehlt jede Spur, und sie kann sich nur bruchstückhaft erinnern. So beginnt ein Politthriller, der sich 2012 tatsächlich zugetragen hat, aber bis heute ungeklärt ist. Kearney hat als Gewerkschafterin dubiose Machenschaften der französischen Atomindustrie aufgedeckt – und sieht sich in der



DIE GEWERKSCHAFTERIN: Isabelle Huppert spielt Maureen Kearney. FOTO: PD

Folge einer Front aus Politik, Wirtschaft, Justiz und Polizei gegenüber. Ihre Geschichte wurde 2019 auf französisch als Buch publiziert. 2023 kam der Film zum Buch in die Kinos, und dieses Jahr wurde das Buch erstmals auf deutsch publiziert. Die Schweizerische Energienstiftung zeigt jetzt den Film und debattiert danach mit Protagonistin Kearney und Eva Stegen, Übersetzerin des Buches und Expertin auf dem Gebiet der Atomenergie.

9. Mai, 18.30 Uhr, Volkshaus, Blauer Saal, Stauffacherstrasse 60, Zürich. Im Anschluss Apéro.

Historische Ausflugstipps Das Ende der Nazis

Vor achtzig Jahren, am 8. Mai 1945, ging mit dem Zweiten Weltkrieg auch die Herrschaft der Nazis zu Ende. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung führt dazu vielerorts in Deutschland Exkursionen, Vorträge und Filmvorführungen durch. Eine breite Ideenpalette für einen historischen Frühlingausflug, zusammengetragen in einem übersichtlichen Kalender.

rosalux.de/8-mai-1945, Anlässe bis 24. Mai, zum Teil braucht's eine Anmeldung per Mail.

work1x1 der wirtschaft

Reto Wyss



MINIMALFRANCHISE ERHÖHEN: EINE IDEE FÜR DIE NOTFALLSTATION

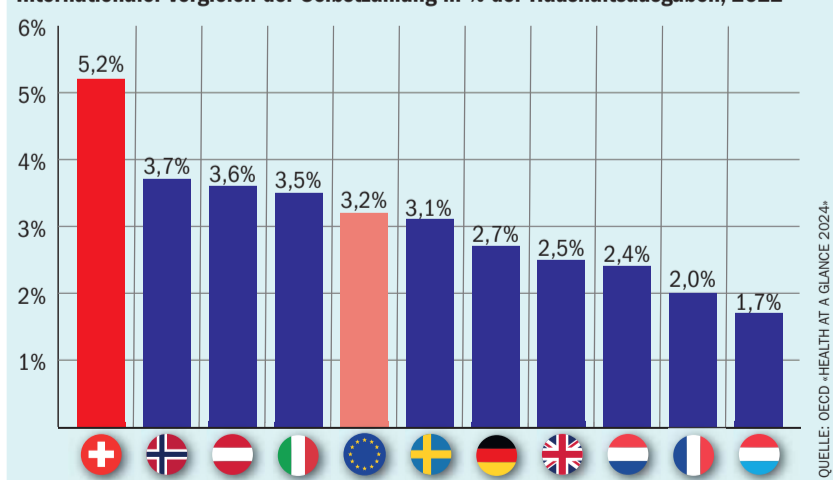
Vor kurzem hat das bürgerlich dominierte Parlament entschieden, dass die Minimalfranchise der Grundversicherung (heute 300 Franken) künftig kräftig steigen soll. Der Bundesrat muss nun eine Vorlage ausarbeiten. Die verquere Logik der Parlamentsmehrheit: Je mehr man für Gesundheitsdienstleistungen selbst bezahlen muss, desto öfter verzichtet man darauf und desto mehr sinken die Gesundheitskosten.

EIN TEUFELSKREIS. Nun, wenn dem so wäre, dann müsste die Schweiz bereits heute eines der günstigsten Gesundheitssysteme Europas haben. Denn nirgendwo sonst bezahlen die Patientinnen und Patienten mehr aus der eigenen Tasche als bei uns (siehe Grafik). Dabei handelt es sich um Franchisen und Selbstbehalte, aber nicht nur: auch Zahnarztkosten, viele Medikamente und Pflegekosten müssen selbst bezahlt werden. Und obendrauf kommen erst noch die Prämien, die fast überall einkommensabhängig

erhoben werden, ausser in der Schweiz. Gerade weil die Prämien unablässig steigen, haben in den letzten Jahren auch immer mehr Arbeitnehmende eine höhere Franchise gewählt (denn dadurch erhalten sie einen Prämienrabatt). Dies, obwohl viele Versicherte, gerade in körperlich strengen Berufen, dafür eigentlich nicht genug gesund sind. Werden sie dann nämlich krank, müssen sie noch viel mehr selbst bezahlen – ein Teufelskreis.

ÜBERRISSEN. Nun sollen also auch noch jene bestraft werden, die aus gesundheitlichen Gründen weiterhin die tiefste Franchise gewählt haben. Und muss jemand in den Notfall, dann soll künftig sogar immer eine 50-Franken-Gebühr fällig werden – auch das will die bürgerliche Parlamentsmehrheit. Alles ganz nach dem Motto: Anstatt das Feuer zu löschen, giessen wir noch weiter Öl hinein. Dabei wäre die Lösung simpel: Abzockerei zulasten der Prämienzahlerinnen muss endlich gestoppt

So viel bezahlen wir aus eigener Tasche Internationaler Vergleich der Selbstzahlung in % der Haushaltsausgaben, 2022



werden – seien es die exorbitanten Medikamentenpreise der Pharma, die zu hohen Tarife der Spezialärzte oder die überrissenen Löhne in den Teppichetagen der Kassen. Würde man nur einen Teil des dabei Ersparnis für eine Aufstockung der Prä-

mienverbilligungen verwenden, ginge es der Normalbevölkerung wesentlich besser. Sowohl gesundheitlich als auch finanziell.

Reto Wyss ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).



Das offene Ohr

Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Unfall auf dem Hof: Wer bezahlt nun?

Ich arbeite 1,5 Tage als medizinische Praxisassistentin bei einer Kinderärztin. Die übrigen 70 Prozent arbeite ich als selbständige Landwirtin im Betrieb von meinem Mann und mir. Kürzlich bin ich versehentlich auf den am Boden liegenden Heurechen getreten. Dabei hat mich der Stiel des Heurechens direkt am Frontzahn getroffen, der dadurch beschädigt wurde und zahnärztlich behandelt werden musste. Die Krankenkasse bezahlt mir diesen Schaden nicht, und eine Unfallversicherung für meine Tätigkeit als Landwirtin haben wir nicht abgeschlossen. Gibt es sonst eine Möglichkeit, dass mir eine Versicherung den Schaden bezahlt?

MYRIAM MUFF: Ja. Informieren Sie sofort Ihre Arbeitgeberin über den Unfallschaden, damit sie diesen bei der Unfallversicherung anmeldet. Als in der Schweiz beschäftigte Arbeitnehmerin sind Sie nämlich nicht nur für einen Berufsunfall oder eine Berufskrankheit obligatorisch versichert, sondern auch für Nichtberufsunfälle. Voraussetzung für die Nichtberufsunfalldeckung ist, dass Sie als Angestellte wöchentlich mindestens acht



VORSICHT: Ein Heurechen kann gefährlich sein. FOTO: ADOBE STOCK

Stunden arbeiten, was Sie erfüllen. Ihre selbständige Tätigkeit als Landwirtin ist hingegen nach Gesetz nicht obligatorisch versichert. Sie und Ihr Mann können sich jedoch freiwillig gegen das Unfallrisiko als Landwirte versichern. Hätten Sie dies getan, würden wir hier von einem Berufsunfall reden, und die Versicherung müsste für Ihren Zahnschaden aufkommen. Weil keine freiwillige Unfallversicherung für Ihre selbständige Tätigkeit besteht, muss die obligatorische Unfallversicherung Ihrer Arbeitgeberin Ihren Schaden über die dort im konkreten Fall mitversicherte Nichtberufsunfalldeckung übernehmen. Dies hat das Bundesgericht in einem ähnlichen Fall so entschieden.

Ferien: Darf ich sie mir auszahlen lassen?

Ich habe einen finanziellen Engpass. Deshalb fragte ich meinen Arbeitgeber, ob er mir meine fünf Wochen Ferien auszahlen könnte. Da wir in der Firma sehr viel zu tun haben, würde ich damit meiner Firma helfen. Mein Chef hat aber abgelehnt und gesagt, dass ihm das Gesetz verbiete, mir die Ferien auszuzahlen. Ist das wirklich so?

MYRIAM MUFF: Ja, Ihr Chef hat recht. In Artikel 329d, Absatz 2 des Obligationenrechts steht, dass Ferien während der Dauer des Arbeitsverhältnisses nicht durch Geld oder andere Vergünstigungen abgelöst werden dürfen. Die Ferien dienen der Erholung und der Gesundheit des Arbeitnehmers. Eine Auszahlung ist nur dann zulässig, wenn ein Ferienguthaben nicht mehr in Form von Freitagen bezogen werden kann. So entfällt das Verbot, Ferien auszahlen zu dürfen, zum Beispiel, sobald ein Arbeitsverhältnis beendet ist. Das Verbot kann auch entfallen, wenn der Chef einem Arbeitnehmer überraschend kündigt und der Arbeitnehmer während der Kündigungsfrist eine neue Stelle suchen muss oder es für ihn nicht möglich ist, in dieser Zeit seine Ferien zu planen. Ihr Arbeitgeber kann Ihnen jedoch freiwillig einen Vorschuss bezahlen. Ist er dazu nicht bereit, haben Sie trotzdem einen Anspruch auf einen Vorschuss, sofern Sie sich nicht nur in einem finanziellen Engpass, sondern in einer Notlage befinden.

Bräuche und Traditionen rund um den Globus: Zehn spannende Fakten

Von «goldenen Tagen» bis zum

Wussten Sie, dass die Forderung nach dem 8-Stunden-Arbeitstag schon im alten Rom diskutiert wurde? Zum 1. Mai ein paar spannende Fakten – mit einem Blick über den Gartenzaun.

MARIA KÜNZLI

1 Die Schweiz gehörte zu den ersten

Im Jahr 1890 beging die Schweiz zum ersten Mal den 1. Mai. Damit war sie eines der ersten Länder, die dem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen einen Tag widmeten. Am Anfang der 1.-Mai-Bewegung stand die Forderung eines 8-Stunden-Tages. Schon am 1. Mai 1856 gingen Arbeiterinnen und Arbeiter in Australien dafür auf die Strasse. Der Ursprung der weltweiten Bewegung geht aber auf die Arbeiteraufstände in den USA von 1886 zurück, vor allem auf den Haymarket-Aufstand von Industriearbeitern in Chicago. Die Schweiz folgte 1890 dem allerersten internationalen Aufruf der Sozialistischen Internationale zur Feier des 1. Mai – in Zürich, Basel und Genf gingen Tausende Menschen auf die Strasse.

2 Schon im alten Rom wurde über den 8-Stunden-Tag diskutiert

Mit dem Industriearbeiterschutzgesetz hat die Schweiz 1919 den 8-Stunden-Tag eingeführt. Das war das erste Mal, dass eine maximale tägliche Arbeitszeit gesetzlich festgelegt wurde. Bis sich der 8-Stunden-Tag aber in der ganzen Schweizer Arbeitswelt durchsetzte, dauerte es noch viele Jahre. Dabei wurde die Idee, dass der Mensch nicht länger als 8 Stunden pro Tag arbeiten sollte, schon Jahrtausende vor der Industrialisierung diskutiert: Es gibt Texte aus dem antiken Rom, in denen Überlegungen über «massvolle Arbeitszeiten» angestellt wurden.

3 Am 1. Mai 2025 ist auch Weltpassworttag

Dieses Jahr fällt der Tag der Arbeit auf einen Donnerstag. Und am ersten Donnerstag im Mai ist jeweils



BEFREIUNG DER ARBEIT: So proklamierte «Der neue Postillon», das sozialistische Satireblatt, 1907 den 1. Mai.

ARCHIV STEFAN KELLER

Weltpassworttag. Unternehmen rund um die Speicherchip-Firma Intel haben den Tag ins Leben gerufen. Seitdem wird er jährlich dazu genutzt, um auf die Sicherheit von Passwörtern aufmerksam zu machen. Was sonst noch läuft am 1. Mai? Die Republik Marshall-

inseln, ein Inselstaat im Pazifik, feiert ihren Unabhängigkeitstag.

4 1.-Mai-Teilnehmende lebten mal gefährlich

Am 1. Mai auf die Strasse zu gehen war früher viel riskanter als heute. Am Anfang der Bewegung, im spä-

teren 19. und im frühen 20. Jahrhundert, war der Tag in der Schweiz mehr als umstritten und in konservativen Kreisen nicht gerne gesehen. Die 1.-Mai-Demonstrationen wurden als Angriff auf die bürgerliche Ordnung wahrgenommen. Zeitweise wurden die Teil-

zum Tag der Arbeit

grossen Konzert

WORKTIPP

BEGLEITEN SIE UNS!

«Solidarität statt Hetze – gemeinsam stark!» Unter diesem Motto geht die Unia am diesjährigen Tag der Arbeit auf die Strasse. 2025 wird insbesondere gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund, gegen die Sündenbockpolitik auf dem Rücken von Minderheiten und gegen den Sozialabbau und die Umverteilung nach oben gekämpft. Begleiten Sie uns und kämpfen Sie mit! Was wo läuft am 1. Mai: rebrand.ly/tag-der-arbeit

nehmenden gar ausspioniert: Sie wurden gefilmt, verfolgt oder sanktioniert, besonders während der Weltkriege.

5 In über 80 Ländern ein gesetzlicher Feiertag

In über 80 Ländern gilt der Tag der Arbeit als offizieller Feiertag, zum Beispiel in Deutschland, Frankreich, Russland, Brasilien, Indien und China. Sogar in autoritär regierten Staaten wie Nordkorea wird er begangen – allerdings mit streng kontrollierten Paraden.

6 In China ist der Tag der Arbeit «golden»

In China heisst der Tag der Arbeit «Maifeiertag» oder «Goldene Woche des Mai». Millionen Chinesinnen und Chinesen reisen in dieser Zeit durchs Land, um Ferien zu machen oder Familie und Freunde zu besuchen. Denn frei sind hier gleich 3 Tage: Vom 1. bis zum 3. Mai sind Geschäfte, Regierungsbüros und Schulen geschlossen. Es gibt Paraden, Kundgebungen und andere Veranstaltungen von Gewerkschaften und Regierungsorganisationen. Das Ganze hat aber einen Haken: Damit die Arbeitnehmenden freimachen können, müssen sie – staatlich verordnet – den Sonntag davor und jenen danach durcharbeiten.

7 Italien feiert mit einem Konzert

In Italien ist der Tag der Arbeit musikalisch: Das berühmte «Concerto del Primo Maggio» findet in Rom statt und zieht jeweils Hunderttau-

sende Besucherinnen und Besucher an. Die grossen Gewerkschaften organisieren das Open-Air-Konzert, das im ganzen Land auch live im TV zu sehen ist.

8 Ein bewusster Streiktag

In vielen Ländern ist der Tag der Arbeit ein gesetzlicher Feiertag, an dem nicht gearbeitet wird. Das war aber nicht immer so. Bei der Einführung des 1. Mai 1890 war der Tag nicht als arbeitsfreier Tag angedacht worden. Im Gegenteil: Die Arbeit sollte bewusst niedergelegt werden, um ein Zeichen zu setzen, als Protest. Dass der 1. Mai heute ein Feiertag ist, ist das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe.

9 Die Nazis instrumentalisierten den 1. Mai

In Deutschland haben die Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten 1933 den 1. Mai zum «Tag der nationalen Arbeit» umbenannt und für Propaganda vereinnahmt. Sie feierten den Tag mit Pomp und Brimborium – und stellten nur einen Tag später ihre Doppelmoral unter Beweis: Am 2. Mai 1933 stürmten sie die Gewerkschaftshäuser, verhafteten Funktionäre und lösten die freien Gewerkschaften auf. 1945 organisierten überlebende Gewerkschafter, Sozialdemokratinnen und Kommunisten an Orten, die von den Alliierten schon befreit worden waren, bereits die ersten freien Maifeiern nach der Naziherrschaft – die Wehrmacht hatte da noch gar nicht offiziell kapituliert. Der Alliierte Kontrollrat bestätigte dann im April 1946 den 1. Mai als Feiertag.

10 Maiglöckchen in Frankreich

Eine blumige Tradition gibt es in Frankreich: Da schenken sich die Franzosinnen und Franzosen am 1. Mai gegenseitig Maiglöckchen als Glücksbringer. Dieser Brauch ist älter als der Tag der Arbeit und verbreitete sich im 16. Jahrhundert, als König Karl IX. am Hof für alle sichtbar Maiglöckchen an Damen verschenkte – vorher hatte er das nur im Geheimen getan. Natürlich finden parallel dazu in Frankreich aber auch politische Demonstrationen statt. Viele Demonstrantinnen und Demonstranten tragen das Maiglöckchen im Knopfloch mit.

1. MAI

WER HAT FREI?

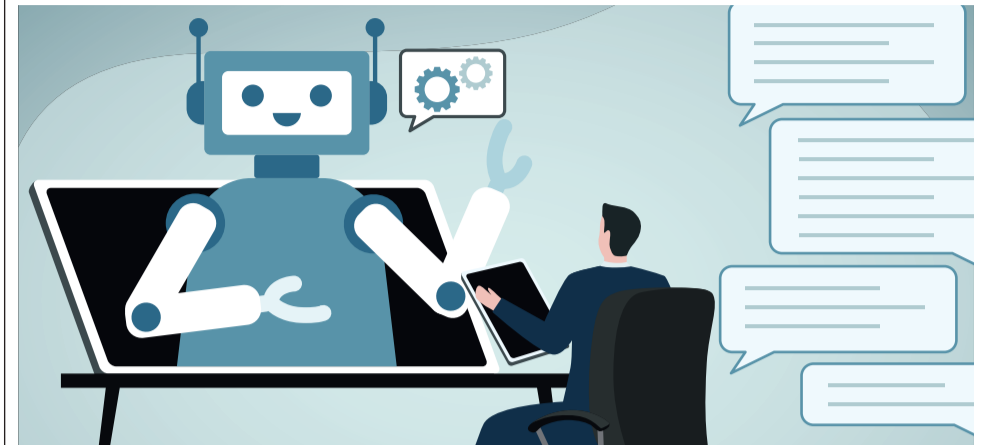
In der Schweiz ist der Tag der Arbeit nicht schweizweit ein gesetzlicher Feiertag, sondern nur in bestimmten Kantonen und Gemeinden. Als offizieller Feiertag und damit als arbeitsfrei gilt der 1. Mai in den Kantonen Zürich, Schaffhausen, Thurgau, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Neuenburg, Jura, Solothurn (ab 12 Uhr) und Tessin. In den Kantonen Luzern, Aargau und Bern ist der Tag nur in einzelnen Gemeinden und zum Teil nur für Verwaltungsangestellte offiziell arbeitsfrei, so zum Beispiel in Aarau, in der Stadt Bern und in Biel. In einigen Gemeinden, zum Beispiel in Schüpfheim und Hildisrieden im Kanton Luzern und in der Gemeinde Muotathal im Kanton Schwyz, ist der 1. Mai ein Gedenktag für den lokalen Schutzpatron und deshalb ein gesetzlicher Feiertag.

FREI DANK GAV.

In den Kantonen, in denen der 1. Mai kein offizieller Feiertag ist, hängt es vom Arbeitgeber und vom individuellen Arbeitsvertrag ab, ob der Tag arbeitsfrei ist oder nicht. In einigen Branchen ist der Tag der Arbeit durch Gesamtarbeitsverträge (GAV) als arbeitsfreier Tag anerkannt, zum Beispiel im Baugewerbe, in der Gastronomie und in der Industrie. (mk)

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



DEIN NEUER FREUND UND HELFER: Künstliche Intelligenz im Alltagstest. FOTO: ISTOCK

Word- und Excel-Dokumente mit Chat-GPT erstellen

Die Basisfunktionen von Microsoft Office sind leicht anzuwenden: mit Word einen Text schreiben oder mit Excel eine Tabelle mit Zahlen füllen. Doch ungeübte Benutzerinnen und Benutzer stossen schnell an Grenzen, wenn sie Dokumente kreativer gestalten wollen. Da kann Chat-GPT helfen. Dazu müssen Sie einfach im Suchfeld beschreiben, welches Dokument Sie brauchen.

Meist brauchte es mehrere Versuche, bis wir zufrieden waren.

Danach erzeugt Chat-GPT eigenständig eine Office-Datei. Diese können Sie herunterladen. Wir haben Chat-GPT verschiedene Aufgaben gestellt, um zu sehen, wie das Programm diese meistert. Meist brauchte es mehrere Versuche, bis ein Dokument zufriedenstellend war. Manchmal ignorierte Chat-GPT die Anweisungen, manchmal lag das Problem darin, dass der Befehl zu ungenau formuliert war.

BEISPIELE. Befehl: Mach eine Excel-Tabelle, um auszurechnen, was fünf Personen bei einem Abendessen bezahlt haben und wer wem wie viel Geld schuldet. **Ergebnis:** Die Tabelle war korrekt. Gab man ein, wer wie viel bezahlte, stand in der letzten Spalte das Guthaben oder die Schuld der Beteiligten. Befehl: Kannst du mir den Inhalt der Tabelle grafisch schön darstellen? **Ergebnis:** Das Programm erzeugte zur Tabelle eine übersichtliche Grafik mit einem Balkendiagramm. Befehl: Erstelle mir eine Word-Datei, in welcher der Text dreispaltig läuft und die in der mittleren Spalte Platz für ein Bild hat, das ich einfügen kann. **Ergebnis:** Chat-GPT erstellte eine korrekte Word-Datei. Alternativen zu Chat-GPT wie Gemini, Claude oder Perplexity können Sie ebenfalls zu Office-Dateien befragen. Diese Programme erstellen aber keine Dateien zum Herunterladen, sondern verfassen Anleitungen. (MARC MAIR-NOACK)

Verdiene ich wirklich genug? Der So sind Sie für die

Ist Ihr Lohn fair, oder verdienen Sie weniger, als in Ihrer Branche üblich ist? Finden Sie's raus! Das geht jetzt noch einfacher und zuverlässiger: mit dem neuen Lohnrechner des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

MARIA KÜNZLI

Arbeitnehmende können ihre Angaben wie Beruf, Branche, Ausbildung, Alter und Arbeitsort anonym und online eingeben und erhalten sofort kostenlos eine Einschätzung des für ihre Stellung angemessenen Lohns. Das kann bei Lohnverhandlungen enorm hilfreich sein. Der Rechner zeigt dabei nicht nur den mittleren Lohn (Median) für das eingebaute

Profil an, sondern auch die Bandbreite der üblichen Löhne.

PRÄZISE. Dem neuen Lohnrechner liegt eine neue Datenbasis zugrunde, nämlich die Löhne aus der aktuellen Lohnstrukturerhebung 2022 des Bundesamts für Statistik (BFS). Konkret: Der Rechner wurde mit 2,3 Millionen Löhnen aus über 35'000 Unternehmen gefüttert. Zudem wird auch die jüngste Lohnentwicklung mit berücksichtigt, damit die Schätzungen möglichst aktuell sind. Neu ist der Lohnrechner mit einem sogenannten Machine-Learning-Verfahren ausgestattet, was die Lohnangaben noch präziser macht – ebenso wie die Tatsache, dass der SGB-Lohnrechner im Gegensatz zu herkömmlichen Lohnrechnern Infos wie

neue Lohnrechner des SGB hat die Antwort

Lohnverhandlungen gewappnet

zum Beispiel das genaue Alter und den Arbeitsort einbezieht. Und er ist unabhängig, während kommerzielle Anbieter sich oft zum Beispiel mit Stelleninseraten von Arbeitgebern bezahlen lassen. Verlässliche Quellen beziehen sich wiederum oft nur auf Angaben für ganze Berufe-, Branchen- oder Altersgruppen, was für individuelle Lohnverhandlungen oft zu ungenau ist.

INFORMIERT ÜBER GAV. Neu gibt der Lohnrechner auch Infos über Gesamtarbeitsverträge (GAV) preis: Sie legen in vielen Branchen fest, was Arbeitnehmende mindestens verdienen müssen. Neu erfahren Sie im überarbeiteten Onlinetool ausserdem, ob in Ihrem Beruf ein 13. Monatslohn üblich ist und

wie hoch die wöchentliche Arbeitszeit (bei einer 100-Prozent-Anstellung) in der jeweiligen Branche ist.

GEGEN DISKRIMINIERUNG. Nur wer weiss, welcher Lohn üblich ist, kann sich gegen Lohndiskriminierung wehren. So ist Lohntransparenz eine wichtige Hilfe im Kampf gegen Lohnungerechtigkeit. Denn: Frauen verdienen in der Schweiz noch immer rund 16 Prozent weniger als Männer – ohne dass es dafür einen objektiven Grund gibt. Mit dem Lohnrechner können Frauen eine mögliche Unterzahlung schnell erkennen. Und mit gewichtigen Argumenten dagegen vorgehen.

GLEICHES WISSEN. Viele sprechen gerade mit Arbeitskolle-

ginnen und Arbeitskollegen ungenügend über ihren Lohn, und Lohntransparenz wird auch von der Arbeitgeberseite her zu wenig gefördert, weshalb vielen Arbeitnehmenden schlicht das

Arbeitnehmenden fehlt oft Wissen über marktübliche Löhne.

Wissen über marktübliche Löhne fehlt – während Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber meist gut über Löhne informiert sind. Mit dem nötigen Wissen können Sie gestärkt und faktenbasiert in den Lohnverhandlungen starten. work wünscht viel Erfolg!

Zum neuen Lohnrechner des SGB: www.lohnrechner.ch

MOVENDO

LERNEN SIE DAZU

Besser kommunizieren, selbstsicherer auftreten, überzeugend argumentieren: würden Sie das alles auch gerne besser können? Wer für sich selbst einsteht und Argumente überzeugend darlegen kann, kann besser präsentieren, überzeugender streiten, zielführender diskutieren und erfolgreicher verhandeln – gerade auch, wenn es um Lohnverhandlungen geht. Movendo, das Weiterbildungsinstitut der Gewerkschaften, bietet einige Kurse in diese Richtung an. Mehr Infos: www.movendo.ch

Die Playlist zum 1. Mai Harte Arbeit in Tönen

Mit unserer Playlist zum 1. Mai kommen Sie in die richtige Stimmung – von kämpferisch bis klamaulig.

Dem Schicksal von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern widmet sich der Bündner Rapper Milchmaa in «Geld pfückack»: rebrand.ly/geld-pfuecka.

«A working class hero is something to be» (Ein Held der Arbeiterklasse ist etwas von Bedeutung) singt John Lennon und prangert dabei soziale Ungerechtigkeit an: rebrand.ly/working-class-hero.

Auch wenn sie dabei lächelt: Dolly Parton singt in «9 to 5» über die harten Seiten des Arbeitslebens: rebrand.ly/9-to-5.



Der perfekte Ohrwurm nach einem frustrierenden Arbeitstag: «Ich kündige!» heisst es bei der Elektropopband Grosstadtgeflüster: rebrand.ly/ich-kuendige.

Wenn Gesellschaftskritik und Komik aufeinandertreffen. Helge Schneider at his best mit ihrem Titel «Wurstfachverkäuferin»: rebrand.ly/wurstfachverkueferin.

Billy Bragg ist ein englischer Singer-Songwriter und Aktivist. «There is power in a union» wurde zur Hymne der Gewerkschaftsbewegung in England: rebrand.ly/power-in-a-union.

Die Hymne schlechthin für alle hart arbeitenden und schlecht bezahlten Frauen: Donna Summer mit ihrem Hit «She works hard for the money»: rebrand.ly/hard-for-the-money. (mk)

RECHNEN EINFACH GEMACHT: Das neue Onlineangebot des Gewerkschaftsbundes sagt Ihnen, wie viel Sie fairerweise verdienen sollten. GRAFIK: SGB

WORKLESERINNENFOTO



Die Königin des Riesenkartons

WANN 30. März 2025
WO Muttenz BL
WAS Katze Kiwi in ihrem neuen Reich
 Eingesandt von Patricia Schmid, Muttenz

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



Familienbarometer 2025 erschienen

Schwindende Kaufkraft stresst Schweizer Familien

WORKZEITUNG.CH / 8. 4. 2025:
SCHWINDENDE KAUFKRAFT STRESST SCHWEIZER FAMILIEN

Endlich eine Einheitskasse

Ich verstehe nicht, wieso es in diesem Land noch keine einheitliche Krankenkasse gibt. Alle regen sich über die Prämien auf. Wieso geben wir den Firmen die Macht und nicht dem Volk? Zusammen können wir eine Abstimmung gewinnen; wenn wir nicht zusammenhalten, werden wir ausgenommen.

GJB ADVENTURER, VIA INSTAGRAM

Wir hätten die Wahl

Selber schuld, wenn man die Bürgerlichen wählt. Und wenn wir abstimmen, ohne uns selbst korrekt zu informieren. Zudem wird alles ignoriert, was von links

kommt, weil das offenbar irgendwie im Trend ist.

XVONNY, VIA INSTAGRAM

Ich werde es besser machen

Wenn ich endlich mein Vermögen zusammenhabe, werde ich eine Firma gründen. Und bei mir wird kein Mitarbeiter und keine Mitarbeiterin bei einer 100-Prozent-Anstellung weniger als 5000 Franken pro Monat verdienen – egal, ob Putzfrau oder Logistiker.

LIL GLEE, VIA TIKTOK

Für die Reichen

Wählt doch weiterhin die bürgerlichen Parteien. Habt ihr noch nicht gemerkt, dass FDP und SVP nur für die Reichen eintreten und uns anderen weismachen wollen, dass an allem die Ausländer schuld seien?

BENJI, VIA TIKTOK INSTAGRAM

WORK 5 / 10. 4. 2025: NESTLÉ WEGEN WASSER-BSCHISS ANGEKLAGT

Kriminelle!

Bei Nestlé reiht sich ein Skandal an den anderen. Da ist eine Bande von Kriminellen am Werk, die hart bestraft werden muss. Zudem sollte ein Teil des Geschäfts von Nestlé verstaatlicht werden.

JAVIER GUTIERREZ, VIA FACEBOOK

WORKZEITUNG.CH / 17. 4. 2025: MONTBLANC VERKLAGT GEWERKSCHAFTER

Dafür sind sie wieder gut

Für Produktionsarbeiten am Ende der Nahrungskette sind Asylbewerber herzlich willkommen. Und die oben in den elitären Wellness-etagen feiern zusammen beim Cüpliplausch ihren Profit.

RETO CORRADO, VIA FACEBOOK

WORK 5 / 10. 4. 2025: «GUTE LÖHNE SIND DIE BESTE INDUSTRIEPOLITIK»

Ursache und Wirkung

Trumps Zollhammer und seine ausgewählte Ausdrucksweise erschüttern die Welt. Die Schweiz als Kleinstaat mittendrin. Wie verhalten? Vernünftig, nicht provozieren, unter dem Radar bleiben, damit die Autokraten jeglicher Schattierung ja nicht verstümmt werden und uns allenfalls noch sanktionieren. Die EWR-Abstimmung, wer erinnert sich noch? Die Empfehlung von

Herrn Blocher, vermehrt den Handel mit den USA anzustreben, anstatt sich der EU zu unterwerfen. Was ist seither passiert?! Banken zahlten Bussen in Milliardenhöhe an die USA. Verlangten die USA Daten, so wurden diese bereitwillig geliefert. Was uns Herr Blocher wohl aktuell empfiehlt? Gegen den Unterwerfungsvertrag der EU oder mit den Worten von Herrn Trump, «sie küssen mir den Arsch». Die geistigen Väter derjenigen, die heute Vernunft und Zurückhaltung predigen, führten vor über 80 Jahren freiwillig den J-Stempel in den Pässen jüdischer Menschen ein, damit der feine Herr mit Schnäuzchen nicht provoziert, sondern wohlgestimmt würde. Als ob sich Typen, deren Credo die Macht des Stärkeren ist, durch Arschkriecherei beeindrucken liessen. Im Gegenteil, sie werden immer dreister. Ein Kleinstaat wie die Schweiz sollte in meinen Augen seine Energie für eine regelbasierte Ordnung einsetzen, statt die Klinken der Wahnwitzigen dieser Welt zu putzen. Es gibt genug Staaten, die um eine regelbasierte Ordnung froh sind, um sich in einem solchen Umfeld fair entwickeln zu können. Packen wir die Chance! Andernfalls schlägt uns Herr Trump noch einen Deal vor. Er kauft uns, und wir schliessen uns freiwillig seinem Reich an. So nach dem Motto; «Milliardäre aller Länder, vereinigt euch.»

RUEDI AMREIN, WILCHINGEN

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



**DENISE STEINMANN****ENERGIE-BÜNDEL**

Ein 80-Prozent-Job, zwei Abende Berufsschule, drei bis vier Stunden Hausaufgaben, Pilates: Wer glaubt, dass Denise Steinmanns Woche damit schon voll ist, täuscht sich gewaltig. Sie und ihr Partner, leitender Mitarbeiter bei einem Kaffeemaschinenhersteller, nehmen sich Zeit für ausgedehnte gemeinsame Spaziergänge. «Wenn wir es einrichten können, gehen wir fünfmal pro Woche, jeweils eine bis anderthalb Stunden. Dieser Austausch tut unserer Beziehung extrem gut.»

KREATIV. Auch ihre kreative Ader kann sie ausleben. Soeben habe sie angefangen, Sojawachskerzen in selbstgemachte Töpfe zu giessen. Wenn sie genug beisammenhat, will sie sie auf dem Markt verkaufen.

Pro Artikel braucht **Denise Steinmann (49)** nur dreissig Sekunden

«Mario Kart & Tetris – in echt»

Ein Job, den alle können? Überhaupt nicht, sagt Denise Steinmann. Die Arbeit als Logistikerin sei ziemlich herausfordernd – für den Körper und den Kopf. Und deshalb für sie genau das Richtige.

CHRISTIAN EGG | FOTOS YOSHIKO KUSANO

Lydia sagt: «Gang 202, Platz 99» – und Denise Steinmann fährt los. Lydia ist die Computerstimme aus dem Headset, das Steinmann bei der Arbeit trägt. Die Logistikerin steht auf ihrem gelben Fahrzeug mit Elektroantrieb, hinter sich einen oder zwei von den Rollwagen mit hohem Seitengitter, wie sie in jeder Coop-Filiale verwendet werden. Damit saust sie durch die riesigen Hallen des Coop-Verteilzentrums in Wangen bei Olten.

Lydia sagt ihr, wie viele Grosspackungen Raviolibüchsen, Schokolade oder Zwieback sie aus dem Gestell holen muss. Steinmann verstaut sie platzsparend und bekommt von Lydia den nächsten Auftrag. Im Gespräch mit work sagt sie: «Ich spiele den ganzen Tag Mario Kart und Tetris – aber nicht am Bildschirm. In echt.»

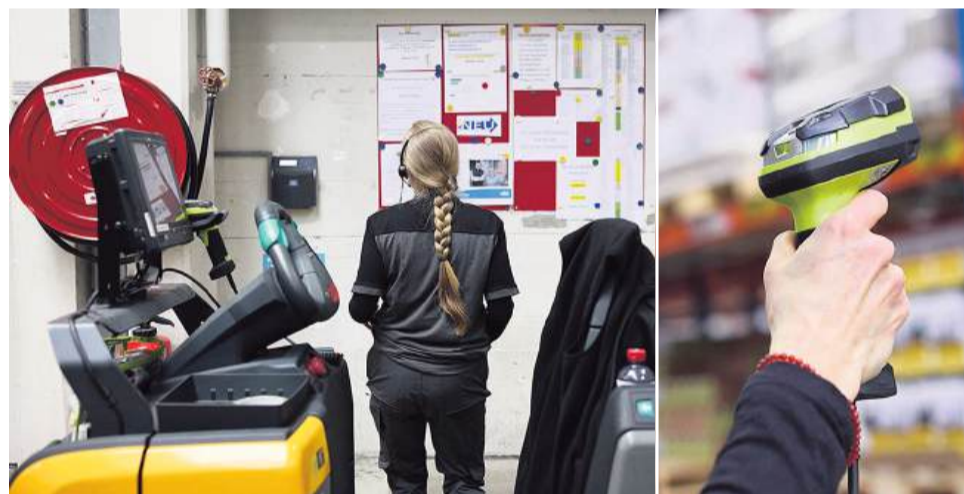
KEIN NAVI. Seit letztem November arbeitet die 49jährige hier. Sie stellt die haltbaren Lebensmittel zusammen, die in die Coop-Filialen geliefert werden. Parallel zu ihrem 80-Prozent-Job holt sie den Lehrabschluss als Logistikerin nach. Bei der Arbeit sei sie ständig aktiv, das gefalle ihr, sagt sie. Besonders, weil wegen des Körpers auch der Kopf ständig gefordert sei. Denn was ihr Lydia nicht sagt: wie sie am schnellsten ans Ziel kommt. Und das sei nicht immer simpel. Die Gänge seien unterschiedlich lang, manchmal sei es ein weiter Weg bis zur nächsten Querverbindung. «Leute, die neu anfangen, fragen manchmal: Gibt es kein Navi?» Gibt es nicht, den Grundriss des ganzen Lagers muss Steinmann im Kopf haben. Sie lacht und sagt: «Am Anfang bin ich ein paar mal falsch abgefahren.»

Das kostet Zeit. Und die ist knapp bemessen. 120 bis 130 von Lydias Aufträgen sollte sie pro Stunde abarbeiten, die schnellsten im Lager schaffen sogar 140, sagt sie. Das sind 25 Sekunden, um an die richtige Stelle zu fahren und die Waren aufzuladen. Und das fast nonstop: Ein normaler Arbeitstag ist achteinhalb Stunden, die Mitarbeitenden können einmal 30 und einmal 15 Minuten Pause machen. «Im Schnitt höre ich drei Stunden am Stück zu und mache Aufgabe um Aufgabe.»

FRÜHAUFSTEHERIN. Deshalb ärgert es sie, wenn sie hört, die Arbeit im Lager, das könne doch jeder Tubel. «Stimmt überhaupt nicht», sagt sie mit fester Stimme. Viele hörten am Ende der Probezeit wieder auf. Längst nicht alle bräuchten das mit, was der Job verlange: «Du musst dich orientieren können. Du musst körperlich fit sein. Du musst die 120 Aufträge pro Stunde schaffen. Und jede zweite Woche musst du früh aufstehen.» Steinmann arbeitet im Zweischichtbetrieb, eine Woche Frühschicht mit Start um fünf Uhr, eine Woche Spätschicht ab zwei Uhr nachmittags. Dazu alle zwei Wochen ein Samstag, der kompensiert wird.

Aber was passiert, wenn jemand die 120 Aufträge pro Stunde nicht schafft? Die Zahlen würden monatlich ausgewertet, sagt Steinmann. «Wenn du drunterliegst, gib's eine Besprechung mit dem Chef.» Diesen Leistungsdruck sieht sie kritisch. Er prägte alle, die hier arbeiteten. «Du fühlst dich als Ameise, die speditiv sein muss. Nicht als Mensch.» Sie wünscht sich in der Logistik mehr Menschlichkeit. Und ist überzeugt: Dann wäre auch die Loyalität der Mitarbeitenden grösser.

MUSKELKATER. Kürzlich gingen Logistikerinnen und Logistiker von Migros Online an die Öffentlichkeit. Viele von ihnen hat die dauernde körperliche Belastung krank



NOCH EIN KURZER BLICK AUFS ANSCHLAGBRETT: Und schon düst Denise Steinmann wieder los mit dem Scanner, um Lydias Aufträge zu erledigen.

gemacht (work berichtete: rebrand.ly/m-online). Steinmann sagt, auch bei Coop sei die Arbeit in der Logistik körperlich hart: «Ich mache den ganzen Tag Leistungssport! Am Anfang hatte ich überall Muskelkater. Sogar in den Fingern!»

Für sie ist klar: «Um diese Leistung über mehrere Jahre zu erbringen, musst du gut zu dir schauen.» Genügend Schlaf und gesundes Essen seien wichtig. Sie geht zudem einmal pro Woche ins Pilates, um den Körper aufzubauen. «Dort habe ich auch gelernt, wie man Lasten richtig hebt.» In den laufenden Verhandlungen zum Coop-GAV fordern auch die Unia-Delegierten einen besseren Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (rebrand.ly/coop2025).

RENTIERFELL. Auf die Frage, weshalb sie mit 49 Jahren einen Lehrabschluss mache, sagt Denise Steinmann: «Ich hatte nie Mühe, Arbeit zu finden. Aber es hat mich je länger, je mehr gewurmt, dass ich nie eine Lehre abgeschlossen habe. Mit einem EFZ hast du einfach mehr Chancen. Und du steigst mit einem höheren Lohn ein – für die gleiche

Arbeit.» Ihr bisheriges Berufsleben ist geprägt von mehreren Spurwechseln, aber auch einem Traumjob. Eine Lehre als Operationsassistentin geschmissen, eine Pflegeausbildung abgebrochen, zwei Kinder grossgezogen. Wiedereinstieg in die Pflege, sieben Jahre als Hauswartin eines Industriegebäudes. Dann der absolute Glücksstreifer: ein Job im Naturmuseum Olten. «Das waren drei Berufe in einem», sagt sie und erklärt: «Ich arbeitete im Empfang, machte Kindergeburtstage und half als Museumstechnikerin. Für eine Ausstellung zur Eiszeit habe ich zum Beispiel ein riesiges Zelt aus echten Rentierfellen genäht.»

Aber eben: Einen Lehrabschluss konnte sie dort nicht machen. Drum ging sie erneut auf die Suche und ist jetzt in der Logistik gelandet, «in einer faszinierenden Welt, von der ich vorher keine Ahnung hatte». Nächstes Jahr hat sie endlich ihr EFZ in der Tasche. Und dann? Bis zur Pensionierung werde sie ihren heutigen Job wohl kaum machen, sagt sie. Nächstes Jahr gleich abspringen werde sie aber nicht: «Die Arbeit macht mir Freude.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch **Mitarbeitet an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Roland Erme, Oliver Fahmi, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Clemens Studer, Reto Wyss, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, Telefon 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 60488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia